

Arbeiter

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonntag, den 15. Januar 1911.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:

Monatens-Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,50 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements können an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Interfions-Gebühr

Beträgt für die sechsstelligen Nummern oder deren Raum 50 Pf., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (stetiggedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf., Stellengedruckte und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Zitate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphen-Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“

Keine Wahlreform in Preußen!

Ein preussischer Minister hat es heute bestätigt, daß die Regierung gar nicht daran denkt, dem Preussischen Landtag in dieser Session eine Wahlrechtsvorlage vorzulegen. Nicht etwa der preussische Ministerpräsident, Herr v. Bethmann Hollweg, sondern der neue Polizeiminister Herr v. Dallwitz. Der Ministerpräsident hatte es gar nicht einmal der Mühe wert gehalten, der Etatberatung beizuwohnen, er glänzte von Anfang bis zu Ende der Sitzung durch Abwesenheit. Statt seiner sagte der Nachfolger Rolles als Antwort auf eine bescheidene Anfrage des nationalliberalen Herrn Friedberg die armseligen Redensarten her, mit der vor kurzem eine der Offiziösen — wir erinnern uns im Augenblick nicht, war es die „Korrb. Allg. Ztg.“ oder das „Scherblatt“ — die Nicht-einbringung einer neuen Wahlrechtsvorlage zu entschuldigen versucht hatte. Nämlich: die Einbringung einer neuen Wahlrechtsvorlage sei ausichtslos und zwecklos, da sich zwischen die Stellung der Parteien zum Wahlrecht ja nicht verändert habe und auf das Zustandekommen der Wahlreform doch nicht zu rechnen sei. Die Regierung werde deshalb so lange warten, bis die Situation sich geändert habe, bis die Parteien sich in der Auffassung über das Wahlrecht einander derart genähert hätten, daß die Wahrscheinlichkeit gegeben sei, ein auch der Regierung passendes Wahlgesetz zustande zu bringen. Die lebhaften Zurufe, wann denn wohl die Regierung diesen Zeitpunkt für gekommen erachten werde, überhörte Herr v. Dallwitz gelächelt!

So betete der neue Polizeiminister das vorgelegte offiziöse Sprüchlein mehr schlecht als recht herunter — auch der Philosoph auf dem Ministerpräsidentensessel hätte sich nicht unbestimmt und nichtfagender ausdrücken können. Trotzdem ist der Stimm dieses staatsmännischen Redeschleims für den politischen Kundigen klar genug. Er ist, wie wir erst vor einigen Tagen sagten: Herr v. Bethmann Hollweg hofft, daß auch die zart organisierten Nationalliberalen infolge des Anschwellens der sozialdemokratischen Stimmen bei den nächsten Reichstagswahlen von einem derartigen Nervenschlag befallen werden, daß sie reif werden für ein blau-schwarz-gelbes Wahlrechtskompromiß. Daß die Spekulationen der Regierung auf ein Einschwenken der Nationalliberalen nur zu berechtigt sind, bewiesen ja zur Genüge die Ausführungen des Herrn Friedberg zur Wahlrechtsfrage. Mit der Gebühr des Volkstribunen schleuderte er dem schwarzblauen Bloch das Wort entgegen, daß die neue Wahlrechtsvorlage unbedingt Zweierlei enthalten müsse, das geheime und direkte Wahlrecht. Das hält der Führer der nationalliberalen Landtagsfraktion also für eine liberale Forderung! Die Gewährung des geheimen Wahlrechts, das doch sogar der schwarzblaue Bloch zugestanden hatte, das in jener denkwürdigen Sitzung nicht einmal mehr die konservativen niederknietenden wagten, trotzdem ihnen die gesamte Linke durch Verlassen des Saales die schönste Gelegenheit dazu gegeben hatte, und des direkten Wahlrechts, das doch schon der Wechselbalg der Regierungsvorlage enthalten hatte! So billig wollen also die Nationalliberalen die Volksrechte verschachern helfen! Nicht einmal die Neueinteilung der Wahlkreise, nicht einmal eine Abschaffung des infamen Dreiklassenwahlsystems erklärte Herr Friedberg für die unbedingte Voraussetzung einer Wahlreform! In der Tat, die Annäherung der reaktionären Parteien untereinander hat schon begonnen!

Die Partei aber, die ihren Anhängern vorzuschwindeln wagt, sie kämpfe seit nun fast vierzig Jahren für die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen, das Zentrum, schwieg sich über die Wahlrechtsfrage völlig aus. Sie hatte sich als ersten Entschneider ja auch einen Mann ausgesucht, dem das Schweigen nicht schwer fiel. Den Grafen Praschma, einen der Zentrumsabgeordneten, die sich schon vor Jahren geweigert hatten, einen Wahlrechtsantrag zu unterstützen, den damals die Demagogenpartei für ein gutes Mittel hielt, sich den proletarischen Wählern gegenüber einen demokratischen Anspruch zu geben. Graf Praschma also erwähnte die wichtige politische Frage Preußens nicht mit einem Worte! So „kämpft“ das Zentrum für die Erringung des allgemeinen gleichen Wahlrechts!

Wenn die Regierung wollte, wäre es ihr trotz aller nationalliberalen und ultramontanen Gegnerschaft gegen eine wirkliche Wahlreform möglich, sehr bald sogar im preussischen Abgeordnetenhaus eine günstigere Konstellation zu schaffen. Sie brauchte nur das Haus aufzulösen und unter Ausschaltung der landräulichen Wahlmänner, unter sorgfältiger Beachtung des Vereins- und Versammlungsrechtes Neuwahlen vorzunehmen zu lassen, und die Reaktion würde Duhende von Mandateneinbüßen. Und wenn die Regierung vollends als Provisorium die geheime Wahl durchsetzte, würde das Wahlergebnis noch bedeutend günstiger sein. Ja, wenn die Regierung wollte. Sie will eben nicht! Sie ist ja ein Herz und eine Seele mit der wahlrechtsfeindlichen Reaktion, sie ist ja das Exekutivorgan der Syndikat- und Hertling-, der Pappenheim- und Praschma! Ihre Wahlreform soll ja nicht dem Volke sein Recht gewähren, sondern ihm höchstens einen armseligen Betteleppich hinwerfen!

Keine Wahlreform in Preußen, das ist der Willen der Reaktion, das Programm der Regierung! Keine Wahlreform

in dieser Session, und keine Wahlreform, die diesen Namen verdient, auch später!

Die nichtbesitzende Klasse Preußens, diese große Volksmehrheit, wird so lange zur Rolle von Heuloten verdammt sein, als sie sich das gleiche Wahlrecht nicht mit den Mitteln des proletarischen Klassenkampfes erzwingt!

Vorher das Abgeordnetenhaus am Sonnabend die Etatsberatung begann, hätte es sich von Rechts wegen konstituieren müssen. Tatsächlich stand auch die Wahl des Präsidiums als erster Punkt auf der Tagesordnung, aber es kam anders als die Herrschaften es sich dachten. Unsere Genossen erhoben Widerspruch dagegen, daß Herr Jordan v. Krüger, der uns in der letzten Session den Hausrechtsparagrafen besetzt hat, der die Vertretung sozialdemokratischer Programmforderungen von der Rednertribüne des Parlaments herab als Hochverrat bezeichnet, durch Zuruf wiedergewählt werden sollte, und so mußte denn die Wahl durch Stimmzettel erfolgen, wobei sich zu allgemeiner Ueber-raschung die Beschlußunfähigkeit ergab. Herr v. Krüger mußte infolgedessen die Sitzung abbrechen, er beaumte aber die nächste Sitzung bereits einige Minuten später an.

In dieser zweiten Sitzung nahm man von der Wahl des Präsidiums Abstand und trat sofort in die erste Lesung des Etats. Ein noch nicht dagewesener und mit den Bestimmungen der Geschäftsordnung kaum zu vereinbarenden Zustand, daß ein noch gar nicht konstituiertes Haus den Etat berät. Aber was ist im preussischen Junkerparlament unmöglich?

Als erster Redner folgte Herr v. Pappenheim (L.) sein Sprüchlein her. Er ist des Lobes voll für den verstorbenen Finanzminister Herrn v. Rheinbaben, den er seinem Nachfolger als Muster hinstellt. Am Tat selbst hat er nichts, aber auch nicht das geringste auszusagen, ja er begreift sogar nicht, wie es überhaupt möglich ist, an diesem Etat Kritik zu üben. Von politischen Betrachtungen allgemeiner Art hält er sich fern, nur der Berliner Polizei, die durch das Urteil der Strafkammer so hart mitgenommen ist, glaubt er das Vertrauen seiner Freunde aussprechen zu müssen, gleichsam als wollte er zeigen, eine wie tiefe Kluft zwischen den Anschauungen der weitesten Kreise des Volkes bis tief in das Bürgertum hinein und denen der preussischen Junker gähnt. Vom Wahlrecht sagt der konservative Redner kein Wort.

Aber auch sein Bundesbruder vom schwarz-blauen Bloch, der Abg. Graf Praschma (Z.), hat für die Wahlrechtsfrage, diese wichtigste Frage der ganzen inneren Politik nicht nur Preußens, sondern auch Deutschlands, nichts übrig. Auch er schweigt sich darüber aus. Weit wichtiger erscheint es ihm, einige Anregungen zur Entrechtung und Verdummung des Volkes zu geben. Fordert er doch einmal eine Reform unserer Strafprozessordnung, um eine „ungebührlige Ausdehnung und Verschleppung“ von Prozessen zu verhindern, mit anderen Worten, um die Rechte der Angeklagten zu kürzen, und auf der anderen Seite predigt er, die Regierung möge dem Religionsunterricht im Lehrplan der Volksschule einen noch größeren Raum zum Schaden der übrigen Unterrichtsgegenstände einräumen.

Erst der nationalliberale Abg. Dr. Friedberg brachte die Wahlrechtsfrage zur Sprache, allerdings nur so ganz nebenher. Im übrigen war seine Rede eine echt nationalliberale Leistung: bald gebärdete er sich oppositionell, bald wieder leistete er offenbar bestellte Arbeit für die Regierung. Als er über das konservative Parteiregiment, über den Prozeß Weder und über den Fall der galizischen Dienstmagd sprach, die sieben Monate ohne jede gesetzliche Grundlage in Administrationshaft behalten wurde, da konnte man beinahe glauben, Herr Dr. Friedberg beabsichtige allen Ernstes, die Interessen des Volkes gegenüber denen der Regierung wahrzunehmen. Aber als er gleich darauf einen größeren Schutz für Arbeitswillige forderte und die Gefahren eines Eisenbahnerstreiks an die Wand malte, da wußte man, was die Glocke geschlagen hat. Der nationalliberale Führer ist einzig und allein Sozialvater der Bourgeoisie, und trotz aller zur Schau getragenen Feindschaft gegen die Junker ist er jederzeit bereit, mit ihnen gemeinsame Sache gegen die Arbeiterklasse zu machen.

Auf den nationalliberalen Redner antworteten drei Minister. Zuerst der neue Herr im Ministerium des Innern, v. Dallwitz, der ein Gesetz über die Feuerbestattung anfandigte und das Verfahren gegen die galizische Dienstmagd ununtwunden beurteilte. Verüßte dieser Teil seiner Ausführungen sympathisch, so forderte das, was er im zweiten Teil sagte, zu um so schärferer Kritik heraus. Wie sein Chef, der durch Abwesenheit glänzende Ministerpräsident, bestritt er, daß in Preußen konservativ regiert wird, daß Mißbräuche von Amtsgewalt bei den Landräten gang und gäbe sind und daß der Adel bei der Besetzung von hohen Staatsstellen bevorzugt wird. Abgesehen von Sozialdemokraten und Polen hält er alle politischen Parteien für gleichberechtigt, aber diesen beiden Parteien wagt er die Gleichberechtigung abzusprechen. Das Nicht-einbringen einer Wahlrechtsvorlage entschuldigt er damit, daß sie doch nicht auf Annahme rechnen kann und höchstens geeignet sei, die Gegenkräfte zwischen den bürgerlichen Parteien, auf deren Zusammenarbeiten die Regierung angewiesen sei, zu vergrößern. Daß die Regierung durch ihr passives Verhalten in der Wahlrechtsfrage den Gegensatz zwischen sich und dem Volke vergrößert, dafür hat Herr v. Dallwitz offenbar kein Verständnis.

Eine echte Schwarzmacherei hielt der Eisenbahnminister v. Breitenbach, der den Eisenbahnarbeitern das Streikrecht absprach, da für sie angeblich der § 152 der Gewerbeordnung nicht gilt, und ihnen ein Koalitionsrecht und ein Versammlungsrecht nur insoweit gestatten will, als es sich um von ihm anerkannte Vereine handelt. Die gebührende Antwort auf diese dreifache Provo-kation wird ihm von unseren Genossen erteilt werden.

Nach einer kurzen Bemerkung des Kultusministers vertagte sich das Haus auf Montag.

„Ein Schutzmann bleibt immer ruhig!“

So sagte am Sonnabend im Moabiter Schwurgerichtsprozeß der Polizeibeamte Angler im Verlaufe eines Verhörs durch den Verteidiger, das sich auf die Behauptung bezog, Angler habe den Angeklagten Figner nach seiner Verhaftung auf dem Kopfenhose mißhandelt und ihn außerdem von den Ehrgehenden Siebenmonatskindern fürchterlich verhasen lassen. Der Schutzmann bestritt alles, und auf die Frage, ob er erregt gewesen, gab er die obige kategorische Antwort, die in ihrer Kürze und Bestimmtheit mit dem jagowischen Stil eine auffallende Verwandtschaft zeigt. Sie teilt auch mit den Erlassen des Herrn Polizeipräsidenten das Los, nicht überzeugend zu wirken.

Im Schwurgerichtsprozeß rollt sich im wesentlichen dasselbe Bild ab, wie in der Verhandlung vor der Strafkammer. Zum allgemeinen Teil treten ja im wesentlichen dieselben Zeugen auf, wie in dem ersten Prozeß. Und die Taten der Angeklagten sind ungefähr auch derselben Art, wie die vor der Lieberkammer behandelten: Steinwürfe, Raufe wie: „Gaut die Klauen!“ und ähnliches. Und wie im Strafkammerprozeß, so lehren auch jetzt vor dem Schwurgericht dieselben Klagen der Angeklagten über Verprügelungen wieder, die sie nach ihrer Verhaftung von Schutzleuten zu erdulden hatten und über schändliche Mißhandlungen, die an ihnen auf dem Kupferischen Kopfenhose von der Streifbrechertolonne des Hinge unter den Augen der Schutzleute verübt wurden. Und wiederkehren auch dieselben mehr oder minder verlegenen Ausreden der beschuldigten Schutzleute, die die gräßliche Wahrheit dem Kundigen nur zu sehr ver-raten. So hat der Schutzmann Angler nach seiner Angabe den Angeklagten Figner, den er verhaftete, nicht geschlagen, noch gesehen, daß andere Polizeibeamte das getan hätten, noch daß ihm die Streifbrecher ein Leid getan. Er hat auch keine Verletzungen an Figner bemerkt, ebensowenig der Kriminalschutzmann, der den Verhafteten vernahm. Aber eine ganze Reihe einwandfreier Zeugen haben im Gesicht und auf dem Rücken des Figner, als er von der Wache jurisdikt, die Spuren furchtbarer Schläge bemerkt. Herr Schutzmann Angler bleibt dabei, daß er nichts gesehen hat.

Das hört die Staatsanwaltschaft nicht in ihrem Vertrauen in die Glaubwürdigkeit des Schutzmanns. Der Herr Oberstaatsanwalt gab sogar sehr schnell den Verdacht kund, der Verteidigungszeuge Neumann habe einen gewissen Keineid geleistet, weil er über die Verhaftung des Figner Aussagen machte, die mit denen des Schutzmanns nicht in Einklang zu bringen waren, und die auch in dem Protokoll über die Aussage Neumanns vor dem Untersuchungsrichter nicht zu finden waren. Zum Glück für Neumann bestätigte hinterher ein anderer Verteidigungszeuge seine Angabe und der schnell herbeigeholte Untersuchungsrichter Bombe konnte nicht mit Bestimmtheit bekunden, daß Neumann die nicht im Protokoll enthaltenen Aussagen vor ihm nicht gemacht habe. Er konnte sich nicht mehr entsinnen. Nun bleibt allerdings die Tatsache, daß Neumann das Protokoll unterschrieben hat. Aber das ist natürlich keine Tatsache, auf die sich eine Keineidanklage aufbauen ließe. Wer erlebt hat, wie bisweilen solche Protokolle angenommen werden, wie sie verlesen werden und mit welcher selbstverständlicher Weise der Vernommene dann aufgefordert wird, zu unterschreiben, der weiß, daß es viele unerschrockene Leute gibt — Neumann ist 21 Jahre alt —, die in solcher Situation das eigene Todesurteil unterschreiben. Solange nicht die Verteidigung bei den Vernehmungen der Angeklagten und Zeugen im Untersuchungsverfahren vertreten ist, solange wird die Unzuverlässigkeit der Untersuchungsprotokolle bestehen, solange wird man immer wieder erleben, daß Zeugen in der Hauptverhandlung anders aussagen, denn in der Voruntersuchung. Im Falle Neumann kommt hinzu, daß die angeblich neue Angabe, die er in der Verhandlung machte, nichts mit der Tat des Angeklagten, nichts mit der Frage seiner Schuld oder Unschuld zu tun hatte, sondern einen Neben-stand, die Behandlung betraf, die Figner bei seiner Verhaftung durch die Schutzleute erfuhr. Selbst wenn Neumann bei der Verlesung des Protokolls bemerkt hätte, daß diese Angabe fehlte, so fragt es sich doch noch sehr, ob er sich überhaupt getraut hätte, die Aufnahme zu verlangen, ob er nicht des Glaubens war, dieser Nebenstand brauche nicht aufgezeichnet zu werden.

Der Herr Oberstaatsanwalt wird also wohl auf eine Verfolgung des Zeugen Neumann verzichten müssen. Und sie wird nicht verhindern können, daß in weiten Kreisen der Bevölkerung das große Vertrauen, das die Anklagebehörde in die Aussagen der Schutzleute setzt, mit Kopfschütteln betrachtet wird. Jedenfalls wird unter den vielen bemerkenswerten Beiträgen, die die Moabiter Prozesse zum Thema von der Glaubwürdigkeit des Schutzmanns geliefert haben, als ein recht charakteristisches das Wort seines Platz haben: „Ein Schutzmann bleibt immer ruhig!“

Das Zweckverbandsgesetz für Groß-Berlin.

Das Gesetz über einen allgemeinen Zweckverband und einen Zweckverband für Groß-Berlin ist gestern abend veröffentlicht worden. Der Inhalt und die sehr ausführliche Begründung werden offiziell folgendermaßen zusammengefaßt: Das allgemeine Zweckverbands-gesetz knüpft an die Landgemeindeordnung von 1801 an, nach der nachbarlich gelegene Gemeinden zur gemeinschaftlichen Wahrnehmung einzelner kommunaler Aufgaben sich verbinden können.

Der Entwurf will das Institut der Zweckverbände nach zwei Richtungen weiterentwickeln; indem er einerseits die Verbindung von Stadt und Stadt ermöglicht und andererseits das Geltungsgebiet des geschiederten Systems auf die ganze Monarchie, besonders auf die Provinzen Rheinland, Westfalen und Hannover ausdehnt. Mit einer solchen Weiterentwicklung soll eine Verbesserung der bestehenden Bestimmungen Hand in Hand gehen. Unter diesen hat sich namentlich der starke Mangel an der Steuerkraft für die Erhebung der Steuern und der Beitragslasten in vielen Fällen als ungeeignet erwiesen; der Entwurf zielt hier auf eine freiere Anpassung des Maßstabes an den lokalen Eingehmes des Verbandes hin.

Je mehr in neuester Zeit der Aufgabenkreis der Gemeinden anwächst, um so mehr macht sich das Bedürfnis der gemeinschaftlichen Verwaltung einzelner Kommunalangelegenheiten, z. B. auf den Gebieten der Wasserleitung, Entwässerung, Elektrizität, Straßenbahnanlagen, geltend, einerseits weil vielfach die Rentabilität einer Anlage durch die Zusammenfassung der Gemeinden gesteigert werden kann, andererseits weil die betreffende Anlage ihrer Natur nach über die Gemeindegrenze hinausreicht, d. h. interkommunal ist. Unter diesen Umständen kann vielleicht gerade in den industriell stark entwickelten Provinzen Rheinland und Westfalen die Wirksamkeit des Gesetzes eine besondere werden.

Für die Stadt Berlin in ihren Verhältnisse zu den umliegenden Stadt- und Landkreisen kann die in dem Entwurfe zu dem allgemeinen Zweckverbande vorgesehene Regelung keine genügende Lösung des Problems einer kommunalrechtlichen Zusammenfassung bringen. Hier sind bestimmte Aufgaben, die den ineinander gewachsenen Städten und Landkreisen gemeinsam sind, spruchreif und verlangen gemeinschaftlich eine Organisation der Interessengemeinschaft. Diese Organisation den Beteiligten zu überlassen und der Verwaltung im Notfall den obrigkeitlichen Eingriff vorzubehalten, würde sich nicht empfehlen können, nachdem die jahrelangen Verhandlungen der Gemeinden und Kreise über die Gründung eines auf das Straßenschnitzwerk beschränkten Zweckverbandes zu keinem positiven Ergebnis geführt haben. Der dabei hervorgetretene tiefschneidende Interessengegensatz der Kommunen gerät in ein unerträgliches Mißverhältnis zu der ausgeprägten Interessengemeinschaft der Bevölkerung Groß-Berlins. Der Ausgleich kann in befriedigender Weise auch den beteiligten Kommunen gegenüber nur durch einen Organisationsakt des Gesetzgebers, nicht durch administrativen Zwang der Aufsichtsbehörden herbeigeführt werden.

Nach diesem Gesichtspunkte aus fast der Entwurf die Städte Berlin, Charlottenburg, Schöneberg, Rixdorf, Deutsch-Wilmersdorf, Lichtenberg und Spandau sowie die Landkreise Teltow und Niederbarnim zu einem Verbande „Groß-Berlin“ zusammen und gibt diesem Verbande drei Aufgaben: die Regelung des Bahnerverkehrs, die Beteiligung an der Festsetzung von Bauvorschriften sowie am Erlass der Bauordnungen und endlich die Erwerbung und Erhaltung eines Wald- und Bierengürtels. Was die erste Aufgabe betrifft, so sind Privat- und Verbandsunternehmungen zu unterscheiden.

Den privaten Bahnunternehmern tritt der Verband als geschäftlicher Konkurrent der Einzelgemeinden selbständig gegenüber, er darf die Rechte seiner Mitglieder, z. B. die Rechte auf den Bahnerwerb, als eigene geltend machen; im übrigen ist er berechtigt, in Regie Bahnen zu bauen oder zu erwerben. Für die Eingriffe in die erworbenen Rechte der Verbandsglieder, insbesondere für die Übernahme ihrer eigenen Bahnen ist er entschädigungspflichtig.

Die zweite Aufgabe berechtigt den Verband, Bebauungspläne für Teile des Verbandesgebietes zu entwerfen, soweit ihm dies für die Zwecke der Bahnunternehmungen, für die Schaffung und Ausgestaltung von Durchgängen, einschließlich der Anschlußstrassen und für die Ausgestaltung von Wäldern, Sportplätzen usw., die er erworben hat, erforderlich erscheint. Liegt die erste Aufgabe auf dem Bereichsgebiete, so bewegt sich die zweite auf dem städtebaulichen Gebiete. In diese zweite Kompetenz werden sich voraussichtlich weitergehende Wünsche knüpfen, wie sie bei dem Wettbewerb um einen Bebauungsplan für Groß-Berlin hervorgetreten sind. Der Erfüllung solcher Wünsche steht indessen das Bedenken gegen die damit verbundene Beschränkung der Selbständigkeit der Einzelgemeinden entgegen.

Die letzte Aufgabe zielt auf die Erwerbung und Erhaltung des Waldgürtels und sonstiger von der Bebauung freizuhaltender Flächen (Sport-, Spielplätze). Hier gilt es einem großen Ziele der Volkshygiene zuzustreben, dessen Bedeutung in den vorjährigen Landtagsverhandlungen eingehend gewürdigt worden ist.

Der Geldbedarf des Verbandes soll durch Matrikularbeiträge aufgebracht werden, und zwar für Bahnunternehmungen nach einem von der Verbandsoberleitung festzusetzenden Interessenausmaß, im übrigen nach dem Steuerfuß. Die Reinerlöse der Bahnunternehmungen fließen den Verbandsgliedern, soweit sie in früheren Betriebsjahren für diese Unternehmungen Beiträge gezahlt haben, zu, darüber hinaus unterliegt ihre Verwendung der Beschlussfassung des Verbandes. Die gesamte Organisation beruht auf dem Grundsatze freier Selbstverwaltung. Der Staat beschränkt sich auf den Vorbehalt der wichtigsten Aufsichtsbefugnisse.

Die Organe des Verbandes sind die Verbandsversammlung, welche die Beschlussfassung, der Verbandsauschuß und der Verbandsdirektor, welchen die Verwaltung bzw. die Erledigung der laufenden Geschäfte obliegt. Die Verbandsversammlung, in der gleichzeitig im Verbandsauschuße der Oberbürgermeister von Berlin den Vorsitz führt, zählt außer ihm 90 Mitglieder, die auf die Verbandsglieder und der Einwohnerzahl mit der Wohnzahl verteilt werden, das sein Mitglied mehr als 1/2 der Stimmen, also 33, haben darf. Hiernach werden auf Berlin 33 (dazu die Stimme des Vorsitzenden), auf Charlottenburg 11, auf Schöneberg 6, auf Rixdorf 8, auf Deutsch-Wilmersdorf 4, auf Lichtenberg 3, auf Spandau 3, auf die Landkreise Teltow und Niederbarnim 16 bzw. 15 Stimmen fallen. Die Vertreter der Einzelglieder in der Verbandsversammlung werden von den städtischen Kollegien bzw. von den Kreisräten gewählt. Für jeden Vertreter wird ein Ersatzmann bestimmt. Die Wahlung erfolgt mit einfacher Stimmenmehrheit; bei Beschlüssen über den Bau, den Erwerb oder die Übernahme des Betriebes von Bahnen durch den Verband ist eine Mehrheit von 2/3 der Stimmen erforderlich. Der Verbandsauschuß zählt 18 Mitglieder und besteht außer dem vorstehenden Oberbürgermeister von Berlin aus den übrigen Bürgermeistern bzw. Landräuten der Verbandsglieder, einem von dem Oberbürgermeister von Berlin zu bezeichnenden Magistratsmitglied dieser Stadt sowie 8 von der Verbandsversammlung gewählten Vertretern bzw. Ersatzmännern, von denen 2 auf Berlin und je eines auf die Stadt- und Landkreise des Verbandes mit mehr als 100 000 Einwohnern entfallen. Der Verbandsdirektor und die ihm beigegebenen oberen Beamten werden von der Verbandsversammlung gewählt. Die Wahl- bzw. Amtsdauer beträgt bei den Mitgliedern der Verbandsversammlung 3, bei den gewählten Mitgliedern des Verbandsauschusses 6, beim Verbandsdirektor 6 bis 12 Jahre.

Für Entscheidung über Beschwerden und Streitigkeiten wird eine Beschwerdebehörde berufen, die aus dem Oberpräsidenten als Vorsitzenden, aus dem Verwaltungsgerichtsdirektoren der Bezirksauschüsse Berlin und Potsdam sowie aus 4 Mitgliedern besteht, deren zwei die städtischen Kollegien von Berlin und zwei der Provinzialauschüsse der Provinz Brandenburg wählen.

Beide Gesetze sollen bereits am 1. April 1911 in Kraft treten.

Das von der Regierung beliebte Verfahren ist mehr als auffällig. Sind doch diese Gesetze ausgearbeitet und vorgelegt worden, ohne den direkt Beteiligten vorher Gelegenheit zu geben, sich eingehend über die Materie zu äußern. Wohl sind kürzlich einzelne Personen aus den verschiedenen Gemeinden gehört worden, allein einzelne Körperchaften der Gemeinden — die Magistrate und Stadtherren — haben keine Gelegenheit gehabt, sich zu dem von der Regierung geplanten Gesetze gutachtlich zu äußern. Das Verlangen des

Magistrats der Stadt Berlin den städtischen Behörden den Entwurf vor seinem Einbringen im Landtage zugänglich zu machen, ist vom Ministerpräsidenten direkt abgelehnt worden!

Was den Inhalt des Entwurfs selbst betrifft, so beschränkt er sich auf die Punkte, über die wir schon früher Mitteilung gemacht haben und enthält darüber hinaus nichts wesentlich Neues. Das Prinzip, wirtschaftlich zusammengehörige Gemeinden auch politisch zusammenzulegen, ist ein gesundes und von sozialdemokratischen Vertretern stets vertreten worden. Dieses Prinzip enthält aber der Entwurf nicht, sondern er beschränkt sich auf die Bildung von Zweckverbänden. Nun können auch Zweckverbände nützlich sein, die aber auf freier Selbstverwaltung aufgebaut sein und auf einer natürlichen Grundlage beruhen müssen. Wieso aber die beiden Landkreise Teltow und Niederbarnim in Pausch und Bogen in den Zweckverband hineingezogen werden können, ist mir verständlich, wenn man weiß, welche Politik die preussische Regierung gegen die Städte verfolgt. Es rächt sich jetzt bitter, daß die Mehrheiten in den Kommunen auf diesem Gebiete so untätig gewesen sind und daß speziell der Berliner Kommunalfreisinn die Eingemeindung der Vororte nicht zu einer Zeit vornahm, wo sie ihm auf dem Präsentierteller dargeboten wurde. Jetzt, da die Regierung kommt und ohne jede Rücksichtnahme diktiert, jetzt erwachen die Herren aus ihrem Schlaf, jetzt, wo es vielleicht schon zu spät ist.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 14. Januar 1911.

Wann finden die Reichstagswahlen statt?

Die „Nordd. Allgem. Ztg.“ nimmt an der Spitze der letzten Nummer Stellung zu der in den letzten Tagen von verschiedenen bürgerlichen Blättern gedachten Nachricht, die Regierung beabsichtige, die Neuwahlen zum Reichstage schon im April oder Mai stattfinden zu lassen. Das Kanzlerblatt schreibt offiziell:

Dem Wiederbeginn der Reichstagsverhandlungen sind in der Presse Andeutungen vorausgegangen, als beabsichtige die Regierung, den Reichstag vorzeitig aufzulösen und das Land mit einer unerwartet frühen Vornahme der Neuwahlen zu überrumpeln. Wir können mitteilen, daß nichts hinter diesen Gerüchten ist, die offenbar nur agitatorischen Bedürfnissen ihre Entstehung verdanken. Es ist begreiflich, daß die Parteien in dieser so früh begonnenen Wahlkampagne den Wunsch haben, die Wähler immer wieder zur Wachsamkeit zu ermahnen. Es wäre auch verständlich, wenn diejenigen Parteien, die mit ihren Wahlvorbereitungen fertig zu sein glauben und bis zum nächsten Herbst unter Umständen ein Abflauen gegenwärtig vorhandener Stimmungen befürchten können, lediglich aus wahlstatistischen Rücksichten auf einen schnellen Abbruch der Reichstagsession hinarbeiteten. Die sachlichen Gesichtspunkte würden dabei allerdings in den Hintergrund treten müssen. Die Regierung dagegen stellt diese voran und muß demgemäß Wert darauf legen, daß der Reichstag hinreichend Zeit behält, um die wichtigsten, ihm noch obliegenden Aufgaben in aller Ruhe und Sorgfalt zum Abschluß zu bringen. Die Regierung hat keineswegs dem Reichstage eine Reihe anerkannt wichtiger Vorlagen gemacht und diese im Verein mit dem Reichstage zum Teil schon weit gefördert, um diese Arbeiten nun mitten auf dem Wege stecken zu lassen. Auch die Abgeordneten, die in den Kommissionen und im Plenum mit Anstrengung gearbeitet haben, werden nicht wünschen können, daß die Frucht ihrer Mühe noch zum Schluß verloren geht.

Wir möchten raten, diesem Dementi nicht allzu großes Gewicht beizulegen. Ist die Regierung sich auch noch nicht über den Wahltermin schlüssig, so berechtigt doch in gewissen einflussreichen Kreisen die Ansicht, daß der Reichstag, falls er die Reichsvergütungsteuer ablehnt, sofort aufgelöst werden und dann unter der Parole, daß der Reichstag die notwendigen Mittel zur Heeresreform, Veteranenfürsorge usw. verweigere, der Wahlkampf eröffnet werden müsse.

Daß auch selbst im konservativen Hauptquartier noch immer mit einer Wahl im Mai gerechnet wird, beweist die letzte Nummer der vom Hauptverein der Deutsch-Konservativen zu Berlin herausgegebenen „Mitteilungen aus der konservativen Partei“, in der die konservativen Vereine zu schnellstem Rufen für die nächsten Reichstagswahlen aufgefordert werden — und zwar mit der Begründung:

„Der Termin dieser Wahlen steht noch nicht fest. Sollte aber die Erledigung der vorstehenden geschäftlichen Arbeiten große Schwierigkeiten ergeben und sich zeigen, daß im alten Reichstag doch nichts mehr zustande kommt, so ist vielleicht zu erwarten, daß die Neuwahlen schon Mitte Mai, also in vier Monaten, stattfinden.“

Also bereit halten!

Wetteln und Erpressung.

Aus dem Reichstag, 14. Januar. Die zweite Lesung der kleinen Strafgesetznovelle wurde heute zu Ende gebracht. Zwei Fragen bildeten dabei den Gegenstand ausgiebiger Erörterung, die Bestrafung des Wettens und der Erpressung. Beide Materien waren in der ursprünglichen Regierungsvorlage nicht angeschnitten. Da aber ihre Neuregelung mindestens ebenso wichtig ist, wie die der behandelten Fragen, hatten die Sozialdemokraten zunächst in der Kommission und, da es dort nicht gelingen war, jetzt wieder im Plenum Anträge eingebracht auf Neugestaltung der einschlägigen Bestimmungen.

Um der überaus häufigen Verurteilung von Leuten, die nur Not zum Wetteln gebracht hat, entgegenzuwirken, verlangte ein sozialdemokratischer Antrag in § 331 des Strafgesetzbuches die Einschaltung der Worte: „Wenn das Wetteln aus Not erfolgt, so tritt Straflosigkeit ein.“

Ein Antrag Gröber will in diesem Antrag die Worte „aus Not“ ersetzen durch die Fassung „in unerschuldeter Notlage“.

Die Genossen Frohme, Stadthagen und Frank traten mit Wärme dafür ein, daß die humanere Auffassung zur Annahme gelangte. Sie akzeptierten, um die Durchführung der Neuordnung zu sichern, die vom Zentrum vorgeschlagene Fassung, für welche Gröber sich ins Zeug legte. Die Regierungsvorleger wandten dagegen ein, die Frage lasse sich nicht isoliert behandeln; man müsse die ganze Gesetzgebung über Wetteln und Landstreichern einer Neuregelung unterziehen; ein einziger Punkt lasse sich nicht herausgreifen. Unterstützung fand dieser Regierungsstandpunkt bei den Herren Wagner (L.), Heinze (natl.) und Müller-Meiningen (Sp.), so daß der Bülow-Block sich wieder einmal zusammenfand in einer antizipalen Bestrebung. Bei der Abstimmung konnte sich das Bureau nicht einig werden über das Reinstat. Der Himmelsprung ergab denn, daß 95 Stimmen für und 75 Stimmen dagegen abgegeben waren. Das war eine sehr klare Mehrheit, aber dabei hatte sich die Beschlussfähigkeit des Hauses herausgestellt. Der Präsident erteilte nunmehr eine neue Sitzung eine halbe Stunde später an.

Auf Antrag Stadthagen wurde die Abstimmung sofort wiederholt. Das Bureau ließ es nicht auf einen neuen Himmelsprung ankommen, sondern erkannte an, daß eine klare Mehrheit sich für den durch das Amendement Gröber modifizierten Antrag der Sozialdemokraten ergab.

Weniger Erfolg hatte unsere Partei bei ihren Bestrebungen, der ungebührlichen Anwendung des Erpressungsparagraphen gegen die Arbeiter entgegenzuwirken.

Regierung und Kommissionsmehrheit waren übereingekommen, den § 233 nur unwesentlich zu ändern. Die Sozialdemokraten beantragten nunmehr eine Fassung, die Verdröpfung zur Erreichung eines Vorteils nur dann strafbar macht, wenn es sich um einen Gewinn handelt, den zu erstreben nicht in Wahrnehmung eines berechtigten Interesses liegt.

Als Eventualanträge wurden auch noch andere Fassungen vorgeschlagen.

Mit einer großen Fülle von Material wies Genosse Stadthagen nach, daß gegenwärtig fast nur Arbeiter durch eine dem Sinne des Gesetzes nicht entsprechende Anwendung des Erpressungsparagraphen in der berechtigten Wahrnehmung ihrer Interessen behindert würden. Eine unzuweilige Fassung zur Abstellung dieses Mißbrauchs sei deshalb durchaus nötig. Diesmal einigten sich indes sämtliche bürgerlichen Parteien in dem Widerstand gegen diese arbeiterfreundliche Neuordnung, und Herr Gröber, der anerkannte, daß die Gewerkschaftsbewegung bei dem jetzigen Zustande schwer geschädigt werde, wandte doch gegen den sozialdemokratischen Antrag das nämliche Regierungsgesetz an, das er bei der Strafe wegen Wettens selbst bekämpft hatte: daß nämlich diese Frage nur im Zusammenhang mit einer umfassenden Reform des Strafrechts neu geregelt werden könne.

Bei der Abstimmung blieb denn auch die Sozialdemokratie in der Minderheit; nur ein paar Polen stimmten noch für unseren Antrag.

Das gleiche Schicksal hatte dann noch ein sozialdemokratischer Antrag, Plakate zu politischen Zwecken gegen verbotene Straßenschilder zu schälen, sowie Landarbeiter und Geizhals in gleiche Rechtsslage mit den Industriearbeitern zu bringen. Alle diese Anträge wurden nach kurzer Diskussion von den bürgerlichen Parteien glatt abgelehnt.

Damit war die zweite Lesung der Strafgesetznovelle erledigt. Am Montag beginnt die zweite Lesung der Wertzuwachssteuer.

Des Reichskanzlers Verschöpfung.

Die Regierung sieht sich durch die Kommentare zum Koabitier Urteil, die in den letzten Tagen nicht in sozialdemokratischen Blättern, sondern auch in einem Teil der liberalen Presse erschienen sind, schwer gekränkt. Vornehmlich scheint die von verschiedenen Seiten ausgesprochene Ansicht, daß das Koabitier Urteil eine gründliche Desavouierung und Kompromittierung des Reichskanzlers und seiner vorläufigen Stellungnahme zu den Koabitier Vorgängen in öffentlicher Reichstagsdebatte bedeutet, den selbstgefälligen Philosophen von Hohenhausen sehr verstoßen zu haben. Die Berliner „Polit. Nachrichten“ wie auch der Regierungsmoniteur, die „Nordd. Allgem. Ztg.“ haben deshalb Auftrag erhalten, die Richtung der unzulässigen Kommentare abzuschwächen. Aber schon ein Auftrag ist leichter erteilt, als ausgeführt, zumal beide Blätter wohl über patriotische und nützliche, nicht aber über journalistisch gewandte Federn verfügen.

Am geschicktesten entledigen sich die „Polit. Nachr.“ des Auftrages, indem sie sich mit allerlei Redensarten über Verheugung der Bevölkerung, Stimmungsänderung, Verwirrung der Aufzügen usw. usw. begnügen. Die „Nordd. Allgem. Zeitung“ sucht dagegen, wie es sich für das Leitblatt eines gründlichen Philosophen geziemt, gründlich und energisch zu verfahren. Da es ihr aber an der nötigen Geschicklichkeit völlig fehlt, kommt nichts anderes heraus als eine plumpe Anrempelung unzulässiger Blätter und einige alberne Wortinterpretationen ihres hohen Weisers, über die jeder politisch gebildete Mensch lacht. So schreibt z. B. das Kanzlerblatt:

Ein Teil der Berliner liberalen Presse behandelt die Ergebnisse des Koabitier Prozesses mit so freundlicher Rücksicht auf die sozialdemokratischen Bedürfnisse, daß ihr vom „Vorwärts“ für ihre Haltung warmes Lob gesollt wird. Selbst solchen Blättern, meint das sozialdemokratische Organ, die vor Beginn des Prozesses mehr oder minder in das Gezeche von der marshallischen Schuld der Sozialdemokratie einstimmen, hätten die Verhandlungen den Star gekostet. Wären diese Blätter nämlich tatsächlich der korrekten Ausdruck der Stimmung des liberalen Bürgertums, so müßte man allerdings annehmen, daß in diesen Schichten das zur Zeit der Kravalle sehr lebhaft bewußte Gefühl des von res agitator verloren gegangen wäre. In diesem Falle würde die Sozialdemokratie, nicht der Liberalismus, einen erheblichen politischen Erfolg zu buchen haben. Diese Anschauung wird indessen durch die Äußerungen der rechtsliberalen Presse doch sehr erheblich berichtigt.

Und nachdem dann die „Nordd. Allgem. Ztg.“ einige solche „rechtsliberale“ Blätter kurz zitiert hat, fährt sie fort: „Daß die sozialdemokratische Presse ihre Dehnbare unentwegt weiterführt, davon kann man sich täglich überzeugen. Noch gestern hat der „Vorwärts“ die Kühnheit gehabt zu behaupten, es sei der Wunsch der einflussreichen Kreise und der herrschenden Schichten, die Arbeiterchaft vor die Klüden der Reptilergewalt zu treiben!“

Zu den Entstellungen, mit denen die radikalste Presse dieser vergebenden Tätigkeit bedauerlicherweise Vorlauf leistet, gehört die Behauptung des „Berliner Tageblatts“, der Reichskanzler hätte aus den Koabitier Kravallen die Begründung zu Ausnahmemaßnahmen entnommen. Davon ist kein Wort wahr. Zu

seiner Rede vom 10. Dezember hat der Reichskanzler ausdrücklich erklärt, er mache keine Vorschläge zu Ausnahmengesetzen. Und bei seinen Darlegungen über die Notwendigkeit der Verstärkung der staatlichen Machtmittel hat er ausdrücklich darauf hingewiesen, daß es sich hierbei um lange erzwungene und zum Teil längst dem Reichstag vorgelegene Reformen des gemeinen Rechts handelt. Man solle sich überhaupt nicht der Vorstellung hingeben, als handele es sich bei allen diesen Dingen, die den Reichstag in jener Sitzung beschäftigt, um Erscheinungen neueren Datums.

Wenn das Kanzlerblatt erklärt, sein hoher Chef habe keine Vorschläge für Ausnahmengesetze gemacht, so ist das, rein formell genommen, allerdings richtig. Für Ausnahmengesetze hat Herr v. Bethmann nicht plädiert. Wohl aber hat er sich für die Hineinpraktizierung von Ausnahmestimmungen gegen die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterchaft in das zur Beratung stehende neue Strafgesetz ausgesprochen.

Dagegen ist der letzte Satz der obigen Anführung der „Nordd. Allg. Ztg.“ direkt falsch. Dem will denn das Blatt glauben machen, daß schon seit langem vom Kanzler über den Nutzen oder Nutzen bestimmter Maßregeln gegen das Streikpostenwesen und die sogenannte Verschlimpfung längst vermoderter Herrscher weise Erwägungen angestellt worden seien. Einfache Tatsache ist vielmehr, daß die um Heubrand in Verhaftungen und Presse diese Maßregeln forderten und Herr v. Bethmann Hollweg, als er sah, er könne sich das Wohlwollen dieser mächtigen Sippe verschaffen, in gottgegebener und gottgegebener Abhängigkeit diese Forderungen zu den feigen machte. Nur kein Größenwahn!

Zur Fleischnot.

Wie aus Dresden gemeldet wird, ist der Antrag Sachsens betreffend die Fleischzufuhr aus Frankreich vom Reichskanzler im wesentlichen unter denselben Bedingungen wie für Süddeutschland genehmigt worden. Der Transport soll jedoch nicht über Belgien, sondern über Esch-Botfringen erfolgen.

Jugendfeindliche Jugendfürsorge.

Im preussischen Kultusministerium wurde am Donnerstag eine Konferenz zur „Förderung der Jugendfürsorge“ abgehalten. Vertreten waren: Das Kultus-, Landwirtschafts-, Handels- und Kriegsministerium, der Zentralausschuß für Volks- und Jugendspiele, sowie verschiedene bürgerliche Jugendorganisationen und Sportvereine. Zur Beratung standen mehrere vom Ministerium ausgearbeitete Vorschläge. Die Ergebnisse der Verhandlung sollen demnächst veröffentlicht werden. Der „Total-Arzt“ teilt darüber mit:

Die Grundlage wird ein uneingeschränktes Nebeneinanderarbeiten aller Bestrebungen bleiben, und gemeinsam sollen nur einige wenige Richtungslinien verfolgt werden, so vor allem die Heranziehung und Interessierung der sührenden und gablosen Kreise zu tätiger Mitarbeit und pekuniärer Unterstützung. Eine Reihe von Einrichtungen sind vorgeschlagen, die die erziehende Tätigkeit der Fortbildungsschulen ergänzen sollen. Auch der körperlichen Ausübung soll durch Vereinstellung von Spielplätzen und durch Unterstützung der Sport- und Spielbewegung eine vermehrte Pflege gewidmet werden. Die Zusammenfassung der Bestrebungen wird in Gestalt besonderer Provinz-, Kreis- und Bezirksausschüsse in die Wege geleitet werden, dabei wird eine staatliche Beeinflussung oder Beaufsichtigung nicht stattfinden.

Die Behauptung, der Staat denke weder an Beaufsichtigung noch an Beeinflussung der „Bestrebungen“ — die freie Jugendbewegung niederzuhalten, klingt nach dieser Konferenz im Kultusministerium recht komisch.

Bekanntlich fordert der neue preussische Staats-Boranschlag eine Million Mark zur Bekämpfung der freien Jugendbewegung — freilich wird dieser Zweck nicht offen zugestanden, sondern hinter einem gar seltsam formulierten Satz versteckt. Nach offizieller Angabe soll nämlich diese Million dienen: „Zur Beihilfen für Veranstaltungen Dritter zwecks Förderung der Pflege der schulentlassenen männlichen Jugend sowie zur Ausbildung und Anleitung von für die Jugendpflege geeigneten Personen“. Echt preussisch.

Krankenhausmiserie in Hamburg.

In der letzten Sitzung der Bürgerschaft interpellierte die sozialdemokratische Fraktion durch den Genossen Krause die Krankenhausdeputation über die Überfüllung der Staatskrankenhaus. Diese Überfüllung führte ein bürgerschaftliches Mitglied der Deputation auf die — billige Verpflegung in den Staatskrankenhaus zurück, die nur 2,50 M. pro Tag beträgt, gegen 3 M. in Berlin, was zur Folge habe, daß die Krankenhäuser stark von Leidenden und jungen Leuten aufgefüllt würden. Diese Auskunft erschien der Mehrheit so plausibel, daß die vom Genossen Krause, der in diesen Dingen große Sachkenntnis besitzt, beantragte Besprechung abgelehnt wurde, wodurch die Krankenhausmiserie allerdings nicht aus der Welt geschafft ist. In Wirklichkeit fürchteten die am Hamburgs Reputation nach außen hin besorgten Bourgeois durch die Besprechung eine „Vollstreckung“ Hamburgs, das sonst bei „patriotischen“ Anlässen mit Hunderttausenden herumzieht.

Portugal.

Der Eisenbahnerstreik.

Lissabon, 14. Januar. Die Streiklage ist unverändert. Es herrscht musterhafte Ordnung. Sämtliche Bahnhöfe und die dazu gehörigen Gebäude sind von den Ausländern besetzt, so daß der gesamte Güterverkehr im ganzen Lande ruht. Der Minister des Inneren Bernardino Machado ließ gestern die Delegierten des Streikkomitees zu sich kommen und lenkte deren Aufmerksamkeit auf die durch die Einstellung des Eisenbahnverkehrs entstehenden internationalen Schwierigkeiten und auf die dem Auslande durch die Einstellung des Eisenbahndienstes in Portugal erwachsenden großen Verluste. Die Delegierten versprachen, die Erklärungen des Ministers ihren Kollegen mitzuteilen. Die Mitglieder des Streikkomitees erklärten, daß sie nicht einen Zoll von ihren Forderungen abgeben würden.

England.

Ein allgemeiner Seemannsstreik?

New York, 14. Januar. Wie die New-Yorker „Times“ meldet, gibt der amerikanische Agent des britischen Matrosen- und Heizerverbandes bekannt, er habe von dem Generalsekretär Gabriel Wilson ein Schreiben erhalten, wonach für die Zeit der Krönung des Königs ein Streik, der alle britischen Häfen umfassen soll, sich in Vorbereitung befindet.

Finnland.

Die Landtagswahlen.

Die Ergebnisse der Landtagswahlen in Finnland bedeuten einen glänzenden Sieg der Sozialdemokratie, der um

so höher zu veranschlagen ist, als er in einer Periode harter politischer Kämpfe erfaßt worden ist und darum als ein Vertretersvotum der breiten Massen an die sozialdemokratische Politik angesehen werden kann. Die Stimmen- und Mandatszahl der finnischen Sozialdemokratie befindet sich seit der Einführung des allgemeinen Wahlrechts in aufsteigender Linie: Bei den ersten Wahlen auf Grund des neuen Wahlgesetzes i. J. 1907 eroberte sie im ersten Aktum 80 Mandate (von insgesamt 200), 1908 steigerte sich diese Zahl auf 88, 1909 auf 84, 1910 auf 86, und jetzt hat die Sozialdemokratie auch noch vom Bund der Kleinbauern ein Mandat dazu gewonnen. Die rührige Wahlarbeit unserer finnischen Genossen hat schöne Früchte getragen, und es hat sich gezeigt, daß die Nachstellung der finnischen Sozialdemokratie keine Zufallserscheinung ist und nicht von „Wühlwurm“ abhängt.

Die Aufgaben, die dem neuen Landtage bevorstehen, sind ganz enorm. Bekanntlich hat der Jar den vorigen Landtag, wie in den vorhergehenden Jahren die drei ersten Landtage, aufgelöst, weil sich die Vertreter des finnischen Volkes der zarischen Gewalt nicht fügen wollten. Der letzte Landtag war im Oktober v. J. zu einer außerordentlichen Session einberufen worden, um über zwei höchst wichtige Gesetzesvorlagen sein „Gutachten“ abzugeben, die der russische Ministerrat auf Grund des „allgemein staatlichen“ Erdröckelungsgesetzes vom 30. Juni 1910 ausgearbeitet hatte. Der Landtag setzte dieser Zumutung der Petersburger Regierung ein ebenso einseitiges kategorisches „Nein“ entgegen wie in der vorhergehenden Frühjahrssession, als Stojpin von der finnischen Volksvertretung verlangte, daß sie den vom Jarzen im März angeordneten Rechtsraub, der Finnland in eine russische Provinz verwandele, selbst gutheißend sollte. Der Landtag sah sich gezwungen, die Beratung der zugegangenen Vorlagen als verfassungswidrig, abzulehnen, da er sonst das Erdröckelungsgesetz vom 30. Juni sanktioniert und selbst mitgeholfen hätte, den Galgen für die Freiheit Finnlands aufzurichten. Angesichts des einmütigen Protestes der finnischen Volksvertretung wogte es die russische Regierung nicht, dem Drängen der Blut- und Eisenpolitiker nachzugeben, die Verfassung einfach außer Kraft zu setzen und in Finnland den Verfassungsbruch zu proklamieren. Sie schlug den scheinbar verfassungsmäßigen Weg ein, indem sie den Landtag — zum vierten Male in vier Jahren! — auflöste und die Neuwahlen für den 2. Januar 1911 anberaumte. In Wirklichkeit verfolgte diese Taktik, wenn auch unter der Maske der „Gesetzmäßigkeit“, dasselbe Ziel, denn während der Landtag durch die Entziehung jeder gesetzgebenden Arbeit (die in die Petersburger Ministerkanzleien übertragen wird!) zu einem langsamen Tode verurteilt wird, reißt die Petersburger Regierung die Verwaltung des Landes an sich, plündert die finnische Staatskasse und setzt die Verfassung Stückweise außer Kraft, während ihre Soldaten in der Duma neue Gesetzesvorlagen ausarbeiten, die die Okkupation Finnlands durch den diebischen russischen „Tschar“ erleichtern und jeden noch so geschmähten Widerstand der Finnen unmöglich machen soll. Es unterliegt darum keinem Zweifel, daß die neue finnische Volksvertretung gleich bei Beginn ihrer Tätigkeit mit den Petersburger Gewaltpolitikern in schärfsten Konflikt geraten wird. Ihr Votum wird aber um so gewichtiger in die Waagschale fallen und die Regierung von neuen Gewaltmitteln zurückhalten, je einmütiger ihr Protest, je härter das Band sein wird, das sie mit ihren Wählern vereint. Darum bedeutet der Wotausfall ein drohendes Knetel für die Herrschenden. Er sagt ihnen, daß das finnische Volk sich durch ihre Gewaltmittel nicht einschüchtern läßt, und daß vor allem das finnische Proletariat Gewehr bei Fuß dasteht, seine Freiheit und Selbständigkeit vor den äußeren und inneren Feinden zu verteidigen.

Seitensforsa, 14. Januar. (Privattelegramm.) Die Sozialdemokratie erhielt 321 000 Stimmen. Sie gewann 5 000 Stimmen und ein neues Mandat. Die Stimmengahl sämtlicher bürgerlicher Parteien beträgt 480 000. Die Erwartungen der russischen Regierung haben sich aufs neue als eitel erwiesen.

Japan.

Der Justizmord an den japanischen Sozialisten.

Herr Dr. Gustav Landauer, der in einer Reihe von Zeitungen zu einem öffentlichen Protest gegen das Vorgehen der japanischen Regierung aufgefordert hatte, schreibt uns: „Meinem Protest gegen den Geheimprozeß, den die japanische Regierung gegen 26 Sozialisten und Anarchisten führt, haben sich weit über 1000 Männer und Frauen aus allen Werten in Deutschland und der Schweiz angeschlossen. Infolge eines Briefes, den ich daroufhin an den japanischen Votschafter gerichtet habe, hatte ich am Freitag, den 13. Januar, eine längere Unterredung mit dem Votschafter Dr. Hata. Aus diesem Gespräch, ebenso wie aus den Behauptungen der Votschaft in London, ergibt sich folgendes Bild, das die japanische Regierung für wahr gehalten haben will.

Das Verfahren, gegen das wir protestiert haben, sei nur ein vorbereitendes gewesen, entsprechend der Voruntersuchung, die auch bei uns geheim geführt werde. Der Prozeß finde vor dem höchsten japanischen Gericht statt, habe am 15. Dezember begonnen, und das Gericht habe auf Grund gesetzlicher Bestimmungen die Öffentlichkeit ausgeschlossen. Jeder der Vorgänge bei diesem Prozeß, ob er beendet sei, ob ein Urteil gesprochen sei, behauptet der Votschafter, keine Nachricht zu haben, obwohl er zugibt, daß auch nach japanischem Recht die Verkündung und Begründung des Urteils in voller Öffentlichkeit stattfinden müsse. Dagegen behauptet er, die Angeklagten hätten bereits in der Voruntersuchung ihr Verbrechen gestanden, das in der Vorbereitung zur Anlegung von Minengängen nach dem kaiserlichen Palast, um ihn in die Luft zu sprengen, bestanden habe. Jemand etwas über den angeblichen Anteil der einzelnen 26 Personen an dem Plan war nicht zu erfahren.

Das einzige Beweismittel, womit die Votschaft ihre Behauptungen stützen will, ist ein Bericht der „Nordd. Allg. Zeitung“, dem man die offizielle Liebedienerei gegen die japanische Regierung auf hundert Schritte ansieht. Der Votschafter hat schließlich, als ich ihn bedrängte, seinen Zweifel daran gelassen, daß er die Stürmung der 26 Angeklagten für selbstverständlich hält und hat den Genossen an die Möglichkeit einer Verhandlung ausdrücklich und scharf zurückgewiesen. — Ich gestehe, daß ich ihn mit dem Zweifel verließ, ob die 26 Angeklagten überhaupt noch leben!

Wir sehen also vor einem hermetischen Geheimnis und kennen nicht, als die Behauptungen der japanischen Regierung. Das Gespräch auf der Votschaft aber begann der Herr Kat mit den Worten: Japan ist ein Rechtsstaat; die Verwaltung hat keinen Einfluß auf die Gerichte!

Ich bemähe mich, weiteres zu erfahren. Wer den Protest, das einzige Mittel der Einwirkung, das wir leider haben, unterstützen will, wende sich nunmehr direkt an die japanische Votschaft, deren Adresse im Adreßbuch zu finden ist.“

Parlamentarisches.

Fragen der Arbeiterhygiene vor der Petitionskommission des Reichstags.

Der Deutsche Holzarbeiterverband (Berlin) hat im März 1910 eine Petition an den Reichstag gerichtet, die auf die wachsenden Gefahren für Leben und Gesundheit der mit der Verarbeitung von Zellulose beschäftigten

Arbeiter hinweist. Als statistisches Material sind die Erhebungen des Holzarbeiter- und Buchbinderverbandes beigelegt. Die Parteien bescheiden den Erlass einer Verordnung des Bundesrates als dringend und verweisen auf die österreichische Verordnung vom Juli 1908. Die Fabrikanten der Zellulosebranche sind im Dezember 1910 mit einer Eingabe gegen die Arbeiterpetition aufgetreten; sie meinen, daß die mit der preussischen Regierung verhandelten und am 7. Mai 1910 veröffentlichten Grundzüge einer Branchenüberwachung auch den von den Arbeitern gestellten Wünschen entsprächen. Eine Anwendung auf die Hausindustrie könne nur Sache des Heimarbeitergesetzentwurfes sein. Das Verbot der Beschäftigung jugendlicher Arbeiter sei keine hygienische, sondern lediglich eine verschleierte Lohnfrage.

Der Regierungsvorbericht Dr. Leymann trat in der Petitionskommission dieser Ansicht der Unternehmer bei und meinte, die Bundesstaaten hätten sich doch zur Übernahme der preussischen Vorschriften bereit erklärt. Abg. Severing wies dagegen auf die ungünstigen Erfahrungen hin, die 1907 mit solchen bundesstaatlichen Versprechungen bei der Überwachung der Schieferbetriebe gemacht worden seien. Auch Abg. Sasse betonte die Notwendigkeit, wie in Oesterreich eine allgemeine Regelung zu schaffen. Beide Redner befürworteten den Antrag des Reichstages, der Regierung die prinzipielle Forderung zur Berücksichtigung und die Einzelvorschläge als Material zu übernehmen. — Der Antrag wurde mit großer Mehrheit angenommen.

Zu einer Petition des Zentralverbandes christlicher Arbeiter und verwandter Vereine (Düsseldorf) beschloß die Kommission, die Forderung nach Arbeiterkontrollen und nach Einführung eines Meldezwanges für alle Kleinbetriebe der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen.

Aus der Partei.

Ein empfindsamer Reichsverbändler.

Durch einen Artikel im „Halle'schen Volksblatt“ fühlte sich der in Halle residierende Generalsekretär des Reichsverbandes Michaelis demnach gekränkt, daß er zum Abi ließ und von ihm die Bestrafung des Verantwortlichen, Genossen Riebuhr, forderte. Michaelis hatte die bekannte 20 000 M. Angelegenheit nach den Sammlungen für den großen Bergarbeiterstreik im Jahre 1905 in einer öffentlichen Versammlung im Mansfelderischen so eigentümlich behandelt, daß ihn das „Volksblatt“ scharf zurechtweisen mußte. Das Halle'sche Schöffengericht billigte dem angeklagten Genossen den Schuldsatz des § 193 zu, hielt aber die Form des Artikels für allzu scharf und verhängte 75 M. Geldstrafe.

Soziales.

Der Arbeitgeber muß für die Innehaltung der Schutzbestimmungen sorgen.

So hat jetzt wieder das Kammergericht in einem Falle entschieden, wo der Angeklagte sich darauf berief, daß die Angestellten ohne seinen Willen die Schutzbestimmungen der Gewerbeordnung übertreten hätten. Der Angeklagte Klähn zu Berlin besitzt eine Anzahl Filialen, in denen Fleischwaren feilgeboten werden. In einer dieser Filialen waren zwei junge Mädchen als Verkaufserinnen beschäftigt. Die eine, Fräulein L., leitete den Verkehr mit den Kunden. Sie öffnete das Geschäft eines Morgens bereits um 7 Uhr 15 Minuten, während es am Abend vorher erst um 9 Uhr geschlossen worden war, so daß die gesetzliche eintündige nächtliche Ruhepause für sie und ihre Wirtskausfrau nicht herauskam. Der Geschäftsinhaber wurde dafür verantwortlich gemacht und angeklagt. Er erhob den Einwand, daß Fräulein L. freiwillig das Geschäft zu früh geöffnet habe. Sein Wille sei das nicht gewesen.

Das Landgericht als zweite Instanz verurteilte ihn zu einer Geldstrafe von 10 M. Das Kammergericht bestätigte das Urteil mit folgender Begründung: Es sei gleichgültig, ob Fräulein L. freiwillig das Geschäft zu früh geöffnet habe, oder ob es auf seine Anweisung geschehen sei. Es sei auf jeden Fall die Pflicht des Geschäftsinhabers, dafür zu sorgen, daß die im gesundheitlichen Interesse der Angestellten erlassenen Bestimmungen auch befolgt würden. Da er nicht dafür gesorgt habe, so treffe ihn ein Verschulden. Im übrigen sei der Angeklagte gut wegkommen mit seinen 10 M. bei einem Delikt, das mit einer Geldstrafe bis zu 2000 M. bestraft werden könne (§ 146, Nr. 2 der Gewerbeordnung). Wenn Angeklagte wegen Übertretung der sozialpolitischen Vorschriften immer zu so geringen Strafen verurteilt würden, dann werde man sie zu einem sozialeren Verhalten wohl kaum bringen, da ja die Geschäftskosten bei Beachtung der sozialpolitischen Vorschriften um ein erhebliches Mehr belastet würden, als durch solch eine Strafe von nur 10 M.

Ein sehr verständiges Urteil gegen die Prämierung von Übertretungen sozialpolitischer Gesetze.

Aus Industrie und Handel.

Verdächtiges Liebeswerben.

Die Agrarier empfinden wieder mal eine brünstige Liebe für die Industrie. So sagen sie — weil sie ein Geschäft machen wollen, nach Art der Deiktatschwinder verfahren sie ihre brühtige, uneingeschaltete Zuneigung. In einem Verberickel der offiziellen „Konservativen Parteikorrespondenz“ machen sie, wie folgt, ihre Aufmerksamkeit:

„Als sich um den Schutz der Industrie handelte, verlagte der Liberalismus, auch der Nationalliberalismus. Bei den Eisenbahnen stimmten 30 Nationalliberale dafür, 80 dagegen. Die nationalliberale Partei war in diesen Dingen niemals die schiedende, sondern die geschobene; sie machte schließlich mit, aber nur der Not gehörend, nicht dem eigenen Triebe. Die Konservativen hingegen haben nie einen Augenblick gezögert, der Industrie das zu geben, was sie brauchte. Es ist daher nicht gerecht, wenn heute ein Teil der Industrievertreter mit billiger liberal-demokratischer Agitation weicht sich gebäht gegen den Konservatismus benimmt; er war es, der der Industrie den Aufstieg ermöglichte, er ist es, der auch heute noch, nach seinen prinzipiellen Ansprüchen, alles tut, um der Industrie die notwendige und segensreiche Stellung im wirtschaftlichen Organismus zu erhalten.“

Während nagen die Eizugüsse der Industrie nicht; sie haben vielmehr die Entwicklung der Verarbeitungsindustrie gehemmt und zweitens haben die Agrarier für die Eizugüsse die Getreidezölle eingehandelt. Die Konsumenten sind doppelt geschädigt worden.

Grundstücksumsatz in Berlin im Jahre 1910. Dem Jahresbericht pro 1910 des Vereins Berliner Grundstücks- und Hypothekenspekulanten in Berlin entnehmen wir nachstehende Tabelle über den Grundstücksumsatz:

	1906	1907	1908	1909	1910
			Millionen Mark		
Berlin	688	651	417	494	498
Charlottenburg	187	187	96	116	100
Schöneberg	75	55	51	81	98
St. Wilmerdorf	77	57	44	63	69

Der Gesamt-Immobilienumsatz in ganz Groß-Berlin betrug in 1910 1 060 911 000 M. und abzüglich der Zwangsversteigerungen 882 805 000 M. freiwillige Verkäufe (gegen 940 000 000 M. 1909); also ein Rückgang von circa 57 Millionen. Die Ergebnisse der Zwangsversteigerungen sind von 168 000 000 M. im Jahre 1909 auf 177 000 000 M. im Berichtsjahre, also unerheblich, gestiegen.

Gewerkschaftliches.

Gelbe „Christen“.

Die Zentrumschriften bemühen sich in letzter Zeit besonders um die Gewinnung der Eisenbahnarbeiter. Als Peter Molz dem „Christlichen“ Liebeswerben zu lange unzugänglich blieb und der verführte Mandatskandidat auf krummem Wege auch nicht zum Ziel führte, wurde ein neuer zentrumschriftlicher Eisenbahnerverband gegründet, dessen Statut, wie noch unlängst erwähnt wurde, einer Mischung von Kriegerverein und gelber Gewerkschaft entspricht. Gegen die älteren Eisenbahnerorganisationen, die sich nicht zum Anschluß an die „Christen“ verstehen wollen, werden fortlaufend die schärfsten Mittel angewandt, um sie „oben“ in übeln Geruch zu bringen. Im „Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften“ und in der M.-Glabbacher „Westdeutschen Arbeiter-Zeitung“ werden systematisch die nicht „christlich“ willigen Eisenbahner der Regierung denunziert, daß sich die Verbände immer mehr nach links entwickelten, daß Führer und Mitglieder schon zum großen Teil Sozialdemokraten seien usw. Mit diesen verlogenen Behauptungen wollten die „Christen“ sich als zuverlässigere Schutztruppe anschwärzen. In einem Propagandaflugblatt wurde von dem neuen „christlichen“ Eisenbahnerverband die Regierung darauf hingewiesen, daß die Unorganisierten unter Umständen „eine ungeheure Gefahr“ für den Betrieb bildeten, da sie „verwerflichen Bestrebungen“ leichter zugänglich seien als die „Christen“. So betiteln sich die Zentrumschriften als „Retter des Vaterlandes“ an.

In der letzten Nummer des „Christlichen“ Zentralblattes werden die katholischen Arbeiter wiederum gewarnt, „den sogenannten neutralen Verbänden, wie Trier-Berliner Eisenbahnerverband, Deutscher Militärarbeiterverband und Post- und Telegraphenarbeiterverband, sich Berlin, beizutreten, da die Verbände keine Garantie bieten, wirklich neutral zu sein und zu bleiben, zumal bei den betreffenden Verbänden schon jetzt eine bedenkliche Neigung nach links stattgefunden hat“.

Das ist die alte, schäbige, unehrliche Manier, den Gegner zu verleumdern. Daß die „Christen“ an ihre Behauptungen selbst nicht glauben, geht auch schon aus der Wortstellung „zu sein und zu bleiben“, hervor. Denn wenn keine Garantie bestehen soll, daß die genannten Vereine wirklich neutral bleiben, dann müssen sie es doch vorderhand wohl noch sein. Aber um Logik kümmern sich die „Christen“ ja wenig.

An anderer Stelle des „Christlichen“ Zentralblattes wird mitgeteilt, daß das Reichskartell der „christlich-nationalen“ Verbände der Unterbeamten und Arbeiter staatlicher Verkehrsanstalten in letzter Zeit eine Anzahl Versammlungen abgehalten hat. In einer war sogar die königliche Eisenbahndirektion vertreten. Dieser Vertreter, der Geh. Oberregierungsrat Schneider soll — denkt an! — den grundsätzlichen Ausführungen des „christlichen“ Referenten „ausdrücklich“ beigestimmt haben. Damit ist über diese „Grundfrage“ selbst schon genügend gesagt. Das „Christliche“ Zentralblatt ist aber dumm genug, die von den „christlichen“ Machern fabrizierte und von den „christlichen“ Versammlungen angenommene Resolution aus dem engen Winkel einiger Zentrumslokalblätter herauszuholen und ins Licht vollster Deffentlichkeit zu stellen. So wird denn mitgeteilt, daß die Versammlungen „an die Verwaltungen der Staatsbetriebe, wie auch an die Parlamente und die bürgerlichen Sozialpolitiker“ die „Bitte“ um „Fortbildung des Staatsarbeiterrechts“ gerichtet haben.

Ausbesondere ist ein weiterer Ausbau der Arbeiterausschüsse, sowie Zentralisierung und Ausdehnung derselben zu Ersatzinstituten für Arbeitskammern erwünscht.

Sieh an, wie glorios die „Christlichen“ Gelben die Interessen der Eisenbahner — zertreten! Während im Parlament noch an der Einbeziehung der Eisenbahnarbeiter in das Arbeitskammergesetz zum Schein festgehalten wird, ist im geheimen der Verrat der Eisenbahner durch deren „christlichen“ Führer selbst bereits besiegelt worden! Und dabei können die christlichen Verräter gar nicht mal so lange warten, wie es die Klugheit erforderlich macht. Ehe die Arbeitskammerverträge noch abzuhändeln ist, wird der Zentrumsverrat bereits ausgesprochen!

Offentlich werden dafür die Eisenbahner selbst klüger.

Berlin und Umgegend.

Zum Streik der Fensterputzer bei der Glasreinigung wird und berichtet, daß die 11 Arbeitswilligen — mehr sind es nicht geworden — auch gestern wiederum nicht arbeiten konnten, weil die Kundschaft nicht mit ihnen zu tun haben wollte. Die Fensterreinigungsgesellschaft muß also, statt Nutzen, ganz bedenklichen Schaden von diesen Deuten haben. Wenn die Löhne, die ihnen gezahlt werden, auch äußerst gering sind, wird der Schaden, den die Firma so wie so von dem Streik hat, durch ihre Beschäftigung doch noch bedeutend größer. Die Streikenden hatten noch wie vor völlig einmütig im Lohnkampf aus und keiner denkt daran, die Arbeit wieder aufzunehmen, solange die Firma sich nicht zu Verhandlungen bereit findet und ein neuer Tarifvertrag zustande kommt.

Die Arbeiter der Berliner städtischen Straßenreinigung hielten am Montag eine überfüllte Protestversammlung im Englischen Garten ab. Alle Tische mußten aus dem Saale entfernt werden, damit dieser die Zutretenden fassen konnte. Es handelte sich um mit dem 1. Januar von seiten der Direktion verfügte Verschlechterungen der Arbeitsverhältnisse. Die Arbeitszeit der während der Nacht tätigen Zwischenposten ist danach um eine Stunde verlängert worden, und außerdem sollen Ueberstunden dieser Nachtschicht sowohl als auch solche aller Arbeiter beim Wechsel der Schichten nicht mehr bezahlt werden. Die Versammlung, in welcher der Bevollmächtigte Buhly das Referat hielt, war über diesen Gewaltakt der Direktion tief erregt, um so mehr, als man ohne den Arbeiterausschuss zu hören einfach dekretiert hatte. Hinzu kam noch, daß die Beschwerde der Arbeiter wegen Schilamierung eines Ausschussmitgliedes durch einen Aufseher mit einer Vernehmung des ersteren beantwortet worden war, während der schuldige Beamte unbehelligt blieb. In der Diskussion gab es eine gründliche Abrechnung mit den im Arbeiterausschuss die Mehrheit bildenden „Christen“. Diese hatten die Strafe gehabt, den Verbandskollegen die Schuld an den Arbeitsverschlechterungen aufzubürden; da war denn die mit allgemeinem „Hui!“ begleitete Mitteilung sehr interessant, daß die heuchlerischen Führer der „Christen“ bereits vor Monaten um die geplanten Verschlechterungen gewußt hätten. Die imposante Versammlung beschloß einstimmig nachstehende Resolution:

Die von mehr als 600 Arbeitern der Straßenreinigung beschlossene Protestversammlung erhebt energisch Einspruch gegen die Verschlechterung der Arbeitszeit und die Beschneidung der Ueberstundenbezahlung.

Entschieden verurteilt die Versammlung auch die Behandlung der Mitglieder des Arbeiterausschusses, sowie die Verletzung des

Ausschussmitgliedes Böring, welches nichts anderes als eine Maßregelung darstellt.

Die Versammlung beschließt, mit allen Mitteln dagegen Front zu machen und fordert die Vertrauensleute auf, die geeigneten Schritte zu unternehmen.

Achtung, Raubhühner, Spänner und Träger! Wegen Mahregung des Landepulverters sind die Arbeiten des Unternehmers O. Wittmann auf dem Neubau „Kunstgewerbehaus“, Königgräberstraße, seitens der Organisation gesperrt. Wir ersuchen alle Kollegen, die Arbeitsstelle streng zu meiden.

Der Vorstand des Deutschen Bauarbeiterverbandes, Sektion der Gips- und Zementbranche.

Deutsches Reich.

Zur Vergarbeiterbewegung im Ruhrgebiet.

Die Zeitung des christlichen Gewerkschafts der Vergarbeiter hat beschloffen, über die Streit- und Lohnfragen eine Urabstimmung unter den Mitgliedern zu veranstalten. Das ist natürlich nur Komödie, nicht nur deshalb, weil offenbar die Streitfrage an erste Stelle gerückt werden wird, sondern weil sicher zu erwarten steht, daß diese Urabstimmung wieder in der Form vorgenommen wird wie feinerzeit die Abstimmung über die Frage des Exarbeitertages, nämlich nicht durch geheime Stimmabgabe, sondern mittels Listen, in die die Mitglieder ihr Votum einzutragen haben. Die christlichen Ausschussmitglieder werden schon sorgen, daß das Urabstimmungs-system ihren Wünschen entsprechend funktionieren wird.

Ein Militärverein als Streikbrecherbureau.

Die aussperrungswilligen Rauchwarenfabrikanten in Röttha sind durch die Arbeitsniederlegung der Hilfsarbeiter arg in Gedränge gekommen, hofften sie doch, mit diesen und den Lehrlingen die Betriebe aufrecht zu erhalten. In ihrer Not haben sie sich nun an den Arbeitsnachweis des Militärvereinsbundes in Leipzig gewandt, der ihnen auch 8 Hausstreifer vermittelte. Zwei von ihnen haben allerdings die ehrenvolle Tätigkeit nicht erst aufgenommen. — Inzwischen ist die Zahl der ausständigen Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen in Röttha auf 90 gestiegen. Da die Unternehmer bemüht sind, Hilfsarbeiter auswärts zu engagieren, sei nochmals auf Fernhaltung des Zuguges hingewiesen.

Achtung, Maser und Lackierer! In der Automobilfabrik von Benz u. Co. in Mannheim sind sämtliche Lackierer (75 Mann) ausgesperrt. Ebenso wurden die Kollegen in der Möbelfabrik von Seeburger in Grünhof (Pfalz) ausgesperrt. Wir ersuchen, nach beiden Orten keine Arbeit anzunehmen.

Die Ortsverwaltung.

Gelbe Rebellen.

Als in Augsburg vor fünf Jahren in der Metallindustrie die gelbe Bewegung einsetzte, da wurden auch die Schaufabriken mit gelben Werkverträgen beglückt. Die Arbeiter dieser Fabriken wurden zu dem Beitritt zu dem gelben Verein gezwungen. Die Folgen dieser gelben Organisation waren, daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse sich immer schlechter gestalteten.

Nun bestand bei der größten Schaufabrik am Orte, August Wessels, eine Art Tarifvertrag, ein Abkommen, das zwischen der Direktion und dem gelben Arbeiterausschuss getroffen war und durch das die Arbeitsverhältnisse einigermaßen geregelt werden sollten. Wegen wiederholter Lohnabzüge stellte nun der gelbe Arbeiterausschuss auf Drängen der Arbeiter an die Direktion die Forderung, den „Tarif“ einer Revision zu unterziehen und die Löhne zu erhöhen. Dieses Ansuchen wurde brüskel abgewiesen, wobei der Direktor erklärte: „Sie haben nichts zu fordern, Sie haben nur zu bitten!“

Diese Behandlung schlug bei der schon lange durch die systematischen Lohnabzüge verbitterten Arbeiterchaft dem Haffe den Boden aus, und auf Veranlassung der Gelben sprach am 13. Januar in einer überfüllten Betriebsversammlung der Gauleiter des Deutschen Schaufabrikenverbandes über die Zustände in den Augsburger Schaufabriken. Unter stürmischem Beifall geißelten die Gelben selbst das Verhalten der Direktion und die ihnen von dieser zuteil gewordene Behandlung; sie forderten ihre Kollegen auf, aus dem gelben Verein aus- und in den Zentralverband der Schaufabriken einzutreten, um bessere Arbeitsverhältnisse schaffen zu können. Ueber die Hälfte der Gelben folgte dieser Aufforderung und trat dem Verbande bei. Es ist sicher zu erwarten, daß auch der andere Teil in Kürze diesem Beispiel folgt.

Der Vorgang zeigt, daß die in die gelben Vereine gezwungenen Arbeiter sich auf die Dauer trotz der Unternehmerunterstützung nicht zu Kameluden herabwürdigen lassen und früher oder später das gelbe Joch abschütteln.

Ausland.

Die Bewegung der Wiener Kaffeehausangestellten, über deren erste Erfolge wir kürzlich berichteten, geht in verstärktem Maße fort. Eine am 12. d. M. abgehaltene Massenversammlung beschloß die Vorbereitungen zu einem allgemeinen Streik zu treffen. Die Forderungen umfassen: Minimallohne (von 18 Kronen pro Woche für Markäre bis 40 Kronen für Kaffeebode), täglich 12stündige Ruhezeit und allwöchentliche 30stündige Pause, Anerkennung der Organisation und der Betriebsvertrauensmänner und ausschließliche Benutzung der gewerkschaftlichen Arbeitsvermittlung.

Einigung im belgischen Kohlenarbeiterstreik.

Wie in letzter Stunde mitgeteilt wird, sind die Grubendirektoren auf die Einigungsvorschläge eingegangen, welche ihnen vor einigen Tagen vom Arbeitsminister im Auftrage der ausländischen Arbeiter unterbreitet worden waren. Eine Bestätigung dieser Meldung steht indessen noch aus.

Die Schuhrbeiterausperrung und der Terrorismus der schwedischen Arbeitgebervereinigung.

Die seit Neujahr bestehende Aussperrung der Schuhrbeiter Schwedens erwidert sich nach den Angaben des Schwedischen Schuhrbeiterverbandes auf 33 Fabriken mit 4493 Arbeitern und Arbeiterinnen, während sich 30 Fabriken mit ungefähr 1000 Arbeitskräften nicht daran beteiligen haben. Es zeigt sich jetzt immer deutlicher, daß die Aussperrung auf Befehl der schwedischen Arbeitgebervereinigung veranfaßt worden ist und daß die Vertreter der Schuhrfabrikantenvereinigung geneigt waren, sich auf Grund der Vorschläge des Schlichtungsbeamten mit der Arbeiterschaft zu einigen. Der zweite Direktor der Arbeitgebervereinigung Falkenström erklärte den Vergleichsvorschlag für unvereinbar mit den Interessen dieser Zentrale des Unternehmertums, und so mußten die Schuhrfabrikanten, ob sie wollten oder nicht, aussperrern. Man beginnt jetzt auch in der bürgerlichen Presse solche Tyrannen, wie sie hier gegen die Arbeitgeber eines bestimmten Berufes ausgeübt wird, zu kritisieren, wenigstens in einem großen liberalen Blatt, „Göteborgs Danbelstidning“, die entschieden dafür eintritt, daß den Unternehmern in den einzelnen Berufen das Selbstbestimmungsrecht über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse gegenüber der Unternehmerzentrale gewahrt werde. Allerdings üben die einzelnen Berufsorganisationen der Unternehmer eine nicht minder drückende Tyrannie gegen ihre Berufsgenossen, ja gegen die Groß- und Kleinhandlanger ihrer Branche aus. Am Sonntag hielten die Vertreter der schwedischen Schuhrfabrikanten mit denen der verschiedenen Schuhwarenhandlangervereine Schwedens in Göteborg eine gemeinsame Konferenz ab, um über die Bekämpfung der unlauteren

Konkurrenz zu beraten, d. h. um auf Mittel zu finnen, dem schwedischen Volke fortdauernd einen weit höheren Preis für die Schuhe zu zahlen, als man in anderen Ländern zu zahlen braucht. Die Konferenz faßte einen Beschluß, der darauf hinausgeht, daß ein Zwangsanschluß an die Schuhhändlervereine durchgeführt wird, und zwar mit Hilfe der Fabrikantenvereinigung, daß ferner die Schuhgeschäfte gezwungen werden sollen, höchstens zweimal im Jahre Ausverkauf zu veranstalten, daß es ihnen verboten wird, die Preise ihrer Waren durch Anzeigen im Schaufenster oder in den Zeitungen bekanntzugeben und daß die Mitglieder durch Geldbußen und Garantieverbindungen gezwungen werden, diese Bestimmungen zu befolgen. — „Stockholms Dagblad“, dessen Redaktion Hildebrandt sich aufs eifrigste bemüht, neue Zwangsgebote gegen die „Tyrannen“ der Gewerkschaften zum Schutze der „Arbeitsfreiheit“ zu schaffen, veröffentlichte jenen Beschluß ohne ein Wort der Kritik.

Vor dem Rathausgericht in Stockholm spielt gegenwärtig ein Verleumdungsprozeß, bei dem der Beklagte, ein Schuhwarenfabrikant und Großhändler, in seiner Verteidigungsschrift ausführt, daß von der Fabrikanten- und Großhändlervereinigung der Leder- und Schuhbranche ein oftmals geradezu empörender Zwang zum Eintritt in die Organisation ausgeübt wird. Wer sich nicht fügt, wird boykottiert bis zum Ruin seines Geschäftes.

Versammlungen.

Deutscher Transportarbeiterverband (Sektion 5). Am Donnerstag fand eine außerordentlich stark besuchte Versammlung der Pader, Lager-, Hilfs- und Transportarbeiter von der A. G.-G., Brunnenstraße und Volkstraße, statt. Den Bericht über die Tätigkeit im Jahre 1910 erstattete der Obmann F r o m k e, der vorerst auf die Vertrauensmännerfrage einging und dann die Erfolge bei der letzten Lohnbewegung noch einmal kurz zusammenfaßte. Wenn auch nicht alle Wünsche befriedigt wurden, so habe die Bewegung doch Gutes für die Kollegen gebracht. 1878 für den Verband in Betracht kommende Personen sind in den beiden Betrieben beschäftigt, davon sind zurzeit 1300 organisiert. Doch ist damit zu rechnen, daß auch der Rest noch in nächster Zeit sich der Organisation anschließen wird. Redner wies noch darauf hin, daß der Direktor Eltes versprochen habe, eine allgemeine Lohnhöhung eintreten zu lassen, wenn die Fleischpreise noch weiter anziehen sollten. Obgleich nun die Preise für Fleisch gestiegen sind, ist diese Lohnhöhung bis jetzt noch nicht eingetreten. Mit Bezug auf die Organisationsangelegenheiten erklärte derselbe Herr, daß er sich um die Verbandsangelegenheiten nicht kümmern werde, sondern während der Arbeitszeit seine Agitation betreiben werde. Nach Feierabend könnten die Arbeiter tun und lassen, was sie wollten. In der Praxis wird die Sache jedoch anders gehandhabt; so wurde ein Arbeiter, der Sonntag eine Versammlung geleitet hatte, am Montag morgen sofort entlassen, ja, er durfte den Betrieb erst gar nicht mehr betreten. Hierbei tun sich besonders einzelne Meister hervor. Allmählich werde auch die Frauenarbeit im Maschinenlager immer mehr eingeführt. In der Brunnenstraße soll auch nach dem Versprechen der Direktion im allgemeinen nur zehn Stunden gearbeitet werden, in Wirklichkeit müssen die Arbeiter oft 13 bis 14 Stunden arbeiten. Einzelne Meister zwingen die Arbeiter hierzu. Dies trifft besonders auf das Maschinenlager zu. Ferner fehlen geeignete Vorrichtungen, wo die Arbeiter ihre Speisevorräte unterbringen könnten. So geben Matten und Mäuse an die Stullen; dadurch wird dem Personal das Essen bereitet. Auch die Sicherheitsvorrichtungen im Maschinenlager lassen zu wünschen übrig. Die Agitation ist bisher auf guten Boden gefallen. Zimmerhin müsse noch weiter gearbeitet werden. 40 Pf. Stundenlohn, wie die A. G.-G. ihn zahlen, reichen heute, bei den derzeitigen Lebensverhältnissen, nicht aus. — Die Ausführungen F r o m k e s wurden mit großem Beifall aufgenommen. In der Diskussion wurden sie in mancher Hinsicht ergänzt. Große Erregung herrschte über einzelne Subjekte, die sich als Epithel gebrauchten und den Vorgesetzten immer Bericht erstatten. Nach der Wahl des Betriebsausschusses gab F r o m k e dann noch die Ergebnisse einer zu Anfang des Jahres aufgenommenen Statistik über die Lohn- und Arbeitsbedingungen in der Brunnenstraße bekannt. Danach hatten nach den eingegangenen Fragezetteln 620 a 40, 505 a 42, 163 a 44, 368 a 44—56 Pf. pro Stunde.

Die Bauanschläger, organisiert im Deutschen Metallarbeiterverband, nahmen in einer Mitgliederversammlung, die am Donnerstagabend im Gewerkschaftshaus stattfand, den Jahresbericht ihrer Agitationskommission entgegen. Größere Konflikte waren im verfloffenen Jahre nicht zu verzeichnen. Die Kommission hatte in ihren zwölf Sitzungen sich mit den Differenzen, die bei einzelnen Firmen ausgebrochen waren, zu beschäftigen, und es gelang ihr gewöhnlich, diese Differenzen zugunsten der Arbeiter zu erledigen. Leider hatte die Kommission auch mancherlei mit der Schlichtung von Streitigkeiten unter den Arbeitern selbst zu tun. Drei Sitzungen hielt die Kommission mit den Vertretern der Schlosser ab, um die Frage des Arbeitsnachweises zu regeln. Die Unternehmer hatten den bisherigen paritätischen Nachweis aufgegeben und sich dem der Metallindustriellen angeschlossen. Die Arbeiter waren damit nicht einverstanden und hielten den bisherigen Nachweis aufrecht. Das Resultat dieses Streites war günstig für die Arbeiter, denn die Unternehmer, die nach guten Arbeitskräften verlangten, waren gezwungen, wieder nach dem alten Arbeitsnachweis zurückzukehren. — In den acht Monatsversammlungen der Branche wurden den Arbeitern allerlei Vorträge belehrender Art gehalten. Der Branchenleiter hob in seinem Bericht noch die Wichtigkeit des Vertrauensmännerstems hervor und forderte zu einem besseren Ausbau des Systems auf. Jede Werkstatt müßte ihren Vertrauensmann wählen. Im verfloffenen Jahre sind im Durchschnitt 23 Firmen durch Vertrauensmänner vertreten gewesen. — Der Kassenbericht des Branchenfonds zeigt eine Jahreseinnahme von 113,07 M., eine Ausgabe von 46 M., somit einen Ueberschuß von 67,07 M. Der Kassenbestand war am 31. Dezember 1909: 1940,96 M. und am Schluß des letzten Jahres 2017,03 M.

Ohne Diskussion über den Bericht schritt die Versammlung zu den notwendig gewordenen Neuwahlen für die Agitationskommission. Eine Vereinbarung zum Tarif, in der Schlichtungskommission für das Bauanschlägergewerbe getroffen, wurde der Versammlung zur Kenntnis gebracht; sie lautet: Daß für die Länge der Kantenbohle beim Doppelfenster maßgebend die Länge des Außenflügels der Fenster sein soll, und zwar soll vom Falz des Außenflügels 20 Zentimeter von unten und 20 Zentimeter von oben gemessen, die Länge des Kantenbalkens von Verschlußhaken zu Verschlußhaken bestimmen. Also es wird eine Flügelänge von 1,42 Meter an — gemessen von Falz zu Falz am Außenflügel — für eine Kantenbohle 1,50 M. gezahlt und für eine Flügelänge von 1,92 Meter an — gemessen von Falz zu Falz am Außenflügel — 1,75 M. gezahlt.

Letzte Nachrichten.

Mittat eines Einbrechers.

Würzburg, 14. Januar. (M. D.) In Ulftadt in Mittelfranken überraschte in der verfloffenen Nacht der Bürgermeister und Steinbruchbesitzer Mahler einen Einbrecher in seinem Hause. Es kam zu einem Kampfe, wobei der Einbrecher den Bürgermeister erschlug und dessen herbeigeeilte Frau durch einen Schlag auf den Kopf schwer verletzte. Der Einbrecher entkam unertannt.

Eisenbahn-Zusammenstoß.

Lüttich, 14. Januar. (M. T. B.) Infolge Rebeles stießen bei Gotion zwei Lokalbahnzüge zusammen. Zwölf Personen wurden verletzt, darunter zwei schwer. Der Materialschaden ist beträchtlich.

Reichstag.

106. Sitzung. Sonnabend, den 14. Januar 1911, vormittags 11 Uhr.

Am Bundesratsstisch: Dr. Lisca.

Der Gesetzentwurf betreffend Abänderung des Rittstrafgesetzbuches wird in dritter Beratung debattiert angenommen.

Es folgt die Fortsetzung der zweiten Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend

Abänderung des Strafgesetzbuches.

Die Beratung beginnt bei dem neuen Paragraphen, der beim Diebstahl geringfügiger Gegenstände aus Rot (Rotdiebstahl), Geldstrafe bis zu 300 M. und Gefängnis nur bis zu drei Monaten zulassen will.

Abg. Dr. Beder-Köln (Z.): Mir geht der Paragraph noch nicht weit genug. Bei milde liegenden Fällen dürfte überhaupt nicht auf Gefängnis erkannt werden.

Staatssekretär Dr. Lisca sagt Berücksichtigung des Wunsches zu.

Auf Antrag des Abg. Frohme (Soz.) wird die Diskussion über die Paragraphen, die den Rundraub aus Rot und den Betrug aus Rot milder bestrafen wollen, mit der davorliegenden verbunden, zugleich auch die Diskussion über den Antrag Albrecht und Genossen (Soz.), das Betteln aus Rot strafflos zu lassen, oder mindestens dem Richter die Möglichkeit zu geben, es strafflos zu lassen.

Abg. Frohme (Soz.):

Ganz grundsätzlich treten meine Freunde dafür ein, daß, sobald bewiesen wird, daß ein Diebstahl, eine Unterschlagung oder Betteln aus Rot begangen ist, Strafflosigkeit eintritt, mindestens aber soll das Gesetz dem Richter die Möglichkeit gewähren, unter Würdigung der Umstände, zu dem jemand zu dem Delikt gekommen ist, auf Strafflosigkeit zu erkennen.

Abg. Dr. Müller-Reinigen (Sp.): Der Abgeordnete Dr. Beder möge seine Anregung zu einem Antrag verdrängen, er wird sicher angenommen werden.

Abg. Dr. Müller-Reinigen (Sp.): Der Abgeordnete Dr. Beder möge seine Anregung zu einem Antrag verdrängen, er wird sicher angenommen werden.

Geheimrat Joel bittet den Antrag abzulehnen; er regt eine prinzipielle Frage an, die bei diesem Rotgesetz nicht erledigt werden könne.

Abg. Kölle (wirtsch. Bg.) schließt sich dem Abg. Beder-Köln an.

Abg. Stadthagen (Soz.):

Ich kann Herrn Kölle und Herrn Beder nur raten, ihre Anregung in einem Antrage zusammenzufassen, er wird sicherlich angenommen werden, und auch die Regierung wird dann nicht nein sagen können.

Zu unserem Antrage bemerke ich, in einem sozialen Gemeinwesen darf unmöglich jemand, der aus Rot bettelt, bestraft werden; die Gesellschaft müßte bestraft werden, die jemanden in solche Not kommen läßt.

Dr. Müller-Reinigen meint, geteilt wird immer nur aus Rot. Nun, die Karrier, welche um eine Liebesgabe betteln, sind keineswegs in Rot. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Auch könnte bei einem wilden Boie ein Häuptling ohne Rot um Erhöhung seiner Einkünfte betteln. (Heiterkeit.) Auch der Bettler soll fühlen, daß der Staat ihm zum Wohle da ist, nicht nur zur Strafe für ihn.

Kleines Feuilleton.

Kiefige Schneefälle. Der Nichtfachmann überschätzt regelmäßig die Menge der bei einem großen Schneefall zur Erde gelangten Niederschläge um ein vielfaches und ist erstaunt zu hören, daß bei den meisten starken Gewitterregen viel mehr Wasser herabkommt. Nach genauen Versuchen liegt im allgemeinen dieselbe Schneemenge Schnee 16 mal so hoch wie Wasser und kann, wenn der Schnee bei kaltem Wasser sandförmige Verwitterung hat, sogar den 34fachen Betrag erreichen.

Theater.

Leffingtheater: Die Ratten, Berliner Tragikomödie in fünf Akten von Gerhart Hauptmann. Ein paar hundert Leute klopfen nach dem Falle des Vorkangs mit andauernder Gewalt und Hauptmann konnte wohl ein halbes Dutzendmal vor der Schar entschlossener Anhänger erscheinen.

Abg. Varenhorst (Sp.): Wir werden bei den Kommissionsbeschlüssen stehen bleiben, die einen gewaltigen Fortschritt gegenüber dem bestehenden Zustand bedeuten.

Abg. Dr. Beder-Köln (Z.): Meine Anregung in einen Antrag zu fassen, behalte ich mir für die dritte Lesung vor.

Abg. Gröber (Z.) befürwortet folgende Abänderung des sozialdemokratischen Antrages: Wenn das Betteln in unverschuldeter Notlage erfolgt, tritt Strafflosigkeit ein.

Geheimrat Joel: Der Antrag Gröber ist ebenso unannehmbar, wie der Antrag Albrecht. Man kann nicht die Bettler strafflos lassen und z. B. die Landstreicher bestrafen, ebenso diejenigen, welche Kinder zum Betteln anhalten.

Abg. Dr. Heinze (natl.) schließt sich den Ausführungen des Regierungsbereiters an, ebenso

Abg. Dr. Wagner (L.).

Abg. Dr. Frank-Mannheim (Soz.):

Wir sind gern bereit, der Anregung des Regierungsbereiters zu folgen und für die dritte Lesung zu beantragen, daß auch das Landstreichen aus unverschuldeter Not strafflos bleibt. Der Antrag Gröber ist im Resultat von unserem nicht verschieden; zum Betteln kommt ja jemand fast nie aus eigenem Verschulden, sondern aus dem Verschulden der Gesellschaft.

Abg. Gröber (Z.): Ansprechen um Unterstützung ist keineswegs schon Betteln, sonst würde z. B. der Hansabund ganz gehörig betteln. (Heiterkeit und: Sehr gut! im Zentrum.) Mein Antrag bringt gar nichts Neues, verständige Richter müßten schon heute nach ihm verfahren und beim Ansprechen aus unverschuldeter Not freisprechen, weil Betteln nicht vorliegt.

Abg. Dr. Müller-Reinigen (Sp.): Die Folge des Antrages wäre, daß den Familienverhältnissen des Bettlers nachgespiert würde und deshalb seine Untersuchungsfrist verlängert wird; daher ist er ein Danaergeschenk für die Bettler. Der berechtigte Kern des Antrages wird auch mit dem sozialdemokratischen Eventualantrag erreicht, für den wir daher stimmen werden.

Staatssekretär Lisca betont noch einmal, daß sämtliche Anträge aus dem Rahmen des gegenwärtigen Rotgesetzes herausfallen.

Abg. Dr. Frank-Mannheim (Soz.):

Die von Dr. Müller-Reinigen befürchteten Nachfragen sind in 999 von 1000 Fällen nicht nötig; übrigens wären sie bei unserem Eventualantrag genau so nötig, wie bei unserem Hauptantrag.

Hiermit schließt die Diskussion. Die Paragraphen über Rotdiebstahl und Rundraub werden nach den Beschlüssen der Kommission angenommen.

Bei der Abstimmung über den Antrag Gröber bleibt das Bureau zweifelhaft; der Hammelsprung ergibt, daß 95 Abgeordnete dafür, 79 dagegen stimmen, das Haus ist also beschlußunfähig.

Der Präsident beraumt die nächste Sitzung auf 1 1/2 Uhr an mit derselben Tagesordnung.

107. Sitzung. Sonnabend, den 14. Januar 1911, nachmittags 1 1/2 Uhr.

Am Bundesratsstisch: Dr. Lisca.

Die Beratung soll fortgesetzt werden bei Ziffer 7. Auf Antrag Stadthagen (Soz.) wird zunächst die Abstimmung über Ziffer 8 wiederholt.

Der sozialdemokratische Antrag wird mit dem Antrag Gröber angenommen und mit dieser Abänderung die Ziffer 8 nach der Kommissionsvorlage (Betrug aus Rot).

Nach Ziffer 7 erhält der § 253 des Strafgesetzbuches folgende Fassung:

„Wer in der Absicht, sich oder einem Dritten einen rechtswidrigen Vermögensvorteil zu verschaffen, das Vermögen eines anderen dadurch beschädigt, daß er durch Gewalt oder Drohung zu einer Handlung, Duldung oder Unterlassung nötigt, wird wegen Erpressung mit Gefängnis nicht unter einem Monat bestraft. Der Versuch ist strafbar.“

Hierzu beantragen die Abg. Albrecht und Genossen (Soz.), statt „rechtswidrigen Vermögensvorteils“ zu setzen „Gewinn, den zu erstreben nicht in Wahrnehmung seines berechtigten Interesses oder dem eines dritten liegt“, eventl. dafür zu setzen: „Vermögens-

zu sagen — um so peinlicher, je dankbarer man des Großen gedenkt, das Hauptmann geschaffen — aber dies letzte Erzeugnis zeigt nicht einmal verprengte Spuren jener früheren Kraft. Die „Märchen“ und Legendendramen aus dem letzten Jahrzehnt „Der arme Heinrich“, „Pippa“, „Griffelbis“, die mit Recht so viel Ansehen erfahren haben, stehen dennoch mit all ihren Schwächen unvergleichlich höher als dies neue Werk, in dem der Dichter, leider vergeblich, an Tradition und Stilart seiner fruchtbarsten naturalistischen Periode anzuknüpfen sucht.

Der Vorwurf, den er behandelt, ruft die Erinnerung an „Kose Bernd“, den letzten wichtigen Bursch, der ihm gelungen, wach. Da leuchtete der Dichter tief ins Seelenleben einer armen Gutsmagd hinein; die eingeklinkt durch die Furcht vor Schande in verzweifelterem Starrsinn das Kind, das sie im Leibe trägt, verleiht, in ausichtslosigen Ringen, nicht einmal dem Geliebten sich offenbarend, Lüge auf Lüge häuft und, innerlich vereinsamt, jede Möglichkeit der Hilfe von sich weisend, zur grausamen Wahnsinnsthat des Kindesmordes fortgetrieben wird. Glied fügt sich an Glied zu einer Kette der Notwendigkeit; man lebt das unglückliche Menschenleben, das sich so selbst zerstört, nachfolgend mit. An diesem Gegenstand gemessen, nimmt sich die Tragik in dem Schicksal der Frau John, der Hauptperson des neuen Stückes, beinahe wie Parodie aus. Auch sie vernichtet sich in ihrem Starrsinn, auch sie läßt, beide Augen vor dem Unabwendbaren verschließend, einen ausichtslosen Kampf, vertritt sich in den Säuglingen schwerer Schuld. Jedoch weshalb? Nicht, um ein Kind, das sie von einem Fremden empfangen, zu verbergen, sondern um ein Kind, das eine andere geboren, vor ihrem Mann, der seiner Arbeit in der Fremde nachgeht, als eigenes auszugeben! Und weshalb will sie das? Etwas weil ihr eigener Junge, das Halbbrüderchen, starb und ihr mütterlicher Instinkt Ersatz für den Toten sucht? Aber der Raurer John ist eine herzensgute Seele, ein Mann, der gern bereit gewesen wäre, auf ihren Wunsch ein Kind, für das sie sorgen könnte, anzunehmen. Es fehlt so jegliches verständliche Motiv. Denn daß sie sich in die verzwirnte, verwickelte Geschichte einläßt, weil sie des Mannes Abwesenheit nicht ertragen mag und heimlich hofft, ihn durch das Kind ans Haus zu fesseln, kann doch, obwohl einmal an einer Stelle klüftig angedeutet, im Ernst unmöglich als Erklärung gelten. Und bloße Unbedachtsamkeit, die rein gedankenlos den ersten Schritt tut und dann nicht mehr zurück will, kann es ebensowenig sein. Frau John ist recht verliebt; sie müßte die Schwierigkeiten und Gefahren des Betruges klar voraussehen. Bleibt also nur die pathologische Erklärung. Die John, so resolut ihr sonstiges Gebahren, ist im Kopfe nicht ganz richtig. Es gibt so vielerlei fixe Ideen, warum sollte eine Frau nicht einmal auch auf diese hier verfallen? Und Hauptmann untertreibt im weiteren Verlauf die Jüge krankhafter Gestörtheit sehr nachdrücklich. Aber was hat eine solche geistige Störung im Drama für Interesse? Der Satz, daß alle Menschen vor der Kunst gleich sind, den Hauptmann hier seinem jungen Raisonneur, einem zum Theater abgewandten Theologen programmatisch in den Mund legt, kann doch nur den Sinn haben, daß für die künstlerische Auswahl Unterschieden von

vorteil, den zu erstreben nicht in Wahrnehmung seines berechtigten Interesses oder dem eines dritten liegt“.

Weiter statt „Drohung“ zu setzen „Bedrohung mit einer strafbaren Handlung oder mit der Verdrehung einer für den Bedrohten oder für eine ihm nahestehende Person ehrenkränkenden Behauptung“.

Für den Fall der Ablehnung dieser Anträge wird beantragt: dem § 253 folgende Absätze zuzufügen:

a) Die Drohung mit einem Nachteil, die der Verkehrsstille entspricht, insbesondere die Drohung mit einer Einstellung der Arbeit oder mit einer Sperre ist keine Drohung im Sinne dieser Vorschrift.

b) Das Verlangen, einen Arbeitsvertrag zu schließen, andere in Arbeit zu nehmen, andere Arbeitsbedingungen, insbesondere höhere Löhne oder kürzere Arbeitszeit, zu gewähren oder bestimmte Forderungen als Voraussetzung oder Aufnahme der Arbeit zu erfüllen, sowie das Verlangen, einer Wohltätigkeitsanstalt, einer öffentlich rechtlichen Korporation, einer Armenkassa oder einer religiösen, politischen, gewerblichen oder gemeinnützigen Vereinigung eine Zuwendung zu machen, ist nicht als rechtswidrig und der dadurch erstrebte Vermögensvorteil nicht als ein rechtswidriger zu erachten.

Abg. Stadthagen (Soz.):

Dieser Artikel ist von allergrößter Bedeutung. Wir haben es erlebt und erleben es fortgesetzt, daß der Erpressungsparagraph von der Rechtsprechung benutzt wird, um die Gewerkschaftsbewegung zu schädigen, ja, in ihrer Existenz zu bedrohen. Oftmals haben mein Freund Heine und ich auf die Gefahren hingewiesen, die der gewerkschaftlichen Organisation aus der eigentümlichen Auslegung des § 253 erwachsen. Die gegnerischen Einwände, daß es sich nur um einzelne Erscheinungen handle, haben sich als völlig unstatthaft erwiesen, die Auslegung des § 253 durch unsere Gerichte hat es fertiggebracht, daß die Ausübung des gesetzlich gewährtesten Streik- und Koalitionsrechts zum gemeinen Verbrechen der Erpressung gehemmt worden ist, daß man ehrenwerte Arbeiter wie gemeine Verbrecher bestraft hat. Diese Art der Anwendung und Auslegung des § 253 stammt aus jener Zeit, da der Minister v. Puttkamer hinter jedem Streik die „Hydra der Revolution“ sah. Damals wurde das erste jener zahllosen Urteile gefällt, durch die ehrliche Lohnkämpfe als Erpressungen gebrandmarkt wurden. Die bedauerliche Rechtsverirrung greift immer weiter um sich und ihr verheerendes höheres und niederes Gerichte. Dem Arbeiter wurde gesagt: du hast das Recht zum Streik, aber wenn du den Streik androht, suchst du dir in erpresserischer Weise einen rechtswidrigen Vermögensvorteil zu verschaffen. Ein Maurer wurde, weil er sich durch bloße Ankündigung des Streiks eine Erhöhung seines Stundenlohnes von 43 auf 45 Pf. zu verschaffen suchte, als Erpresser zu 6 Wochen Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust verurteilt. (Lautes Hörl bei den Sozialdemokraten.) Wir haben mehrfach, leider aber stets vergebens, Maßnahmen gegen diesen schreienden Mißbrauch des § 253 gefordert und beantragt. Aber auch weit hinaus über das Gebiet der Arbeiterrechte, wo sie geradezu vernichtend auftritt, hat diese Art der Rechtsprechung Verwirrung und Verwüstung angerichtet. Das Reichsgericht hat dem § 253 eine Ausdehnung gegeben, die geeignet ist, das ganze wirtschaftliche Leben lahmzulegen. So z. B. hat es Handwerker zu Erpressern gehemmt, die erklärten, ihre Lieferungen einzustellen, wenn nicht die früheren Lieferungen bezahlt würden. (Hörl bei den Sozialdemokraten.) Als Erpresser wurde ein Chemann bestraft, der einem Veleidiger seiner Ehefrau anheimstellte, 150 M. für einen wohltätigen Zweck zu zahlen, wofür dann keine Anklage erfolgen sollte. Also auch das wurde als Erpressung angesehen, obwohl doch von einem eigenen Vermögensvorteil des Eheannes gar keine Rede war. (Hörl bei den Sozialdemokraten.) Im Sinne dieser Rechtsprechung ist das aus dem Raabiter Prozeß bekannte Ansinnen an den Schuhmannssohn, gegen Zurücknahme der Anklage eine Geldsumme zu zahlen, vollendete Erpressung. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Eine besonders weite Ausdehnung hat man dem Erpresserparagraphen gegeben, um die Verberätigkeit für Arbeiterorganisationen zu einem strafbaren Vergehen zu hemeln. Es ist unglücklich, was man alles als Erpressung bezeichnet hat. Schon die bloßen Worte: „Tritt dem Verbands bei, es wird dein Schaden nicht sein“, sind als Erpressung betrachtet worden. (Hörl bei den Sozialdemokraten), denn, so heißt es in dem betreffenden

Rang und Stellung selbstverständlich keine Geltung haben, keinesfalls doch aber den, daß jedes zufällige Menscheneignis, das auf der Welt herumläuft, ob gesund oder krank, in gleicher Weise menschlich Bedeutsames repräsentiert. Mag der Figur der John auch ein lebendiges Original zugrunde liegen, was hilft's, wenn ihr Begehren und Denken so verschoben ist, daß unser eigenes Empfinden davon nicht anders, als von einem gleichgültigen Surtoutum berührt wird. Die Versuche Hauptmanns, mehr in die Gestalt hineinzulegen, sie zu einer Art Märtyrerin des unerfüllten Muttertriebes zu erhöhen — was weiß der Mann, was eine Mutter ist“, lauten die Schlusssätze — probozieren nur noch mehr zum Widerspruch.

Die Handlung schleppt sich langsam träge fort und ist im hohen Maß unübersichtlich. Sobald Pauline, die Herumtreiberin, die froh war, ihr Neugeborenes bei der John unterzubringen, in die Wohnung des Raurers tritt und das Kleine zurückverlangt, ist eigentlich die Situation bereits entschieden. Ganz abenteuerliche Kreuz- und Quergänge müssen zur Verzögerung erhalten. Frau John, im glücklichen Besitze eines Gatten, der jede ihrer Schwindereien unbedenklich glaubt, greift, um die erste zu verdecken, zu einer zweiten Kindesunterstichung. Wie Pauline wiederkehrend, unter amtlicher Begleitung ihren Spießhaken requiriert, findet sie statt des gesunden Jungen ein kümmerliches Würmchen, das einer Nachbarin gehört, in der Wiege. Sie nimmt es, in dem Glauben, es sei des ihre, mit sich. Die richtige Mutter holt die Polizei und während sie noch mit Pauline hin und her zankt, stirbt das kleine Wesen. Der Bruder der Frau John, ein richtiger Verbrecher, der die matte Spannung kriminalistisch beleben soll, wird von Frau John angefaßt, Pauline irgendwie zum Schwelgen zu bringen, er verschleppt nun das Mädchen und murkst sie kalten Blutes ab. Endlich merkt nun auch der Ehemann, daß etwas nicht in Ordnung ist, die Polizei umstellt das Haus und Frau John, der man das Kind, das sie in den Tod mitnehmen wollte, noch glücklich abringt, stürzt sich aus dem Fenster.

Tragikomödie nennt sich die Sache wohl wegen der verstaubten Fußspitzigen, die in die traurige Verlegenheit hineingeführt sind. Ein deklamierender Theaterdirektor, der seinen verbliebenen Bühnenfundus auf einem Bodenraume in der Kuladstraße abgelagert und Frau John zur Hüterin des Schabes eingekerkert hat, steht da im Mittelpunkt. So dünn konventionell die Komik wirkt, sie war der „Tragik“ immerhin noch vorzuziehen. Den vielen Ratten in dem Kuladstrahnhause verdankt das Drama seinen Titel. Er symbolisiert grad in seiner Bedeutungslosigkeit Wesen und Art des Werkes.

Die Darstellung bot alle Kräfte zur Rettung auf. Aber auch Elise Lehmanns warmherzige seelenvoller Kunst gelang es nur dann und wann in einzelnen Momenten die wunderliche Raurersfrau mit einem Schimmer des Lebens zu umgeben. Keine außer ihr hätte auch nur das erreicht. Von den anderen Rollen waren Reichers Direktor, Karss gutmütiger Raurerriese, Pauline, Hertzels Pauline und Konrads bössartig, idiotisch dreinschauender Verbrecher eindrucksvoll herausgearbeitet.

Urteil, der Beitrag des Arbeiters, den der Angeklagte für den Verband zu gewinnen sucht, ist ein rechtswidriger Vorteil des Verbandes und damit auch des Angeklagten als eines Mitgliedes des Verbandes. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Während man den Begriff der Erpressung in derart unmoralischer Weise dehnte und streifte, um die Arbeiterorganisationen zu treffen, waren die Gerichte recht zurückhaltend, wenn Arbeitgeberorganisationen in Betracht kamen. Unfraglich fallen nach der Ausdehnung, die die Gerichte als zum Reichsgericht herauf dem § 233 gegeben haben, zahlreiche Handlungen der Kartelle, Syndikate usw., die Bedrohung der Arbeiter mit Ausgrenzung, die Bedrohung der Aufseher mit geschäftlichen Schädigungen, unter dem Begriff der Erpressung, Anklagen sind aber nicht erhoben worden. Entweder also ist in ungeschicklicher Weise die Strafverfolgung der Unternehmer unterlassen worden, oder aber die Arbeiter und Arbeiterorganisationen sind zu Unrecht verurteilt worden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Erst in den letzten Jahren sind auch Arbeitgeber, auch einzelne Syndikate bestraft worden, wenn sie gegen § 233 der Gewerbeordnung verstießen. Jetzt brennt auch den Unternehmern das Feuer unter den Füßen und daher kommt die Vorlage. So sehr wir uns aber auch freuen, daß man endlich versucht, diese Materie anzuschneiden, so wenig können wir mit dem Ergebnis der Kommissionsberatungen zufrieden sein. Man hat in dem bisherigen Paragraphen einfach einige Worte hineingestreut, nämlich „wer das Vermögen eines anderen beschädigt“. Danach, meinen die Regierungsvertreter, würden die irigen Urteile aufhören. Ich glaube das nicht. Es bleibt ja bestehen, daß die Strafe wegen Erpressung eintreten kann, wenn die Leistung und Gegenleistung in beträchtlichem Mißverhältnis stehen. Dadurch allein ist schon für mich der Paragraph unannehmbar. Es darf unter keinen Umständen dem Richter überlassen bleiben, eine Lage für die Arbeitskraft festzusetzen, dadurch könnten wir leicht zu einer Höchstlage kommen. Wenn der Arbeiter 45 Pf. Stundenlohn statt 43 Pf. fordert und der Richter erklärt, 44 seien genug, so würde der Arbeiter noch wie vor wegen Erpressung bestraft werden, es ist also nicht das geringste dem bestehenden Zustand gegenüber geändert; von der Arbeitskraft wird überhaupt nicht gesprochen, sie fällt ja auch nicht unter den Begriff des Vermögens, und deswegen kann der Arbeiter von dieser neuen Fassung des § 233 gar keine Vorteile haben. Auch der Hausbesitzer kann wegen Erpressung bestraft werden, der seinem Mieter sagt, wenn er eine höhere Miete nicht zahlt, wird er gekündigt. Vielleicht wird das Reichsgericht solche Fälle ausschließen. Um so größer ist dann die Lust, wenn Arbeiter nach wie vor als Erpresser verurteilt werden.

In der Kommission suchte man den Uebelständen dadurch zu steuern, daß man den beiden Begriffen „rechtswidriger Vermögensvorteil“ und „Drohung“ zu Reibe ging, das reichte aber nicht aus und deswegen haben wir unsere Anträge gestellt. Sie sollen nicht bloß die Fälle umfassen, die den Arbeiter treffen, sondern auch die Fälle, wo jemand wegen Erpressung verurteilt wird, weil er fordert, daß sein Verleider sich von der Anklage durch eine Zahlung in die Armenkasse löslaut und dergleichen.

Nach unserer Fassung ist die Rechtsprechung ausgeschlossen, welche verberend auf die Moral der herrschenden Klassen gewirkt hat. Sie sprechen hier von einem Rotgesetz, das nur schreiende Mißstände beseitigen soll. Kann es denn einen schreienderen Mißstand geben, als den, den wir hier beseitigen wollen?

Besser ist es auch erforderlich, den Begriff der Drohung anders zu fassen. Das Reichsgericht erwidert Drohungen schon in der Anklage eines Boykotts, aber in der Anklage, daß jemand, der Schundlöhne zahlt, in einer Gewerkschaftsgeldung bekannt gemacht werden soll. Weist das Reichsgericht bei seiner Auslegung, so ist jedes Heißchen um die Arbeitskraft unmöglich gemacht. In dem grundlegenden Urteil sagt das Reichsgericht, der Arbeiter wird verurteilt, weil er seine Forderung einseitig geltend gemacht hat. Als ob jemals eine Forderung anders verfahren konnte! Bezüglich der Drohung ist in der Vorlage nichts geändert, deshalb bleibt sie weifenlos. Sie bietet nur den Vorteil,

daß die Klassenjustiz noch stärker hervortreten wird wie bisher, weil nur der Arbeiter bestraft wird, der ja kein Vermögen hat. Er

Humor und Satire.

Hört Ihr Leute und laßt Euch sagen:
Das war der Berliner Schuhmann Zaars,
der sagte vor den Geschwornen was Wahr's,
so recht aus schlichtem Herzen heraus,
und löste freundliche Heiterkeit aus.
Mit den Charlottenburger Kollegen,
meint Zaars, sei's doch reichlich zu überlegen;
denn es könnte ja sein,
ich schwöre hier „nein“,
und so'n Schloredorfer fällt mit „ja“ zur Tür herein.
— — — Worauf einer der hämischen Rechtsanwälte
die unangenehm neugierige Frage stellte:
Zuverlässiger und sicherer schätz' er
vielleicht die Alexanderpläze? —
Die Antwort blieb durch das sirene Rollen
des Gerichts Herrn Jagow höchstselber vorbehalten.
Der Säulenanschlag ist, wie wir hören, in Vorbereitung,
morgen steht er auch in der „Norddeutschen Zeitung“.
Er lautet: „Berliner Schuhmann dient
hm, hm, hm; ich warne jeden, der grient.“
Bippo.

Notizen.

— **Vorträge.** Im Institut für Meereskunde spricht Dienstag Germanenpastor W. Thun über Deutschlands Pflichten gegen seine Söhne zur See, Mittwoch Prof. W. Laas über die Typen der Handelschiffe, Freitag E. Rottol über die Fortschritte der „Gazelle“ 1874—1876. — Dr. Otto Dreien wiederholt seinen Vortrag über „ernste und heitere Bilder aus dem deutschen Schulleben“ am Sonntag und Montag in den „Nachtspielen“ (Mozartsaal).
— **Theaterchronik.** „König Oedipus“ wird im Jirkus Schumann im Februar am Montag, den 6., Freitag, den 10., und Montag, den 13., aufgeführt. Vorverkauf bei A. Wertheim, Leipziger Straße, vom 17. d. M. an.
— **Kunstabend.** Ludwig Angenruber, sein Leben und seine Werke wird am Sonntag, den 15., im VI. Volkstheaterabend der Stadt Charlottenburg das Thema eines Vortrages von R. W. Goldschmidt sein. Dr. Wang wird aus den Werken registrieren und Schmid-Kasper zum Thema passende Lieder zur Laute singen. Die Veranstaltung findet im Kaiser-Friedrich-Gymnasium, Anleebstraße 24, abends 8 Uhr statt.
— **Rembrandts „Nachtwache“**, die von einem Verzeiwelten beschädigt wurde, dürfte binnen kurzem wiederhergestellt sein. Da solche Überattentate öfter vorkommen, hat die moderne Restaurationskunst gelernt, die Schäden in einer Weise auszubessern, daß sie später nicht mehr zu sehen sind. Bekanntlich erlitt auch Voltaire's „Gefilde der Seligen“ in der Nationalgalerie einen langen Miß, den heute niemand mehr wahrnimmt. Das bei solchen Akten beobachtete Verfahren besteht darin, daß hinter die beschädigte Leinwand eine neue befestigt und die verlegte Stelle neu gestrichelt wird.
— **Die Jahresbilanz der Radiumbank.** Aus Paris wird berichtet: Die vor einiger Zeit neu gegründete Radiumbank veröffentlichte nun ihren Bericht über das Geschäftsjahr 1910, aus dem hervorgeht, daß im vergangenen Jahre von der Bank fast zwei Gramm Radium verkauft wurden, genau ein Gramm und 1/100. Das Gramm Radium für 400 000 Fr. verkauft wird, ergab der Verkauf eine Einnahme von 788 000 Fr. Davon entfallen 254 000 auf Frankreich und 534 000 auf das Ausland. Aus den Bestellungen geht hervor, daß 78 000 Fr. Radium für industrielle Zwecke gekauft wurden und 695 000 für die Heilkunde.

besitzt nur seine Arbeitskraft, die unter den Begriff des Vermögens nicht fällt. Nach der Vorlage würde also das Unrecht, das wir so scharf beklagen, bereinigt werden. Das war nicht der Wille der Regierung und auch nicht der der Kommission. Leider ist man dort nicht zu einer Verständigung über den Begriff des Vermögensvorteils und der Drohung gekommen, lediglich aus der Furcht, einmal einen Verbrecher durch die Lappen zu lassen. Wer lieber will ich hundert wirkliche Erpresser durch die Lappen lassen, als daß ein einziger ehrlicher Arbeiter zum Erpresser gestempelt wird. (Wohlfahrt! Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ist eine allgemeine Regelung zurzeit nicht möglich, so wollen wir wenigstens ein Rotgesetz machen und bitten Sie daher in diesem Falle um die Annahme unserer Ementualanträge. Gegen diese ist eingewendet worden, daß wir uns damit auf das Gebiet der Kaufkraft begeben. Aber das Arbeitsrecht hat überall aufgelöst werden müssen in lausliche Bestimmungen, weil allgemeine Bestimmungen nicht ausreichen. Ich bitte Sie deshalb, diesem wichtigsten Teil des Gesetzes nach unseren Anträgen zu ändern. Andernfalls bitte ich gegen die Kommissionsfassung zu stimmen. Dann soll es lieber so bleiben, wie es ist, als durch die neue Bestimmung der Arbeiter zum Verbrecher gestempelt wird, der Unternehmer aber straflos bleibt. In den Jahren 1896, 1897 und 1898 haben mir alle Redner zugestimmt, als ich diese horrenden Uebelstände zur Sprache brachte. Heute bin ich in der Durchführung von Urteilen auf diesem Gebiete sehr zurückhaltend gewesen. Ich könnte Hunderte von Urteilen anführen, die beweisen, daß Hunderte von Arbeitern nicht nur von den freien Gewerkschaften, sondern auch von den Christlichen und Hirsch-Dunderschen bestraft sind, weil sie nichts anderes getan haben, als versucht haben, zu unterhandeln, bevor sie in den Streit getreten sind. Wie können Sie es dulden, daß auch nur einen Augenblick eine Rechtsprechung weiter besteht, die den anständigen Arbeiter, welcher höhere Lohnforderungen in Anspruch nimmt, als er hinstellt, als Erpresser. Nichts hat so erbitternd gewirkt, als daß man straflos für das Wohl der Familie und für das der Allgemeinheit strebende Arbeiter eben um dieses Strebens willen und wegen ihrer Friedensliebe als Erpresser verurteilt. Machen Sie dem dadurch ein Ende, daß Sie unsere Anträge annehmen. (Wohlfahrt! Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Gröber (Z.): Der bestehende Wortlaut des Erpressungsparagraphen würde an sich genügen, nur die Auslegung hat dahin geführt, daß ganz merkwürdige Urteile zustande kommen, indem der Begriff der Rechtswidrigkeit so ausgelegt wird, daß alles rechtswidrig ist, worauf bereits ein Rechtsanspruch besteht. Die von der Regierung beantragte und von der Kommission angenommene Aenderung ist ziemlich harmlos und wird an dem bestehenden Zustand und der bestehenden Auslegung nichts ändern, das Reichsgericht wird auch fernerhin Urteile fällen, die unserm Rechtsempfinden widersprechen. Diese schwierige Materie geht in Angriff zu nehmen, halte ich für aussichtslos; aber bei der endgültigen Fassung des Strafgesetzbuches muß diese Materie dem Rechtsgefühl des Volkes entsprechend geregelt werden; es darf nicht mit dem Strafgesetzbuch eingegriffen werden in wirtschaftliche Kämpfe zivilrechtlich gleichstehender Parteien. Daß dies geschieht, ist um so empörender, als das Volk empfinden die Erpressung als ethische Handlung ansieht. — Den Vorschlägen der Sozialdemokraten können wir nicht zustimmen, weil sie nur auf einige lausliche Aenderungen sich beschränken; wir hoffen, daß bei der bevorstehenden umfassenden Revision des Strafgesetzbuches eine allgemeine Aenderung erfolgt.

Geheimrat Tischendorf: Die Vorlage enthält eine wesentliche Verbesserung des bestehenden Zustandes; doch sollen die Anregungen des Abg. Gröber im Auge behalten werden.

Damit schließt die Diskussion. Unter Ablehnung der sozialdemokratischen Anträge wird § 233 in der Fassung der Kommission angenommen. Die folgenden Abschnitte werden debattelos angenommen.

Zur Debatte werden dann gestellt folgende Anträge **Abrecht und Genossen (Soz.):**

„Dem Vorschlagswurf zuzufügen: In das Einführungsgesetz zum Strafgesetzbuch wird folgende Vorschrift aufgenommen:

- a) die landesgesetzlichen Vorschriften über das öffentliche Anschlag, Anstehen, Ausstellen sowie über die öffentliche unentgeltliche Verteilung von Bekanntmachungen, von Plakaten und Aufzügen treten außer Kraft;
- b) die landesgesetzlichen Vorschriften, welche Vertragsverletzungen eines Arbeiters oder eines Arbeitgebers mit Strafe bedrohen, treten außer Kraft;
- c) die Vorschriften des Landesrechts in bezug auf Verabredungen ländlicher Arbeiter und Diensthöten zur Einstellung oder Verhinderung der Arbeit treten außer Kraft;
- d) Absatz 3 des § 48 der Gewerbeordnung erhält folgenden Zusatz: „Ein polizeiliches Verbot der Verteilung ist unzulässig.“
- e) Die landesgesetzlichen Strafbefreiungsvorschriften treten außer Kraft, eventl. die landesgesetzlichen Vorschriften, welche die Herrschaft wegen Verleumdung oder Körperverletzung des Gefindes für straflos erklären, treten außer Kraft.
- f) Die vor dem Jahre 1900 (eventl. vor dem Jahre 1870) erlassenen landesgesetzlichen Strafvorschriften (eventl. landesgesetzlichen Vorschriften über Bestrafung von Uebertretungen) werden aufgehoben.

Abg. Stadthagen (Soz.):

Die Dinge, um die es sich bei unserem Antrag a) handelt, sind hier so oft besprochen, daß der Antrag ohne weiteres angenommen werden könnte und sollte. Preußen hat sein Plakatgesetz aufrechterhalten, wonach eigentlich alle Plakate strafbar sind; angewendet wird dies Gesetz aber immer nur gegen sozialdemokratische Arbeiter. Es hat wirklich keinen Sinn mehr, das Plakatgesetz beizubehalten, da es bloß noch zu albernem Blödsinn dient. (Heiterkeit und Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Ferner beantragen wir Aufhebung der landesgesetzlichen Vorschriften, welche Vertragsverletzungen eines Arbeiters oder eines Arbeitgebers mit Strafe bedrohen. Diese Vorschriften stehen im flagranten Widerspruch mit dem Prinzip des freien Vertrags, zumal sie sich nach Wortlaut und Anwendung durchweg nur gegen den einen Teil, gegen den Arbeiter wenden. (Sehr wahr! b. d. Soz.)

Wir verlangen weiter, daß die Vorschriften des Landesrechts in bezug auf Verabredungen ländlicher Arbeiter und Diensthöten zur Einstellung oder Verhinderung der Arbeit außer Kraft treten. — Der Reichstag hat mit großer Mehrheit sich für die Aufhebung des Koalitionsverbots für ländliche Arbeiter ausgesprochen. In der Kommission hat die Regierung eine geschliche Neuregelung dieser Frage in Aussicht gestellt. Das ist 1 1/2 Jahre her. Nichts ist geschehen, es sei denn, daß die Regierung in allen Anstößen herumguddelt und in alten legislativischen Kumpellammern herumguddelt hat. Der Reichstag ist es sich selbst schuldig, daß er durch Annahme unseres Antrages etwas Dampf hinter die Regierung setzt.

Für die Notwendigkeit unseres Antrages auf Unzulässigkeit der polizeilichen Verbote der Verteilung von Flugblättern usw. brauche ich wohl weiter keine Ausführungen zu machen. Alle Verkündigen sind sich einig, daß diese Schikanen beseitigt werden müssen.

Ganz besonderen Wert legen wir auf unseren Antrag, die landesgesetzlichen Strafbefreiungsvorschriften außer Kraft zu setzen. Die gesetzliche Strafbefreiung der „Züchtigung“ des „Gefindes“, diese wahrhaft mittelalterlich-Privilegierung einer bevorrechteten Klasse, ist eine Schand- und die des 20. Jahrhunderts. Rehe als lächerlich ist der Einwand, daß in Preußen z. B. kein geschliches Prügelrecht besteht. Was hat der geprägelte Knecht, was hat die geprägelte Magd davon, wenn ihnen der prägelnde Herr sagt: Ich habe ja kein geschliches Recht, Euch zu prägeln, aber wenn ich Euch prägeln, so bleibe ich straflos. In fast allen deutschen Landesgesetzgebungen existieren solche fabelhaften, schmachvollen Strafbefreiungen. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Es ist eine dringende Ehrenpflicht des Reichstages, diese wahrhaft rohen, böshaf-

und grausamen Zustände (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten) durch ein Rotgesetz zu beseitigen. Wenn je ein Rotgesetz nötig war, dann ist es hier nötig, angeht es der himmelschreienden Lässigkeit der Reichsregierung, die bisher nicht daran gedacht hat, diese mittelalterlichen Reste zu beseitigen.

Wir verlangen schließlich ganz allgemein die Beseitigung der vor dem Jahre 1900 (eventl. vor dem Jahre 1870) erlassenen landesgesetzlichen Strafvorschriften über die Bestrafung von Uebertretungen. — Wir haben in Deutschland einen unüberschaubaren Haufen von jahrhundertalten, aber formell nicht aufgehobenen Verordnungen. Totezeitung mühte ich sprechen, wenn ich auch nur einen Teil dieser etwa 100 000 Verordnungen anführen wollte. (Heiterkeit.) Wenn man hier in Berlin einen halbständigen Spaziergang macht, so übertritt man dabei etwa ein halbes Duzend Verordnungen. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Es gibt noch eine Verordnung für Berlin, die es verbietet, daß nach 10 Uhr junge Männer zu jungen Mädchen gehen. (Große Heiterkeit.) Es ist wahrhaft an der Zeit, daß endlich mit diesem alten Gerümpel der Vergangenheit ausgeräumt wird. (Wohlfahrt! Bravo! b. d. Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Heckscher (Sp.) bittet als Berichterstatter, die Anträge abzulehnen, weil sie in keinem Zusammenhange mit der Vorlage ständen.

Abg. Dr. Müller-Reiningen (Sp.): In der Tat ist kaum ein Zusammenhang zwischen diesen Anträgen und der Vorlage zu konstatieren. Ich möchte aber bemerken, daß die Regierung 1908 der damaligen Majorität, die das Vereinsgesetz gemacht hat, die Beseitigung des vom Abg. Stadthagen mit Recht getadelten alten Gerümpels landesgesetzlicher Vorschriften versprochen hat. (Hört, hört! links.)

Diermit schließt die Diskussion. Die Anträge **Abrecht** werden abgelehnt. Damit ist die zweite Lesung erledigt.

Nächste Sitzung: Montag, 2 Uhr. (Zweite Lesung der Wertzuwachsteuer.)

Abgeordnetenhaus.

2. Sitzung, den 14. Januar, vormittags 11 Uhr.
Am Ministertisch: Dr. Lenge, Sydow, v. Dallwitz, v. Breitenbach, Veseler, v. Troitz zu Solz, v. Schorlemer.

Das Haus ehrt das Andenken der inzwischen verstorbenen Abgeordneten in der üblichen Weise durch Erheben von den Plätzen.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die

Wahl des Präsidiums.

Abg. Stengel (L.) schlägt vor, den Präsidenten v. Arndt durch Jurek wiedergewählt.

Präsident v. Arndt: Die Wahl per Affirmation ist nur zulässig, wenn niemand widerspricht.

Abg. Hirsch (Soz.): Ich erhebe namens meiner Fraktion Widerspruch. (Unruhe rechts.)

Die Wahl des Präsidenten erfolgt nunmehr per Stimmzettel.

Präsident v. Arndt: Es sind abgegeben worden 213 gültige Stimmen. 222 ist die beschlußfähige Zahl der Mitglieder. Das Haus ist daher nicht beschlußfähig. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten. Bewegung.)

Ich beraume die nächste Sitzung an auf 12 Uhr 15 Min. mit derselben Tagesordnung unter Fortfall des Punktes: Wahl des Präsidiums.

Schluß 12 Uhr.

3. Sitzung, nachmittags 12 Uhr 15 Min.

Erste Lesung des Etats.

Abg. v. Pappenheim (L.): Der Etat ist gewiß kein glänzender, aber die Finanzlage ist doch wesentlich günstiger geworden. Sie hängt im wesentlichen von dem Ergebnis der Betriebsverwaltungen ab, es muß aber unser Bestreben sein, sie möglichst unabhängig davon zu machen. Am günstigsten schließt der Eisenbahnetat ab, er ist auch viel übersichtlicher geworden. Sehr erfreulich ist, daß Mittel haben flüssig gemacht werden können zur Erhöhung der Arbeiterlöhne bei der Eisenbahn. Wenn die Verwaltung berechnete Wünsche der Arbeiter von vornherein erfüllt, ohne daß es erst zu großen Klagen kommt, so wird die Folge sein ein gegenseitiges Vertrauen zwischen Verwaltung und Arbeiter, und auf diesem gegenseitigen Vertrauen beruht die Sicherheit des Verkehrs. Ich hoffe, daß ein Zustand, wie wir ihn in Frankreich erlebt haben, bei uns nicht möglich ist. Ich würde mich freuen, wenn der Herr Minister uns über seine Stellung zu diesen Fragen Auskunft gibt. — Eine Verbesserung der Einnahmen aus den direkten Steuern mit 20 Millionen erscheint uns etwas optimistisch geschätzt; hoffentlich wird sie erreicht. Wir wünschen, daß in alle Vermögensverhältnisse gründlich hineinleuchtet wird. Alle Verdächtigungen, die in dieser Beziehung ohne jede Begründung (Widerspruch links) von anderer Seite erhoben worden sind, sind vollkommen haltlos, solche Verdächtigungen und Verleumdungen, für die man Beweise haben. (Wohlfahrt! Zustimmung rechts, Gelächter links.) — Bei der Besprechung des Etats des Ministeriums des Innern kommt Redner auf die

Prämien für Schulleute

zu sprechen. Wir haben in unseren Schulleuten ein ausgezeichnetes Material (Jurek bei den Sozialdemokraten: Rooditi!) Ich bin ausdrücklich von meinen Freunden beauftragt, anzuerkennen, daß unsere Schulleute Beweise ihrer Pflichttreue gegeben haben,

wie wir sie von ihnen erwarten und erhofft haben.

(Bravo! rechts.) Daß sie das Vertrauen durchaus bewährt haben, das die Staatsverwaltung berechtigt war, in sie zu setzen. (Jurek bei den Sozialdemokraten: Rooditi!) Abweichende Bemerkungen von Ihrer Seite (zu den Sozialdemokraten) sind eine Ehre für diese Leute. Ihre unbegründeten Anschuldigungen (Jurek bei den Sozialdemokraten: Unbegründet!) sind nur ein Beweis, wie vortrefflich diese Truppe Ihre Pflicht erfüllt hat. Jede Kritik von sozialdemokratischer Seite ist eine Ausdehnung für die Leute. Wenn Sie (zu den Sozialdemokraten), die Sie die ganze Ordnung untergraben und den Staat ruinieren wollen (Rufe: Hul hul bei den Sozialdemokraten), mit den Leuten zufrieden wären, wäre das das schlechteste Zeichen für sie. (Bravo! rechts.) — Man kann über den Etat das Rottis schreiben: suum quique (Jedem das Seine). (Wohlfahrt! Bravo! rechts.)

Abg. Graf Praschma (Z.): Wir erwarten, daß auch unter den neuen Ministern die bisherige, bewährte Wirtschaftspolitik fortgeführt werden wird und verlangen das im Interesse der großen Mehrheit des preussischen Volkes. (Widerspruch links.) Wir verlangen durchaus keinen Zentrumsmistern, aber wir verlangen Würdigung und Anerkennung der Bedürfnisse des katholischen Teiles der Bevölkerung. (Bravo! bei dem Zentrum.) Wir wissen, daß wir für einen Zentrumsmistern noch nicht reif sind. (Große Heiterkeit.) Der Abschluß des vorliegenden Etats ist im allgemeinen als günstig anzusehen. Besonders die Eisenbahnen zeigen, daß wir uns im wirtschaftlichen Aufschwung befinden. Wir hoffen dringend, daß besonders in der Eisenbahnverwaltung der Eisenbahnen die Festigung des Vertrauens der Beamten und Arbeiter weiter erstrebt wird. (Beifall im Zentrum.) Die großen Prozesse der letzten Zeit geben uns Veranlassung zu fordern, daß bei der im Reichstag zu beratenden Reform der Strafprozessordnung Bestimmungen getroffen werden, die eine ungebührliche Ausdehnung und Verschleppung der Prozesse verhindern. (Sehr richtig! im Zentrum.) In dem Unterrichtsplan der Volksschulen werden viel zu viel Aenderungen vorgenommen. Schreiben, Turnen und Gesang sind ganz schöne Sachen, aber darunter dürfen wichtigere Gegenstände, vor allem der Religionsunterricht nicht leiden. (Sehr wahr!

im Zentrum.) Die Thronrede, die ja manche Enttäuschung brachte, legt den Hauptwert auf die Jugendfürsorge. Auch wir anerkennen, wie gesagt, die Bedeutung der Jugendspiele, des Turnens an, die Hauptsache ist für uns aber die innere Reife der Jugend, damit sie frei wird von aller Unfähigkeit und Unbotmäßigkeit. In der inneren Politik ist unser Ziel eine Art innerpreussisches und innerdeutsches Verständigungsomitee, wir stehen da ganz auf dem Standpunkt der „National-liberalen Korrespondenz“ für Westfalen, wenn sie geschrieben hat: „Mögen alle bürgerlichen Elemente es als ihre heiligste Pflicht erkennen, zusammenzutreten zum Schutze der Monarchie und der bedrohten Staats- und Gesellschaftsordnung, die wir nicht gegen das Phantasiabild des sozialdemokratischen Zukunftsstaates vertauschen wollen.“ (Lebhafte Beifall im Zentrum.)

Abg. Dr. Friedberg (natl.): Das Interessante an der Thronrede ist das, was sie nicht enthält. (Sehr richtig! links.) Die Ausführungen des neuen Finanzministers waren sehr klar und übersichtlich. Den Gedanken einer weiteren Erhöhung der Steuern lehnen wir a limine (von vornherein) ab. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Gegen Anleihen an sich haben wir nicht viel, es kommt nur auf die Art ihrer Begebung an. Bei der zu erwartenden Steuerreform kann es nur auf die Herstellung der steuerlichen Gerechtigkeit in bezug auf die Belastung der verschiedenen Erwerbszweige ankommen. Es darf nicht wieder die Hauptlast auf die Industrie gelegt werden. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Das Ministerium des Innern bietet den meisten Stoff für Erörterung der Fragen, die leider in der Thronrede nicht erörtert sind. Da spielt die erste Rolle die Frage der

Reform des Wahlrechts.

(Sehr wahr! links.) Diese Frage wird in Preußen nicht mehr von der Tagesordnung verschwinden. (Bravo! links.) Wir erwarten, daß diese Vorlage mit möglichster Beschleunigung kommt und die Regierung wird darüber nicht im Zweifel sein können, daß sie jetzt nur noch mit einer Vorlage kommen kann, die das geheime und direkte Wahlrecht bringt. (Lebhafte Zustimmung links; Widerspruch rechts; Rufe: Abarbeiten!) Sehr bedauerlich ist auch, daß eine Vorlage betreffend die Einführung der Feuerbestattung nicht angekündigt ist. Das Verhalten der Regierung in dieser Frage ist eine merkwürdige Illustration zu dem Worte des Fürsten Bismarck: Preußen in Deutschland voran. (Sehr wahr! links.) Meinen Vorwurf vom vorigen Jahre, daß bei uns eine konservative Parteiregierung besteht, muß ich aufrechterhalten. Auch der neue Regierungspräsident von Stettin ist wieder konservativer Parteimann. Ein Beweis für das Parteiregiment ist auch das

Verhalten der Landräte bei Wahlen

— ich erinnere nur an Labiau-Wehlau und die Ergebnisse des Becker-Prozesses. Ich will Herrn Becker nicht verteidigen; er hat Herrn v. Ralbhahn schwer beleidigt und hat auch viele von dem nicht beweisen können, was er behauptet hat. Aber soviel hat doch der Prozeß ergeben, daß Herr v. Ralbhahn sich mehr als konservativer Politiker wie als unparteiischer Landrat gefühlt hat. (Sehr richtig! links.) Er hat sich tatsächlich als konservativer Parteitagitator gezeigt. (Widerspruch rechts; Sehr richtig! links.) Daß bei uns nicht alles klappt, beweist auch der Fall der galizischen Dienstmagd, die ohne jede gesetzliche Grundlage sieben Monate in Administrationhaft behalten wurde. Ich möchte den Herrn Justizminister fragen, warum die Staatsanwaltschaft nicht gegen die schuldigen Beamten vorgegangen ist. Was den Roabit-Prozeß angeht, so hat nach unserer Ansicht die Polizei unter schwierigen Verhältnissen im großen und ganzen ihre Pflicht getan. Einen Mißgriff bedeutet allerdings der Angriff auf das Automobil der englischen Journalisten, und Herr v. Jagow hatte deshalb seine Verantwortung, in diesem Falle einen derartigen Ton an-

zuschlagen, sondern sollte gegen die schuldigen Beamten einschreiten. Zu der erbitterten Stimmung in Roabit wäre es wohl überhaupt nicht gekommen, wenn von Anfang an scharfer eingegriffen worden wäre. (Sehr wahr! bei den Nationalliberalen.) Aber alle vorgekommenen Mißgriffe können das eine nicht verbunkeln, daß die Kravalle angeknüpft haben an das Verhalten der Streitenden, die Arbeitswillige an der Ausübung der Arbeit verhindert haben. Der Staat muß unter allen Umständen die persönliche Freiheit schützen. (Bravo! rechts.) Wir haben den französischen Eisenbahnerstreik erlebt, der eine tagelange Lahmlegung der französischen Volkswirtschaft zur Folge hatte. Es fragt sich, ob wir in Deutschland vor ähnlichen Gefahren stehen. Ich bitte den Eisenbahnminister, und darüber zu beruhigen, daß bei uns solche Streiks ausgeschlossen sind. (Abg. Dr. Lieblnecht (Soz.): Das wird ganz von der Behandlung der Arbeiter abhängen!) Ich wollte die Meinung des Eisenbahnministers provozieren, nicht die Ihre. (Heiterkeit.) Den Minister des Innern bitte ich um Auskunft über den Stand der Verwaltungsreform. Die Immediatkommission möge vor allem eine Einschränkung der Beaufsichtigung der kommunalen Selbstverwaltung vorschlagen. Die Einberufung des Landtages sollte früher erfolgen, damit nicht alljährlich ein großer Teil der Petitionen unter den Tisch fällt. (Sehr richtig! links.) In der Polenpolitik verlangen wir Stetigkeit und Nachhaltigkeit ohne Schwankungen.

Minister des Innern v. Dallwitz: Ein Gesetzentwurf zur Regelung der Feuerbestattung ist ausgearbeitet und hat auch die Billigung der beteiligten Ressorts gefunden. Die Immediatkommission hat in der Tat die Frage erwohnt, ob eine Einschränkung der staatlichen Aufsichtsbefugnis, insoweit sie sich auf eine Genehmigung gewisser Beschlüsse des Selbstverwaltungskörpers bezieht, zweckmäßig und zulässig sein möchte, sie hat sich aber erst über einen Teil der Vorschläge des Ausschusses in dieser Beziehung schlüssig gemacht. In der Beurteilung des Falles des galizischen Dienstmädchens stimme ich mit der Beurteilung des Herrn Dr. Friedberg überein. Ich möchte mit dem Ausdruck eines lebhaften Bedauerns über das Ungemach, das ihr widerfahren ist und das berechtigtes Aufsehen erregt hat, nicht zurückhalten. (Hört! hört! links.) Das Verhalten der betreffenden Beamten ist in scharfer Form gemißbilligt worden. Wichtiger erschien mir die mögliche Vermeidung ähnlicher Vorkommnisse in Zukunft. Ich habe daher Anweisung an die betreffenden Behörden ergehen lassen, daß in allen Fällen, wo ausländische, polnische Arbeiter noch nach Ablauf der Karenzzeit sich im Inlande befinden, sie ohne Einleitung eines formellen Verfahrens alsbald über die Grenze transportiert werden. — Herr Dr. Friedberg hat dann darüber Beschwerde geführt, daß der Landrat v. Ralbhahn Aktien über einen liberalen Verein geführt habe. Das war aber bei einem Verein, der seit 10 Jahren dem Landratsamt außerordentlich viel Arbeit gemacht hat, schon auf Grund des Vereinsgesetzes geboten. Man darf nicht Einzelfälle verallgemeinern und Mißtrauen fäen gegenüber einer ganzen Kategorie verdienter Beamten, deren Tätigkeit für ihren Kreis gar nicht hoch genug eingeschätzt werden kann. Ich bin der Ansicht, daß jeder Beamte sich der gebotenen Objektivität befleißigen muß; darum halte ich auch das persönliche agitatorische Hervortreten der Beamten in der Öffentlichkeit zu parteipolitischen Zwecken, gleichviel ob konservativer oder liberaler Richtung, für unschädlich. (Abgeordneter Hoffmann (Soz.): Hört! hört! rechts! Große Heiterkeit.) Herr Dr. Friedberg hat dann behauptet, daß die maßgebenden Stellen mit Beamten besetzt sind, die aus konservativen Kreisen hervorgehen und daß daher die allgemeine Politik der Regierung nur einen konservativen Eindruck machen kann. Der Minister verliest eine Statistik über die Zugehörigkeit der höheren Beamten in Preußen zum Adel, ihre Herkunft aus agrarischen Kreisen, aus Kreisen der freien Wissenschaften resp. des Handels und Gewerbes, deren Einzelheiten auf der Tribüne unverständlich bleiben. — Der Herr Vorredner hat auch von der

Wahlrechtsreform

gesprochen. Die Regierung kann sich von der Neueinbringung einer solchen Vorlage nichts versprechen. (Hört! hört! links.) Sie würde damit zweifellos keinen Erfolg, sondern einen eskalanten Mißerfolg haben. Die letzte Vorlage, die auf Grund der in der Thronrede enthaltenen Zusage eingebracht war, ist von keiner Seite des Hauses freundlich begrüßt worden. Den einen ging sie zu weit, den anderen nicht weit genug, namentlich wurde sie von der Linken von vornherein außerordentlich scharf bekämpft. Es erschien daher ausgeschlossen, eine unter solchen Umständen zurückgezogene Vorlage in dieser Session bei völlig unveränderter Zusammensetzung des Hauses mit Aussicht auf besseren Erfolg einzubringen. Der unvermeidliche Mißerfolg würde nur große Opfer an Zeit gekostet haben und die bedauerliche Entfremdung verstärkt haben, die im letzten Jahre zwischen den Parteien hervorgerufen ist, auf deren Zusammenwirkung bei einer so bedeutsamen Vorlage die Regierung Wert legen muß. Die Regierung hätte damit erneut die Fackel der Zwietracht unter die bürgerlichen Parteien geschleudert. Die Regierung kann also nicht anders handeln, als abwarten, bis die scharfen, unnatürlichen Gegensätze, die zwischen den bürgerlichen Parteien hervorgerufen sind, sich insoweit abgeklüftet haben werden, daß eine Verkündigung über eine auch für die Regierung annehmbare Wahlrechtsvorlage nicht völlig ausgeschlossen erscheint. (Abg. Lieblnecht (Soz.): Und die Gegensätze im Volke draußen sind Ihnen gleichgültig!)

Eisenbahnminister v. Breitenbach: Der Eisenbahnerstand in Frankreich hat uns vor Augen geführt, welch ungeheuerliche Gefahren für die Volkswirtschaft aus einer Lahmlegung des Eisenbahnverkehrs erwachsen können. Für uns war es von großem Interesse, daß die französische Regierung, die Regierung eines republikanischen Staatswesens, deren führende Männer aus sozialistischen Kreisen hervorgegangen sind, aus Anlaß dieser Vorkommnisse ihren früheren Standpunkt aufgegeben hat und anerkannt hat, daß die allgemeinen staatsbürgerlichen Rechte eine Einschränkung finden, wo es sich um das Volkswohl, um das öffentliche Wohl handelt. Diesen Standpunkt haben wir von jeher unter Zustimmung aller bürgerlichen Parteien eingenommen. Die Rechtslage ist bei uns sehr klar. Aus ihr ergibt sich, daß die Eisenbahnverwaltung durchaus im Recht ist, wenn sie einen Streik von Eisenbahnangestellten für unzulässig hält und mit Energie darauf sacht, daß die Angestellten nicht Organisationen ausgebilden, die den Geist der Ordnungswidrigkeit verbreiten. Die meisten Arbeiter erkennen unsere Fürsorge durchaus an. Wenn sich dieser Geist immer weiter unter den Arbeitern verbreitet, dann sind wir vor Ueberraschungen wie in Frankreich sicher. (Lebhafte Beifall rechts.)

Auktionsminister v. Treut zu Sols: Wie mir von kirchlicher Seite mitgeteilt worden ist, haben die katholischen Professoren an unseren staatlichen Schulen den Modernisierens nicht zu leisten. Die katholischen Theologen können im übrigen ihren Zweck erfüllen, wenn sie im Einklang stehen mit der Glaubenslehre der katholischen Kirche. (Sehr richtig! im Zentrum.)

Darauf verliert das Haus die Weiterberatung auf Montag 11 Uhr. (Vorher Wahl des Präsidiums.)

Schluß gegen 5 Uhr.

Eingegangene Druckschriften.

Auf dem Wege zur „Europäischen Sprache“? 331 S. Liebheit u. Liesen, Berlin.
 Aus Natur und Weltedwelt. — Bd. 4. Schrift und Buchwesen in alter und neuer Zeit. Von D. Welle. — Bd. 225. Klavier, Orgel, Harmonium. Von D. Welle. — Bd. 332. Weinbau und Weinbereitung. Von J. Schmittner. — Bd. 333. Bierbrauerei. Von A. Bau. 1 M., geb. 1,25 M. B. G. Teubner, Leipzig.
 Der Staatsbürger. 2. Jahrgang. Heft 1. Halbmonatsschrift für politische Bildung. Herausgeber Dr. J. Dorn. Verlag Fr. W. Grunow, Leipzig. Vierteljährlich 2 M.

35% LEISER

gewähren wir auf alle bei der

INVENTUR

zurückgesetzten Waren. Ausserdem kommen noch grosse Posten erstklassiger Schuhwaren, welche im Preis bedeutend ermässigt sind, zum Verkauf. Der

AUSVERKAUF

beginnt am

Freitag, den 20. ds.

und dauert bis Donnerstag, den 2. Februar.

Rabatt

Leipziger Strasse 65	Besichtigung ohne	Rixdorf, Bergstr. 7-8
König - Strasse 34	Kaufzwang erheben	Oranienstrasse 47a
Oranien-Strasse 34		Müller - Strasse 3a

Der beste Beweis

für die immer gleiche, gehaltvollste und deshalb bevorzugteste Qualität der

Kronen-Bouillon-Würfel

ist die immer zunehmende Beliebtheit u. außergewöhnliche

Steigerung des Verbrauchs

Lassen Sie sich keine andere Marke aufreden!

95

Jandorf's

Woche

95

Spittelmarkt Belle-Alliancestr. Grosse Frankfurterstr. Brunnenstr. Kottbuser Damm

Die Ausgabe der Rabattmarken bleibt bestehen. Soweit Vorrat

Bis Sonnabend den 21. Januar. — Die annoncierten Artikel stellen nur einen kleinen Auszug aus einzelnen Abteilungen dar.

Knaben-Konfektion

- 1 Knaben-Bluse aus blau Cheviot, od. farbigen Stoffen, für 3-8 Jahre 95 Pf.
- 1 Tennis-Bluse hochgeschlossenen, blau und weiss gestreifte Stoffe, f. 3-8 Jahre 95 Pf.
- 1 Knaben-Hose a. blauem Cheviot, oder farbigen haltbaren Stoffen, für 3-8 Jahre 95 Pf.
- 1 Monteur-Jacke od. Hose aus blauem Haustuchstoff, viele Grössen 95 Pf.

Taffet, Luisine
„Reine Seide“, schneeweiß oder farblich
Schotten, Streifen Meter **95** Pf.

Trikotagen

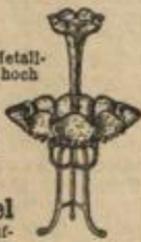
- 1 Herrenhemd mit farbig. Einsatzen und Manschetten maccofarbig 95 Pf.
- Herrenhemd normalfarbig, Vigogne
- 1 Herren-Beinkleid normalfarbig, mit Ueberschlag, Vigogne oder wollgemischt 95 Pf.
- 1 Herren-Beinkleid m. angewebtem Futter, starke Winter-Qualität
- 1 Herren-Beinkleid maccofarbig, in 3 Grössen, auch extra weit
- 1 Damenhemd m. langen Aermeln Vigogne, normalfarbig 95 Pf.
- 1 Trikot-Untertaille 95 Pf. für Damen, 2 Grössen, mit langen Aermeln und angewebtem Futter
- 6 Korsettschoner weiss 95 Pf.
- 1 Knaben-Sweater Kragen und Manschetten, in 4 Grössen 95 Pf.
- 1 Kindertrikot m. Ueberschlag oder Vigogne, ca. 70-100 cm lang
- 1/2 Pfund Strickwolle schwarz oder meliert 95 Pf.



- 1 Auto-Schal weiss, mit Franzen 95 Pf.
- 1 Barchent-Beinkleid für Damen, einfarbig oder gestreift
- 1 Barchent-Rock für Damen mit Volant
- 1 Blusenschoner weiss, rei.-e Wolle mit gemustert.

Galanterie

- 1 Hocker mit Vase, auf Metallfuss, ca. 40 cm hoch
- 1 Glasvase mit Metallbeschlag, ca. 35 cm hoch
- 1 Paneel ca. 60 cm lang
- 1 Wandspiegel mit Mus. belaufsatz, ca. 53x28 cm



- 1 Kabaret 3 teilig 95 Pf.
- 3 Photographie-Rahmen aus Metall oder Holz ... 95 Pf.
- 1 Markt Tasche m. Deckel ca. 36 cm
- 1 Markt Tasche zum Verlängern, ca. 27 cm breit, ca. 40 cm lang
- 1 Handtasche mit Vortasche ca. 15 cm

- 1 Tüll-Bettdecke weiss oder creme
- 1 Tüll-Store weiss oder creme 95 Pf.
- 1 Vorleger (Faser-Matte) 95 Pf.
- 1 Axminster-Vorleger Grösse ca. 45/90 Pf.
- 1 imit. Perser-Vorleger Grösse ca. 50/100 mit Franzen
- 1 Wachstuch-Tischdecke Grösse ca. 90/115

- 1 Wasserservice Tablett, Karaffe, 4 Gläser
- 1 Haussegen 95 Pf.
- 1 Garderobenriegel mit 5 verbleibten Haken 95 Pf.
- 1 Kamm- u. Bürstenkasten ca. 35 cm hoch 95 Pf.
- 2 Vasen mit Metallbeschlag



- 1 Käseglocke auf Metall-Tablett 95 Pf.
- 1 moderne Kammgarnitur mit St. inen besetzt 95 Pf.



- 1 Likörservice Holztablett, 1 Flasche und 6 Gläser... 95 Pf.
- 1 Stellspiegel aus Celluloid 95 Pf.

- 1 Filztuch-Tischdecke mit Kurbelel 95 Pf.
- 1 Filztuch-Kommodendecke reich bekorbelt mit Applikation 95 Pf.
- 1 Filztuch Lambrequin reich bekorbelt m. Applikation Pf.
- 1 Schlafdecke mit höherer Bordüre
- 1 Körper-Rouleaux ca. 110/200

Schuhwaren

- 1 Paar Damen Kamelhaarstoffschuhe imitiert 95 Pf.
- 1 Paar Herren Kamelhaarstoff-Pantoffel imitiert 95 Pf.
- 1 Paar Herren-Filz-Pantoffel 95 Pf.
- 1 Paar Kinder Filz-Schnallen-Stiefel Grösse 23 bis 30

Reinwoll. Kleiderstoffe
schwarz oder in den neuesten Modetönen, Meter
Blusen- o. Kostümstoffe Meter **95** Pf.

Handarbeiten

- 1 Tischläufer aus starkfädigem Stoff, mille-seurs Muster, handgest. 95 Pf.
- 1 Mittendecke aus starkfädigem Stoff, mille-seurs Muster, handgest. 95 Pf.
- 2 Schoner aus starkfädigem Stoff, mille-seurs Muster, handgest. 95 Pf.
- 1 Wäschebeutel aus Aidastoff, handgestickt
- 1 Tischläufer aus Kongressstoff, handgestickt
- 1 Mittendecke aus Kongressstoff, handgestickt 95 Pf.
- 4 emaillierte Kasserollen 10 bis 16 cm.
- 2 emaillierte Schmortöpfe 16 und 18 cm
- 1 Wandschoner aus Aidastoff, handgestickt
- 1 Stuhl-kissen montiert, mit Franzen-garnierung, handgestickt 95 Pf.
- 1 Kissenbezug aus Aidastoff, mit Volant, handgest. 95 Pf.
- 1 Besenhandtuch garniert, fertig
- 1 Küchenhandtuch garniert, fertig
- 1 Küchentischdecke garniert, fertig 95 Pf.
- 1 Stubenparadehandtuch fertig



Lebensfreude

Verlangen Sie umsonst und portofrei unsere Broschüre:

Ihr und Ihrer Familie dauerndes Glück hängt davon ab. Wenn Sie sich nicht wohl fühlen, irgend ein Leiden haben, wenden Sie sich vertrauensvoll an uns. Wir zeigen Ihnen bestimmt den natürlichen Weg zur Gesundheit

Schreiben Sie sofort eine Postkarte, das ist kein Risiko für Sie. Dr. med. Coleman & Co. m. b. H., Berlin W. 9, Potsdamer Straße 4.

Zähne 2 M. 10 Jahre Garant. Teils wöchentl. 1 M. Plomben 1,50 M. Fast vollk. schmerzlos. Zahnziehen. Um- arbeitsung schlecht sitzender Gebisse Reparaturen sofort. Zahn-Arzt Wolf, Potsdamer Str. 55. (Hochbahnst. Bülowstr.) 8-7.



Lebensunterhalt oder guten Nebenberuf kann man sich zu Hause mit Stricken für uns oder Private auf unserer erstklassigen Strickmaschine verdienen. Wir liefern dieselbe mit 50 St. Anghaltung und bequemer Teilzahlung. Kinsternen gratis. 25132* — Streng reelles Unternehmen. — Strickmaschinen-Vertriebs-Gesellsch. m. b. H., Köln Gen.-Bertr. P. Hirschfeld, Berlin O. 19, Ballstr. 90/91

Möbel

Inventur-Verkauf bis 15. Februar er.! **Ganz bedeutende Vorteile!**

bieten sich Brautleuten und Möbelsuchenden. Sämtliche Möbel und Polsterwaren sind bis

30% im Preise ermäßigt!

10 Jahre schriftliche Garantie! Ausgesuchte Möbel können kostenlos lagern.

M. Hirschowitz, SO., 25 Skalitzer Straße 25 an der Hochbahn.

Es bringt Goldfische auf dem Tisch! Ein gutes Leben kann man nur verdienen!

Garantiert Handarbeit mit M. ohne M. 3 Pf. 3 1/2 Pf.

Haloppi

Neue türkische Qualitäts-Zigarette!

Teures Fleisch — Billige Bouillon!

Brühl's Volks-Würfel (B. V. W.)

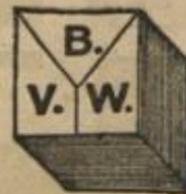
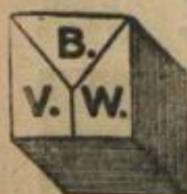
3 Stück für 10 Pf. ergeben 3 Teller nahrhafter und wohlschmeckender Bouillon.

Tel. IV. 9359.

Man achte auf die bestehende Schutzmarke und auf unser gelbrottes Plakat in den Läden.

Tel. IV. 9359.

Allgemeine Nahrungsmittel-Gesellschaft Brühl & Cie. G. m. b. H. Berlin SO., Schmidstr. 18.



Die Moabiter Vorgänge vor dem Schwurgericht.

Fünfter Tag.

In der gestrigen Sitzung wurden wieder eine Anzahl von Zeugen zum

allgemeinen Teil

Klempner Schiller hat von seiner Wohnung gesehen, wie das Rittergerichtliche Lokal demoliert wurde: Ein Schuttmann flüchtete vor einer lärmenden Menge in das Lokal. Hinter ihm wurden die Jalousien herabgelassen. Dann kam die Menge unter großem Madab heran. Es waren junge Leute, die den unverständlichen Eindruck von Novalis machten. Aus einem Stuhl einer Treppe hatten sie eine Fahne gemacht, die sie fortwährend schwenkten. Als die Leute an das Lokal kamen, schlugen sie unter höchstem Lärm an die Jalousien. Als diese und die Scheiben zertrümmert waren, entstand ein ohrenbetäubendes Freudengeheul. Die Menschen drangen in den Laden, lösten heraus mit Händen in den Händen und sangen: „Ein Prost der Gemütsfreiheit“. Eine volle Stunde dauerte das wilde Treiben, dann erst kam die Polizei. Bei ihrer Annäherung ergrieffen die Tumultuanten die Flucht. Der Zeuge und andere Bewohner der Gegend übten sich in höchstem Grade bemühtig dadurch, daß der furchtbare Madab und die Zerstörung des Eigentums so lange anhalten konnte, ehe die Polizei dem Treiben ein Ende machte. — In einem anderen Tage sah der Zeuge, daß ein junger Mann, der höflich, den Hut lösend, an einen Schuttmann heranging, von diesem einen Stoß bekam, daß der Hut des Mannes zu Boden fiel. Als der Mann seinen Hut aufheben wollte, wurde er von Kriminalbeamten fürchterlich geschlagen. Ein Schlag, der vorüberging und das Steinpflaster traf, rief einen langen Feuerstrahl hervor. Daraus schließt der Zeuge, daß das Schlaginstrument des Kriminalbeamten ein Dornenast mit Stochleinlage war. — **Sori**: Warum plaudern Sie, daß die Zeugen, welche den Mann schlugen, Kriminalbeamte waren? — **Zeuge**: Sie gingen nachher zu den uniformierten Schuttmännern, sprachen mit ihnen und aus den Ansbewegungen konnte ich schließen, daß sie zeigten, wie sie geschlagen haben. Weiter hat der Zeuge gesehen, daß ein Kriminalbeamter einen alten Mann ohne Veranlassung schlug. Der Mann rannte fort. Als er in die Nähe einer Schuttmannstruppe kam, rief der kommandierende Leutnant: „Aufgepaßt“. Da fielen mehrere Schuttmänner über den stehenden Mann her und schlugen ihn mit Säbeln über den Kopf, daß das Blut im Scherme der Laternen glitzerte.

Kaufmann Wiese hat am 29. von seiner Wohnung aus gesehen, daß die

Straßenpassanten dauernd von Kriminalbeamten mißhandelt

wurden. Im Laufe von etwa 1½ Stunden hat der Zeuge

wenigstens 100 Fälle von Mißhandlungen

gesehen. Weitere Angaben hierüber verhindert der Vorsitzende, weil sich die Beobachtungen des Zeugen auf den 29. beziehen, die den Angeklagten zur Last gelegten Handlungen aber nur bis zum 28. reichen. — Auf die Frage, warum er die Leute, welche schlugen, für Kriminalbeamte hielt, antwortet der Zeuge: An allen Ecken standen uniformierte Schuttmänner. Sie duldeten nicht, daß sich Zivilpersonen dort aufhielten. Die Leute aber, welche die Passanten schlugen, konnten sich unbedenklich dort ausfallen.

Wiesermeister Salbach lehrte am 28. in dem Langratschen Lokal ein. Dann erfolgte die bekannte polizeiliche Ausräumung, die der Zeuge Salbach ebenso schildert, wie es andere Zeugen bereits getan haben: Hier schlugen die Uniformierten mit geschwungenen Säbeln herein und riefen: „Verschämte Hunde, wos ihr raus!“ Dann kam ein Leutnant und hinterher noch zwei Schuttmänner. Die Gäste wurden hinausgeworfen, bekamen dabei Prügel mit dem Säbel und wurden auf der Straße von den dort aufgestellten Schuttmännern nachmal verprügelt. Der Zeuge hat so viel gegriegt, daß er längere Zeit in seiner Arbeitsfähigkeit erheblich beeinträchtigt war. Am Abend des 27. sah der Zeuge folgendes: Ein beliebiger Herr, der ruhig um die Ecke biegen wollte, verlor den Hut. Als er sich nach dem Hut öffnete, schlug ihn ein Schuttmann von oben runter mit dem Säbel über den Kopf, daß das Blut herunterlief. An der Reformationskirche kamen dem Zeugen rennende Schuttmänner auf dem Bürgersteig entgegen. Um ihren Platz zu machen, stellte er sich dicht an die Wand. Ein Schuttmann schrie den Zeugen an: „Hund, willst Du laufen!“ und schlug auf ihn ein. — In der Erdmännstraße wurde ein Herr in dem Augenblick, als er aus dem Hause treten wollte, von einem Schuttmann aus einer vorbeigehenden Kette angefahren: „Hund, willst Du rin!“ Dabei gab der Schuttmann dem Herrn einen Stoß, daß er zu Boden fiel.

Monteur Kulat hat die Räumung eines Lokals in der Wieserstraße miterlebt. Er war mit seiner Frau in das Lokal gegangen, weil er viele Schuttmänner auf der Straße sah und es deshalb für ratsam hielt, sich zurückzuziehen. Kaum war er im Lokal, da stürmten Schuttmänner herein mit dem Ruf: „Haut ihr Hunde!“ Alles löste sich auf. Die Schuttmänner attackierten die Gäste mit dem Säbel in der Faust. An einem Tische sah eine Familie mit zwei Kindern. Die

Kinder wurden umgeworfen.

Eines davon schrie furchtbar auf. Die Schuttmänner stürmten über die im Boden liegenden Kinder hinweg und warfen die Gäste des Lokals zur Tür hinaus. — Am anderen Tage fragte der Zeuge am Bahnhof Neustadtstraße einen Schuttmann, ob er passieren könne. Der Schuttmann sagte: „Geben Sie was Ihre Beene um waschen Sie bei Se verdammden.“ Bald darauf bekam der Zeuge auf dem Wege nach Hause von einem Schuttmann einen Stoß ins Gesicht. Weiter gibt der Zeuge an: Am Schalter des Bahnhofs Neustadtstraße löste ein Mann eine Pistole aus. Da trat ein Schuttmann aus einer Tür des Bahnhofsgebäudes, packte den Mann und beförderte ihn durch einen Fußtritt hinter die Tür. Nach wenig Augenblicken floh der Mann, wieder durch einen Fußtritt, zur Tür hinaus. Der Zeuge fragte den Mann, weshalb ihm denn diese Behandlung widerfahren sei. Der Mann antwortete: „Ich habe nichts getan, so muß man sich als Bürger behaupten lassen.“

Strassenbahnkassierer Kraul hat am Abend des 29. gesehen, daß die Fahrgäste, welche an der Haltestelle den Wagen verlassen von Schuttmännern geschlagen wurden.

Mechaniker Kau hat am 28. einen Postzeuhtant im Durchlaß. Der Zeuhtant rief ihn, ein wenig zu warten, weil gerade eine Kutsche die Straße herunterkomme. Ein Mann, der nicht zu der verfolgten Menge gehörte und allein ging, wurde quersüß von einem Schuttmann getroffen und dann von anderen mit Säbeln geschlagen. Der Mißhandelte fiel nieder und blieb wie tot liegen, mit dem Gesicht nach den Steinplätzen gelehrt. Da wies ein Schuttmann auf den am Boden Liegenden und sagte: „Da liegt der Hund.“ Nach längerer Zeit wurde der Mißhandelte, der immer noch bewegungslos war, in einer Droschke fortgeschafft. — Auf dem Arminiusplatz standen einige Berianen an der Haltestelle. Eine vorbeigehende Schuttmannspatrouille forderte die Leute zum Weitergehen auf. Ein alter Herr zeigte seine Straßendahn-Abonnementskarte vor und sagte, wohin er fahren wollte. Der Schuttmann aber sagte: „Das gibt es nicht“ und schlug den alten Herrn, daß er taumelte. Ein anderer Schuttmann ließ dem Herrn mit dem Rufe ins Gesicht.

Arbeiter Bedemeier sah am 28. September um Mitternacht, daß der bereits vernommene Zeuge Brombach von Schuttmännern verfolgt und niedergeschlagen wurde. Ein alter Herr, der das mit ansehen wollte, sagte: „Es ist eine Gemeinheit, daß einer so niedergeschlagen wird.“ Daraus sagte ein Schuttmann: „Wehen Sie weg, sonst

kriegen Sie auch was.“ Als die Schuttmänner nach dieser Tat auf ihren Platz zurückkehrten, sagte ein Offizier zu ihnen: „Das war doch nicht nötig.“ Der Schuttmann, der den Brombach mit dem Säbel niedergeschlagen hatte, antwortete darauf: „Ich habe ihm ja bloß zwei übergezogen, da hat er sich gleich hingestürmt.“ — Ueber seine Wahrnehmungen an anderen Tagen sagt der Zeuge: Nachdem die uniformierten Schuttmänner sich zurückgezogen hatten, verteilten sich Kriminalbeamte über die Straße und schlugen mit ihren Säbeln jeden Passanten, der sich sehen ließ. Jeder, der an der Haltestelle aus der Straßendahn stieg, wurde, sobald er die Haltestelle erreichte, von den Kriminalbeamten verbaucht. — Ein einziger ruhiger Mann, der vergebens versuchte, an den Schuttmännern durchzukommen und schließlich eine Attacke auf sich zukommen sah, lief zu einem Offizier und sagte: „Herr Hauptmann, Herr Hauptmann, wo soll ich hingehen, daß ich nicht geschlagen werde?“ Der

Offizier

aber gab dem Manne einen

Tritt in den Hintern

und sagte: „Machen Sie, daß Sie wegkommen!“

Schiffer Häuber sah am 27. September in der Kaiserin-Augusta-Allee zwei junge Burden kommen. Einer stieß dem anderen hinter dem Hut vom Kopfe. Da wurden die beiden Burden von herankommenden Schuttmännern gefaßt und in einen Hausflur gestoßen. Die Schuttmänner machten die Tür zu. Was hinter der Tür geschah, konnte der Zeuge nicht sehen. Aber er hörte die beiden jungen Leute schreien, als ob sie gefaßt wurden. Einer der beiden jungen Leute ist der Angeklagte **Margardt**.

Hierauf ging das Gericht wieder zur Erörterung der einzelnen Anklagefälle

Zum

Falle des Angeklagten Figner

sagt der Schuttmann **Kugler**: Ich ging allein von der Revierwache nach dem Kohlenplatz. Auf dem Wege dahin wurde ich in der Kohler- und Bittler- Straße von einer tobenden Menschenmenge angegriffen. Ich zog den Revolver und so kam ich durch die Menge. In der Verlichingstraße standen wohl an 1000 Menschen. Sie hatten eine durch die Menge gehende Wasse gebildet, damit die vorn Stehenden sich zurückziehen konnten, wenn die ihnen gegenüberstehende Schuttmannslinie gegen sie vorgehen würde. Durch die Wasse kam ich ungehindert bis in die Nähe der Schuttmannslinie. Vor mir in der vorbereiten Reihe der Menge stand der Angeklagte. Er hob den Arm hoch und rief: „Hura, drauf, haut sie.“ Ich sah den Angeklagten, ein Schuttmann aus der Reihe kam mir zu Hilfe, dann brachte ich den Angeklagten nach dem Kohlenplatz. Auf dem Transport leistete er Widerstand, indem er sich mit den Händen gegen den Boden stemmte.

Der Angeklagte stellt den Vorgang so dar: Ich habe nichts gesagt. Nur gelacht habe ich und mich umgesehen. Da packte mich der Schuttmann und sagte: „Schwinderhande, Euch werden wir schon kriegen, wenn wir Euch erst auf dem Kohlenplatz haben.“ Dann drehte mich der Schuttmann den Arm um und brachte mich nach dem

Kohlenplatz.

Sowie wir dort durch die Tür kamen, kriegte ich einen Schlag ins Gesicht, daß das Blut herunterlief. Dann gingen wir den Gang zum Kohlenplatz entlang. Da standen die

Arbeitswilligen.

Es war ein richtiges Spekrutenlaufen. Fürchbar haben sie mich geschlagen und dieser Schuttmann (der Angeklagte zeigt auf den Zeugen **Kugler**) hat mich am weissen geschlagen. — **Schuttmann Kugler**: Das ist vollständig ausgeschlossen. Ich habe den Mann geschlagen habe. Ich habe auch nicht gesehen, daß er geschlagen wurde. — **Angekl.**: Haben Sie nicht zu mir gesagt: „Kommen man erst nach dem Kohlenplatz, da werden wir Dich schon kriegen?“ — **Schuttm. Kugler**: Ich habe kein Wort gesagt. — **Rechtsanw. Jacobi**: Wären Sie nicht erregt? — **Schuttm. Kugler**: „Ja rege mich nie auf. Ein Schuttmann bleibt immer ruhig.“ — **Rechtsanw. Jacobi**: Sie sagten doch, Sie seien vordere mit Steinen geworfen. Das hat Sie gar nicht erregt? — **Schuttm. Kugler**: Nein. So was ist man als Schuttmann gewohnt. — **Rechtsanw. Jacobi**: Wollen Sie wirklich behaupten, daß die Schuttmänner vom Publikum tagtäglich mit Steinen geworfen werden? — **Sori**: Aber wir kommen ja ganz von der Sache ab. — Auf weitere Fragen behauptet **Schuttmann Kugler**, er habe an dem Angeklagten, als er ihn vom Kohlenplatz nach der Revierwache brachte, keine Verletzung bemerkt.

Der Zeuge **Degenhardt** hat den Angeklagten unmittelbar nach dessen Rückkehr von der Wache gesehen.

Sein Gesicht war geschwollen, sein Taschentuch war ganz voll Blut. Er erzählte, er sei auf dem Kohlenplatz geschlagen worden. — Der Zeuge **Neumann** war bei der Festnahme des Angeklagten zugegen. Er sagt, erst sah er den Schuttmann ihn (den Zeugen), und als er sich umdrehte und fragte, was denn los sei, da sah er den Schuttmann den Angeklagten Figner, stieß ihn zu den anderen Schuttmännern und dann wurde Figner von etwa 10 Schuttmännern „nach allen Regeln der Kunst“ geschlagen. — Der Vorsitzende hält dem Zeugen vor, daß er das vor dem Untersuchungsrichter gar nicht gesagt habe. — **Der Zeuge** sagt: „Ja, das habe ich gesagt.“ — **Sori**: Es steht nichts davon im Protokoll. — **Zeuge**: Dann ist es nicht aufgeschrieben, gesagt habe ich es. — Der Oberstaatsanwalt beantragt die Protokollierung der Aussage des Zeugen **Neumann**, da er ihn des Meineids dringend verdächtig halte. — Der Untersuchungsrichter, Landrichter **Bombé** wird vernommen. Anfangs sagt er, wenn der Zeuge die Erinnerung gemacht hätte, daß 10 Schuttmänner den Angeklagten schlugen, dann würde sie auch im Protokoll festgenommen sein. Nach weiteren Fragen schränkt der Untersuchungsrichter seine Aussage dahin ein: Er könne sich des Vorganges nicht mehr genau erinnern. — **Reparateur Kunze** hat den Angeklagten gleich

nach dessen Rückkehr von der Wache gesehen. Der Arm war so geschwollen, daß der Angeklagte nicht mehr trinken konnte, ein Glas Bier zum Munde zu bringen. Auf dem Körper war er über und über mit blauen und braunen Flecken bedeckt. Er sah fürchterlich aus, sagt der Zeuge.

Der Zeuge **Lamprecht** schildert die Festnahme des Angeklagten Figner und demonstriert sie in anschaulicher Weise. Auch nach dieser Darlegung hat der Schuttmann **Kugler** zuerst den Zeugen **Neumann** von hinten gefaßt. **Neumann** drehte sich mit einem Rud herum und fragte: „Was ist denn los?“ Dann packte der Schuttmann den einen Schritt vor **Neumann** stehenden Figner, der stark angetrunken war, und wie es seine Gewohnheit ist, mit den Armen in der Luft herumzuschwelen. Als der Schuttmann den Angeklagten Figner von hinten an den Hüften gepackt hatte, stieß er ihn auf die anderen Schuttmänner zu und Figner fiel zu Boden. — **Sori**: Wurde er geprügelt? — **Zeuge**: Konnt ich nicht so hoch nicht so hingefallen sein. — **Sori**: Zeuge **Kugler**, was sagen Sie dazu? — **Schuttm. Kugler**: Es ist ja möglich, daß ich **Neumann** zurückgestoßen habe, um an Figner heranzukommen. Aber nur diesen habe ich gefaßt. — Die Mutter des Angeklagten gibt diesem das Zeugnis eines ruhigen, arbeitsamen und annehilichen Menschen, der aber von Arbeit ab an Nerven leidet. Von seinen Verletzungen habe der Angeklagte weder der Mutter noch dem Vater etwas gesagt, weil sie sehr ängstlich sind und er Vorwürfe fürchten mußte. — Eine Schwester des Angeklagten hat seine Verletzungen und sein blutiges Taschentuch gesehen.

Damit ist die Abweiserhebung zum Falle Figner, die mehrere Stunden währte, abgeschlossen.

Die weitere Verhandlung wurde auf Montag 10 Uhr vertagt.

Wochen-Spielplan der Berliner Theater.

- Königl. Opernhaus.** Sonntag: Der Prophet. Montag: Königslinder. Dienstag: Die Hugenotten. Mittwoch: Königslinder. Donnerstag: Die Hugenotten. Freitag: Die Hugenotten. Samstag: Die Hugenotten. Sonntag: Die Hugenotten. Montag: Die Hugenotten. Dienstag: Die Hugenotten. Mittwoch: Die Hugenotten. Donnerstag: Die Hugenotten. Freitag: Die Hugenotten. Samstag: Die Hugenotten. Sonntag: Die Hugenotten.
- Königl. Schauspielhaus.** Sonntag: Die Hugenotten. Montag: Die Hugenotten. Dienstag: Die Hugenotten. Mittwoch: Die Hugenotten. Donnerstag: Die Hugenotten. Freitag: Die Hugenotten. Samstag: Die Hugenotten. Sonntag: Die Hugenotten.
- Deutsches Theater.** Sonntag: Die Hugenotten. Montag: Die Hugenotten. Dienstag: Die Hugenotten. Mittwoch: Die Hugenotten. Donnerstag: Die Hugenotten. Freitag: Die Hugenotten. Samstag: Die Hugenotten. Sonntag: Die Hugenotten.
- Volksoper.** Sonntag: Die Hugenotten. Montag: Die Hugenotten. Dienstag: Die Hugenotten. Mittwoch: Die Hugenotten. Donnerstag: Die Hugenotten. Freitag: Die Hugenotten. Samstag: Die Hugenotten. Sonntag: Die Hugenotten.
- Operette.** Sonntag: Die Hugenotten. Montag: Die Hugenotten. Dienstag: Die Hugenotten. Mittwoch: Die Hugenotten. Donnerstag: Die Hugenotten. Freitag: Die Hugenotten. Samstag: Die Hugenotten. Sonntag: Die Hugenotten.
- Comedie.** Sonntag: Die Hugenotten. Montag: Die Hugenotten. Dienstag: Die Hugenotten. Mittwoch: Die Hugenotten. Donnerstag: Die Hugenotten. Freitag: Die Hugenotten. Samstag: Die Hugenotten. Sonntag: Die Hugenotten.

Theater und Vergnügungen

Freie Volksschule

Freie Volksschule:
Sonntag, den 15. Januar,
 nachmittags 3 Uhr.
 Neues Schauspielhaus. 10. Abteilung
 (Gruppe 41-44): Donna Anna.
 Herrfeld - Theater - 7.8. Abteilung
 (Gruppe 31-33): Der Herr Senator.
 Residenz-Theater. 5. Abteilung (30,
 6. Abteil. (27), 12. Abteil. (28),
 13. Abteil. (26): Die 300 Tage.
 Thalia-Theater. 6. Abteil. (21.-23.
 Gruppe): Die schöne Helena.
Montag, den 16. Januar,
 abends 8 Uhr:
 Neues Schauspielhaus. 17. Abteilung
 IV. Abendabteilung: Der Herr
 Senator.

Neue Freie Volksschule.
Sonntag, den 15. Januar,
 nachm. 2 1/2 Uhr:
 Deutsches Theater: Die Räuber.
 Kammerstücke: Camöden.
 Nachm. 8 Uhr:
 Schiller-Theater O.: Die Eäre.
 Schiller-Theater Charlottenburg:
 Gnomon.
 Metropol-Theater: Pariser Leben.
 Neues Operetten-Theater: Die
 Kloden von Cornedille.
 Kleines Theater: Joachim von Brandt.
 Neues Theater: Tartuff. — Die Ge-
 schwister.
 Neues Volks-Theater: Der Wissenschaft-
 lern.

Abends 8 1/2 Uhr:
 Neues Volks-Theater: Der Wissenschaft-
 lern.
 Neues Volks-Theater: Montag,
 Mittwoch, Donnerstag, Freitag und
 Sonnabend: Dantes Himmels-
 lobet. — Der Tod und der Tod.
 Dienstag: Höllebrand.
 Volks-Oper: Montag: Don Juan.

Lessing-Theater.
 Sonntag, 3 Uhr: Rosenmontag.
 Sonntag, 8 Uhr: Die Ratten.
 Montag 8 Uhr: Anatol.

Berliner Theater.
 Heute: Bummelstudenten, 8 Uhr.
 Nachm. 3 Uhr: Der Weichenseffler.
 Morgen: Bummelstudenten.

Modernes Theater
 (früher Hebbeltheater).
 Abends 8 Uhr:
Doppelmannsch.

Neues Theater.
 Zum 50. Male:
Der G. m. b. H.-Tenor.
 Anfang 8 Uhr.
 Morgen und folgende Tage:
 Diefelbe Vorstellung.

Berliner Volksoper
 Belle-Alliance-Straße 78. 1/2 9 Uhr:
 Nachm. 3 1/2 Uhr: Martha.
 Abends 8 Uhr: Die Hugenotten.

Theater des Westens.
 8 Uhr: Das Puppenadel.
 Mittw. u. Sonnab. 4 Uhr: Rotkäppchen.
 Sonntag 3 1/2 Uhr: Ein Walzertraum.

Residenz-Theater.
 Direction: Richard Alexander.
 Anfang 8 Uhr.

Der Unterpräfekt.
 Schwan, in 3 Akten von L. Gaudillot.
 Morgen und folgende Tage:
Der Unterpräfekt.

**Friedrich-Wilhelmstädtisches
 Schauspielhaus.**
 Sonntag, 15. Januar, abends 8 Uhr:
Cyrano von Bergerac.

Nachm. 3 Uhr: Die Räuber.
 Montag: Die blaue Maus.
 Dienstag, 4. L. Rolle: Die Erbmante.

Luisen-Theater.
 Sonntag 3 Uhr: Wilhelm Tell. 8 Uhr:
Der Millionenjunge.

Sollstück in 4 Akten v. B. Christman.
 Montag, Dienstag und Mittwoch:
Mudickes Reise nach Indien.

Lustspielhaus.
 Nachm. 3 Uhr: Der Herr Senator.
 Abends 8 Uhr:
Der Feldherrnhügel.

ROSE-THEATER
 Große Frankfurter. Str. 132.
 Anf. 8 Uhr. Ende nach 11 1/2
Don Carlos
 Dram. Gedicht in 5 Akten v. Schiller.
 Nachm. 3 Uhr: Halbe Preise.
Der Müller und sein Kind.
 Volksdrama in 5 Akten von Haupt.
 Montag, Mittwoch, Freitag: Don Carlos
 Dienstag: Der Müller und sein Kind.

Reichshallen-Theater.
 Steffiner Sänger.
 Neu:
Musikanten-Weihnacht
 Genrebild von Weisfel.
 Anfang
 wochentags
 8 Uhr
 Sonntag
 7 Uhr.

Stadt-Theater Moabit
 Alt-Moabit 47/48.
 Sonntag, den 15. Januar 1911:
Die von Hochsattel.
 Lustspiel in 3 Aufzügen von Stein
 und Heller.
 Repertoirestück des Lustspielhauses.
 Kasseneröffnung. 6 1/2 Uhr. Anf. 7 1/2 Uhr.
 Nach der Vorstellung:
Tanz.

Urania.

Wissenschaftliches Theater.
 Taubenstraße 48/49.
 Abends 8 Uhr:
Von San Remo nach Florenz.
 Montag 8 Uhr:
Von San Remo nach Florenz.
 Hörsaal 8 Uhr:
 Dr. Rich. Hennig: Geschicht-
 liche Entwicklung des Weltverkehrs.

Kaiser-Panorama.
 Die Schweiz. Winter u.
 Sport i. Oberrhein. L. W.
 III. interess. Reise in Indien.
 Eine Reise 20 Pf. Kind nur 10 Pf.
 Abonnements 1 M. Tausende Abonn.

Passage-Panoptikum.
 Lebandl. Das blaue
Weib:
 Ein Opfer wilder Barbaren.
Prinz Atom:
 der kleinste Mensch aller Zeiten.
 Der Mann mit dem
 eisernen Schlund.
 Buddha's Wundertadel.
 Alles ohne Extra-Entree!

Passage-Theater.
 Heute Sonntag:
 2 Vorstellungen.
 Nachmittags 3-7 Uhr.
 Abends 8 Uhr.
Affe Consul
 Menschendarsteller.
 P. Schneider-Duncker.
Lina Loos
 u. d. großartige Januar-Prögr.

Trianon-Theater.
 Anfang 8 Uhr.
Der heilige Hain.

WINTERGARTEN
 765
Januar Spielplan
 Heute 2 Vorstellungen 2
 Nachmittags 3 Uhr (kleine Preise)
 und abends 8 Uhr mit
ETHEL LEVEY
 Amerikas Favorit.
La belle Leonora
 Spaniens Stolz.
 Mlle. Donarbers
Luftballonfahrt
 über den Köpfen des Publikums
 sowie weitere
 12 Star-Attraktionen 12
 Rauchen gestattet!

**Apollo
 Theater**
 Heute:
**2 große
 Vorstellungen 2**
 Die gesamten phänomenalen
 Spezialitäten.
 3 1/2 Uhr: Halbe Preise.
 9 1/2 Uhr:
Otto Reutter.

LICHTSPIELE.
MOZART-SAAL.
 Nollendorf-Platz.
 Beginn 6 Uhr.
Metropol-Theater.
 Sonntag nachmittags 3 Uhr:
Pariser Leben.
 Abends 8 Uhr: Rauchen gestattet.
Hurra!
Wir leben noch!
 Große Aufführungsszene in 7 Bildern
 v. J. Freund. Musik v. B. Holländer.
 In Szene gesetzt von Dr. H. Schulz.

Prachtsäle des Nordens.
 Inhaber: Carl Hampel.
 Gerichtstr. 31. Amt Mb. 7280. Am Nettelbeckplatz.
 Empfehle den verehrlichen Vereinen und Gesellschaften meine neu er-
 bauten Partysäle mit und ohne Theaterbühne (200-400 Personen fassend)
 für Hochzeiten, Vergnügungen und Versammlungen.
 im Restaurant **Künstler-Konzert.**
Täglich bis 3 Uhr nachts
 Jeden Sonntag, Mittwoch und Sonnabend: **Tanzkränzchen.**

Excelsior-Lichtspielhaus
Rixdorf, Bergstr. 151/152. (Passage.)
Wie stets, allen voran:
 Der Verzweiflungskampf der Anarchisten in Houndsditch.
 Dazu:
Das dieswöchentliche Sensations-Programm.
 Anfang: Sonntags 3 nachm., wochentags abds. 6 Uhr. Entr. 30 Pf.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Haller-Theat).
 Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Die Ehre.
 Schauspiel in 4 Akten v. Sudermann.
 Ende 3 1/2 Uhr.
 Sonntag, abends 8 Uhr:
Husarenfeber.
 Lustspiel in 4 Akten v. Gustav Kadelburg
 u. Richard Stowronnel. Ende 10 1/2 U.
 Montag, abends 8 Uhr:
Der Himmel auf Erden.
 Dienstag, abends 8 Uhr
Husarenfeber.

Schiller-Theater Charlottenburg.
 Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Egmont.
 Trauerspiel in 5 Aufz. u. Goethe.
 Sonntag, abends 8 Uhr:
Der Himmel auf Erden.
 Schwan in 3 Akten von Julius Dorst.
 Ende 10 Uhr.
 Montag, abends 8 Uhr:
Husarenfeber.
 Dienstag, abends 8 Uhr:
Die Nacht der Finsternis.

Lese- und Diskutier-Klub „Süd-Ost“.
 Sonntag, den 22. Januar, im gr. Saale des Gewerkschaftshauses,
 Engelstr. 15:
20. Stiftungsfest.
 □ Konzert - Festrede (Reichstagsabgeordneter
 Gen. Fritz Zubell). □
 Musik: Berliner Sinfonie-Orchester (Dirigent Herr Kapell-
 meister Maximilian Fischer). — Aufführung des Berliner ULK-TRIO,
 des Mstr. Ernest (Kaufmann), Tho Pehis (Organische
 Kompositionen).
 Eröffnung 4 Uhr. — Anfang 5 Uhr. — Eintrittskarte 40 Pf.
 — Nachdem: **TANZ.** —
 Herren, welche daran teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.
 Billetts sind bei Horsch, Engelstr. 15 (im Hagenladen), zu haben.

„CLOU“
BERLINER KONZERTHAUS
 Maustr. 82. Zimmerstr. 90-91
!!! Heute!!!
 1/2-3 Uhr: Konzert - Matinee. Eintritt
 frei.
 Außerdem: **2 Konzerte.**
 Anfang 1/2, 4 Uhr.
Ab 7 Uhr: Gastspiel
der Diavoli rossi di Pianella.

Castan's Panoptikum Friedrich-
 straße 165
**Große Sehens-
 würdigkeit: Das lebende Gemälde.**
 — Große Feerie: Im Märchenlande. —
Konzert- und Künstler-Vorstellung.

Sport-Palast
 Entree 1 M. Potsdamer Straße 70-72a Entree 1 M.
Größter Eispalast der Welt
Feerie: „Am Nordpol“. 200 Eislauf-
 künstler.
 — Außergewöhnliche Lichteffekte. — 2 Künstlerkapellen. —
 Restaurant für 6000 Personen.
 Unterricht im Eislauf. Täglich von 11-1 Uhr vormittags: **KONZERT.**
 Jeden Sonntag 4 Uhr: **Nachmittags-Vorstellung.**

Süd-Eisbahn
 Urbanstraße 166/167,
 vis-a-vis der Franzer-Kaserno
ist eröffnet.

Brauerei Friedrichshain.
 Am Königstor. Größte Sehenswürdigkeit Berlins.
Heute: Sonntag auf der Alm!
Größter Bock-Jubel u.
„Trubel.“
 Der berühmteste Festort
Schorsch Schrengruber
 mit seiner Truppe (60 Personen) aus München.
 Heute: Gratisvorlesung v. 100 Wertgegenständen.
 Anfang 4 Uhr. Entr. 50 Pf.

Prachtsäle des Nordens.
 Inhaber: Carl Hampel.
 Gerichtstr. 31. Amt Mb. 7280. Am Nettelbeckplatz.
 Empfehle den verehrlichen Vereinen und Gesellschaften meine neu er-
 bauten Partysäle mit und ohne Theaterbühne (200-400 Personen fassend)
 für Hochzeiten, Vergnügungen und Versammlungen.
 im Restaurant **Künstler-Konzert.**
Täglich bis 3 Uhr nachts
 Jeden Sonntag, Mittwoch und Sonnabend: **Tanzkränzchen.**

Excelsior-Lichtspielhaus
Rixdorf, Bergstr. 151/152. (Passage.)
Wie stets, allen voran:
 Der Verzweiflungskampf der Anarchisten in Houndsditch.
 Dazu:
Das dieswöchentliche Sensations-Programm.
 Anfang: Sonntags 3 nachm., wochentags abds. 6 Uhr. Entr. 30 Pf.

Verein für Frauen u. Mädchen der Arbeiterklasse.

Mittwoch, den 18. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Englischen Garten,
 Alexanderstraße 37 c:
 Vortrag des **Herm. Müller: „Frauenarbeit einst und jetzt.“**
 Gäste willkommen. 55/2
Der Vorstand.

Zirkus A. Schumann.
 Sonntag, den 15. Januar 1911
2 Vorstellungen 2
 Nachm. 3 1/2 Uhr, abds. 7 1/2 Uhr.
 Nachm. hat jeder Besucher 1 Kind
 frei unter 10 Jahren auf allen
 Sitzplätzen, jedes weitere Kind
 halben Preis.
 In beiden Vorstellungen:
Der große Coup
 der
Schmuggler
 Romant. Ausstattungspanantomime
 Vorder das reichhalt. Programm.
Briff-Bruff-Bruff.
Arkant-Truppe (4 Pers.)
 Reiterjam. Clark, R. Pear-
 son u. Antonet & Grock
 sowie die übrigen Attraktionen.

Folies Caprice.
 Täglich 8 1/2 Uhr:
Die abgetreulene Frau.
 Neuer unter Teil.
Feldweibelhügel.

**U.T. 5
 UNION-THEATER**
 Anfang
 Sonntag
 3 Uhr
 Wochentags
 Anfang 5 Uhr.

Casino-Theater
 Lothninger Straße 37. Täglich 8 Uhr:
 Das Original Berliner Volksstück
Julie Wipphen.
 Ueberlinder Humor! Ueberlinder Lyrik!
 Im Stille der ehem. Berliner-Bühne.
 Vorher erklaffiger dauter Teil.
 Sonntag 3 1/2 Uhr: **Das und Liebe.**

**Herrfeld
 Theater**
 Anf. 8 Uhr. Vorverkauf 11-2 Uhr.
Zwei Schläger:
Eine verlorene Nacht.
Er, Sie und Er
 mit Anton und Donat Herrfeld in
 den Hauptrollen.

Walhalla-Theater.
 (Rosenth. Tor.) Weinbergstr. 20.
 Anfang 8 1/2 Uhr:
Januar - Allerneuestes
 in
Bravo! Da Capo!
 Eine Weltweit-Revue in
 5 Bildern mit vielen neuen
 Einlagen, Capriols und
 Attraktionen.
 Sonntags nachm. 3 1/2 Uhr:
Unsere Don Juans.
 Poffe mit Erfolg u. Tanz-
 steine Preise.

Veigt-Theater
 Gendarmen, Badstraße 58.
 Sonntag, nachmittags 3 Uhr:
Die Schuld der Mutter.
 Abends 7 Uhr:
Der Stabstrompeter.
 Billetvorverkauf von 10 Uhr vor-
 mittags ab an der Theaterkasse.

Zirkus Busch
 Sonntag, d. 15. Januar 1911.
**Große
 2 Gala-Vorstellungen 2**
 Nachmittags 3 1/2 Uhr und
 abends 7 1/2 Uhr.
 Nachmittags 3 1/2 Uhr hat jeder
 Erwachsene ein angehöriges
 Kind unter zehn Jahren
 auf allen Sitzplätzen frei.
 Um 3 1/2 Uhr 2 Akt:
Armin!
 (Die Hermannschlacht.)
 Der Aufmarsch d. röm. Legionen.
 In beiden Vorstellungen:
5 Cliftons! 5
 Herr Direktor Pierre Althoff
 u. Frau Direktor Adele Althoff,
 Freiheitsoffiziere.
 D. berühmte Kletterfamilie Frodiani.
Die Aeros!
 Vorführten und Reiter der best-
 bewährten Freiheits-, Schmal- und
 Springpferde. — Aufstiegen sämt-
 licher Clowns mit ihren neuesten
 Tischen und Spähen.
 Abends 7 1/2 Uhr zum 24. Male:
Armin!
 (Die Hermannschlacht.)

Königstadt-Kasino.
 Holzmärktstr. 72. Ede Alexanderstraße.
 Die neuen Januar-Spezialitäten.
 Ellen Teuert, Mld Kelly, Gebr. Kühn,
 Gustav Sonné, Sylvester, Les Lande,
 Sport-Mst. Franz Sobanski.
„Berliner Windbeutel.“
 Schwan mit Gesang in 1 Akt.
 Anfang 8 Uhr. Sonntag 6 1/2 Uhr.

**Bosporus
 am Moritzplatz.**
 Heute 8 Uhr:
**Das wunderbare
 Varieté-Programm.**
 Kasseneröffnung 4 Uhr.
 Nach Schluß der Vorstellung:
**Großer
 Bockbier-Jubel u. Trubel**
 Festzug, Tanz, Vergnügungspark
 2 Kapellen bis 2 Uhr nachts.

Karl Haverland-
 Anfang Theater. Kommandanten-
 präz. 7 1/2 U. Straße 77/79.
Januar Ein neukomisches
1911. Spezialitäten-Programm
 das Tagesgespräch im
 neuen Jahre.

Burgtheater-
 Festsäle und Kinematograph
 born. Grotarjan, Inhab.: Rud. Herz,
 Schönhauser Allee 129. Tel. 8. 9353
Lebende Photographien.
 Eintritt 30 u. 40 Pf. Kinder die Hälfte.
 Anf. 7 U. Sonnt. 4 U. Vorzugskarten,
 nur wochent. gültig. 25 Pf. auf allen
 Plätzen. Stets wechsel. Programm.

Theater Sanssouci
 Hochbahnstation Köpenicker Tor.
 7 Uhr:
Konzert der Theater-Kapelle.
 8 Uhr:
**Wie werde
 ich reich?**

Letztes Auftreten
Fédia de Féraud
 Preisgekrönte Schönheit.
Theater des Weddings
 Müllerstr. 182/183 — Sailerstr. 55.
 Täglich vor andeaufsteig. Hauje:
Abgründe
 Drama in zwei Akten von Urban Gad.
 Außerdem das neue großartige
 Programm.

Cheater „Groß-Berlin“.
 Sonntag, den 15. Januar 1911:
Gastspiel in Vellen.
 Anfang 8 Uhr, Kasseneröffnung 7 1/2 Uhr.
**Der Trompeter
 von Säckingen.**

Für den Inhalt der Inserate
 übernimmt die Redaktion dem
 Publikum gegenüber keinerlei
 Verantwortung.

Sonntag, den 15. Januar 1911:

Neue Welt

Das größte und amüsanteste
Bockbierfest Groß-Berlins

Im großen Festsaal und im neuen Lichtprunksaal
(7000 Personen fassend)

Arnold Scholz — Hasenheide

Täglich Anfang 7 Uhr. Sonntags 4 Uhr.
Sonntags 4 Kapellen. Entree 30 Pf. Sonntags 50 Pf.

× × × In den bayerischen Alpen. × × × Im herrlichen Berchtesgaden. × × × Großartige Alpendekoration. × × ×

Die romantische Vergnügungs-Alm im neuen Lichtprunksaal.

Die Drachenhöhle.

Der Hexengteg.

Der geheimnisvolle See. Gletschersturz.

Das Fensterin.

Rutschbahn.

Jeden Dienstag: Die Sensationsneuheit: **Haberfeldtreiben.** Neu für Groß-Berlin.

Baron Huckls Bauernkapelle. × × × d'Schreggen Tiroler Truppe. × × × Neue Welt-Orchester. × × × Echt bayrische Madl-Bedienung.

Voranzeige:

Donnerstag, den 19. Dezember 1911:

Voranzeige:

Prämierung des engsten tragbaren Humpelrocks.

Bei gleicher Weite entscheidet, wer im Wettlaufen von zirka 10 Metern als erste durchs Ziel geht.

Populäre Lieder-

Nachmittags. Sonntag, 15. Jan., 5 Uhr, ausnahmsweise im Klindworth-Scharwenka-Saal. Weitere Lieder, Gesänge zur Laute, Recitationen: Th. Leonhard, Ehepaar Vetter, G. Thümmler, Walden, Tilli Else Pleschel und ein bekannter Rezitator und Schauspieler. Karten 0,50 u. 1 M.

Lich Ausstellung für Schaufstellungen und Skulpturen
Berlin 14.-22. Jan. 1911
Ausstellung am Zoo
Gebiet von 12-1 Uhr
Eintritt 1 Mark, aus Extra-Lotter.



Volks-Theater

Rixdorf, Hermannstr. 20.
Sonntag, den 15. Januar: **Raffles.** Detektivromb. 4 Akt. von Albert Sadle. Montag, den 16. Januar: **Die Lüge zur Mittag.** Drama 1. 4 Akt. von W. D. Erler. Aufg.: Sonntag 7, Montag 8 1/2 Uhr.

Nißles Fest-Säle

Dennewitzstraße 13.
Jeden Donnerstag und Sonntag: **Großer Ball.**
C. Nisse.

Terrassen am Halensee (Luna-Park).

Heute und die folgenden Tage: **Bockbier-Saison.**
Zum Ausschank gelangt nur echtes Münchener Vollbräu.

Großer **Bock-Jubel u. Trubel**
3 bayrische Kapellen
Sänger — Schuhplattler.

Der neue Wintergarten ist mit Zentralheizung sowie Ventilation eingerichtet.
Anf.: Sonnt. 3 1/2 wochent. 7 1/2 Uhr.

Rixdorf, Hermannstraße, Ecke Zietenstr.:

Neues Theater

Erstklassige Lichtbildspiele.
Konkordia-Festsäle
64 Andrea-Str. 64.
Jeden Sonntag: **Gr. Militär-Streich-Konzert.**
Hoffmanns Sänger.
Direktor: Fr. Hamber.
Staffelentführung 5 Uhr.
Anfang 6 Uhr.
Son 5 Uhr ab:
Großer Ball.
Kvial! Jed. Donnerst.: **Hoffmanns Sänger.**
Direktor: Fr. Hamber.
Nach der Soliree:
Drei-Tanz.

Mila-Säle

Schönhauser Allee 130, Milastr. 3
Gr. Kavalier-Ball
bei **großem Orchester**
Jeden Dienstag, Donnerstag und Sonntag:
Anfang: 5 Uhr.
Wochentags 8 Uhr.
Carl Eisner.

:: Dritter Wahlkreis ::

Sonnabend, den 21. Januar 1911:

20. Stiftungs-Fest

in den Gesamträumen des Gewerkschaftshauses, Engelufer 15.

KONZERT

ausgeführt von Zivilberufsmusikern, unter Mitwirkung des Gesangsvereins **Liberté** (M. d. D. A.-S.) und des **Berliner Uk-Trio.**

GROSSER BALL

Herren, welche am Tanz teilnehmen, zahlen **50 Pf.** nach.

Anfang 8 1/2 Uhr. Billett 30 Pf. Reg. Beteiligung erwartet. Der Vorstand.

Arbeiter-Bildungsschule.

Sonntag, den 15. Januar 1911, in Freyers Festsälen, Koppenstraße 29:

Zur Feier des 20. Stiftungsfestes • Altdutsche Kunst in Wort und Lied •

unter Mitwirkung von Frau **Käthe Hyan** (Lieder im Volkston zur Laute und Gitarre) und erster Kräfte hiesiger Bühnen, unter Regie des Herrn **Max Jungk**, Regisseur am Berliner Theater (Rezitationen altd deutscher Dichtungen und Aufführungen Hans Sachscher Schwänke). Festvortrag: **Dr. Franz Diederich-Dresden**

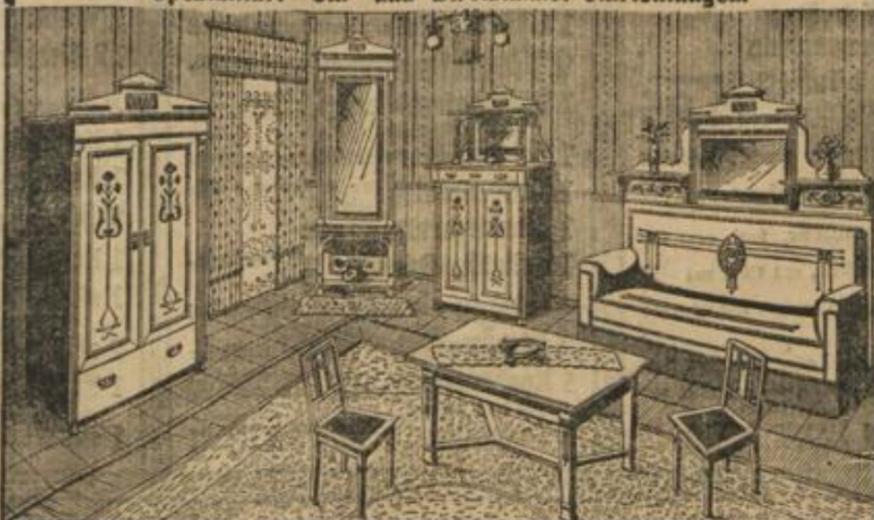
Später: **Tanz**

Eröffnung 6 Uhr. [6/4] **Beginn 7 Uhr.**
Billette im Vorverkauf **60 Pf.** sind zu haben in nachstehenden Zahlstellen: **Gottfried Schulz**, Admiralstr. 40a; **Roul**, Barnimstr. 42; **Vogel**, Lortzingstr. 37; **Kaczorowski**, Ravenstr. 6; **Horsch**, Engel-Ufer 15, und im Restaurant **Koppenstr. 28**; an der Kasse **70 Pf.**

Reinen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß ich das
Restaurant Bouché-Str. 20/21
Edle Größ-Str. in Treptow
übernommen habe.
Gustav Flötting.

Zweifelhäftiger Laden, bestehend
Kolonialwaren usw. m. anschließender
3 Zimmer-Wohnung zum April d. J. billig
zu vermieten **Hochstraße 48.**

Geöffnet 8-8 Uhr. **Sechs Etagen!** Sonntags 8-8 Uhr.
MOEBEL-BOEBEL
Berlin S. Moritzplatz 58. Kein Laden. Verkauf nur im Fabrikgebäude.
Spezialität: 8m- und Zweizimmer-Einrichtungen.



Moderne Wohnzimmer-Einrichtung 297 M.
Kleiderspind . 67 M. Trameau mit Stufe 39 M. Vertiko 62 M. Sofa 75 M.
1 Auszugstisch 30 M. 4 Stühle a 6 M. = 24 M. Umbau extra 50 M.
Eigene Werkstätten. 5 Jahre Garantie. Musterbuch F gratis.

Alhambra

Wallner-Theaterstraße 15.
Jeden **Großer Ball**
Sonntag:
Großes Orchester. Anfang Sonntag 5 Uhr. **A. Zamiatat.**



Berlin N. 20, Hochstraße 21/24.

Markgrafen-Säle

34. Markgrafen-Damm 34.
An der Straßener Allee.
Jeden Sonntag: **Großer Ball.**
Im Restaurant täglich musikalische Unterhaltung. Sorgfältige Küche, ff. Bier u. Weine, Billard u. Regebahn

Germania-Prachtsäle
N., Chausseestr. 110. Karl Richter.
Jeden Sonntag: **Paul Mantheys Lustige Sänger**
(Reiz wechselndes Programm) Anfang 6 1/2 Uhr. Eintritt 30 Pf. Nachdem: Familien-Kränzchen. Von 5 Uhr ab im weichen Saale: **Gr. Ball.** — Jeden Mittwoch: **Paul Mantheys Lustige Sänger u. Freitanz.** — Vorzugsarten gelten.

Achtung! Vereine!
„**Wärfischer Hof**“
Amt 4, 4594. Admiralstr. 18c.
Der große Saal einige Sonnabende im März frei geworden. Kleiner Saal (100 Personen) noch mehrere Sonnabende zu vergeben.
Jeden Sonntag: **Großer Ball.**

Achtung! Vereine.
Sonntag, den 29. Januar, 5. Februar: Großer Saal frei. „**Englischer Garten**“, Alexanderstraße 27c (Ostern frei).

20 Säle und Vereinszimmer
mit modernen Bühnen, in allen Größen sowie 8 neu renovierte Kegelbahnen an Wochentagen (auch einige Sonnabende und Sonntage) noch frei.
Sophien-Säle Pracht-Säle Alt-Berlin
C. 54, Sophienstr. 17-18 Blumenstr. 10
Tel. III 2759 Tel. VII 3095
Inhaber: **Paul Baatz.**

KIOSK - Kurprinz 3 Fürsten 4 Welt-Macht 5
Abu Sekkin 3 Bristol 4 Fleur de Kios 5 Pf.
Türk. Tabak- & Cigaretten-Fabrik „Kios“ o. E. Robert Böhme, Dresden.
Lieferant der französischen Tabak-Regie.

10 % **Inventur-Verkauf** 10 %
Nach beendeter Inventur kommen zu ganz bedeutend ermäßigten Preisen zum Verkauf:
Teppiche mit kleinen Farbenfehlern 26⁵⁰ 19⁷⁵ 12⁵⁰
Plüsch Tischdecken 11⁷⁵ 9⁵⁰ 6²⁵
Gardinen Restbestände 1-4 Fenster 6²⁵ 4⁷⁵ 1⁹⁵
Portieren, Plüsch und Tuch 9⁷⁵ 6²⁵ 2⁹⁵
Großer Posten
Felle u. Bettvorlagen 4⁷⁵ 3²⁵ 1⁹⁵
Möbelstoffreste } zu außer-
Läuferstoffreste } gewöhnlich
billigen Preisen
Während des Inventur-Verkaufs erhalten
„Vorwärts“-Leser
10% Rabatt
Teppichhaus Georg Lange
73/74, Chausseestraße 73/74.
10 %



W. WERTHEIM G.M.B.H.

POTSDAMERSTR. 10, 11, 13 LEIPZIGERSTR. 75/76 FRIEDRICHSTR. 110/112 PASSAGE-KAUFHAUS



SERIEN-WOCHE

95 Pfennig

- 1 Bluse** in Kimonoform aus gemustertem Baumwoll-Musselin o. Krawatte
- 1 Jupon** aus gestreiftem imitiertem Leinen mit gebranntem Volant
- 1 Kleiderrock** aus Cheviot, mit Stofftaschen und Knöpfen besetzt
- 1 Bluse** aus Baumwoll-Musselin, mit Falten-Vorderteil und Knöpfchen garniert
- 1 abgepaßte Bluse** 2 1/2 m Baumwoll-Flanell
- 1 Russenkittel** f. d. Alter von 1 bis 8 Jahren
- 1 Kupon (3 m) Hemdentuch**
- 1 Frackkorsett** mit 1 Paar Haltern
- 1 Wiederschürze**
- 3 Herren-Batisttücher**
- 12 Linontaschentücher** für Kinder
- 1 Stickerei-Untertaille**
- 1 bunte Tischdecke**
- 1 Kopfkissen** mit Einsatz
- 1 Wachstum-Garnitur** für die Küche, fünfteilig ca. 60/100 cm groß
- 1 imit. Perser-Vorleger**
- 1 Erbstüll-Garnitur** 1 Läufer, 1 große und 2 kleine Decken
- 6 Korsettschoner**
- 1 Damen-Hemd hose** mechan. gestrickt
- 1 Liberty-Gobelin-Kissenplatte**
- 1 Kupon (6 m) Cluny-Spitze** ca. 10 cm breit
- 3 Paar Damenstrümpfe** Baumwolle
- 2 Paar Herrensocken** reine Wolle, gestrickt
- 3 Paar Vigogne-Schweißsocken**
- 3 Paar Handschuhe** Tricot od. gestrickt
- 1 Paar Glacé-Handschuhe** für Damen
- 1 Paar Hosenträger** Prima-Gummi
- 3 Herrenkragen** vierfach m. Leinendecke
- 4 Krawatten** offene Binder
- 1 Herren-Mütze** in englischem Geschmack, großer moderner Form
- 1 Prinz-Heinrich-Mütze** für Kasbe, mit Lack- oder Tuchschirm
- 1 Kinderschirm**
- 1 Paar Strumpfhalter** für Damen, Seide, mit Gurt
- 1 Decke** vorgezeichnet, 60/90 cm groß, mit Hoblaum und Spitze
- 2 Schoner** vorgezeichnet, mit Hoblaum und Spitze garniert
- 1 Paar Melton-Pantoffel** mit Samteinfassung
- 1 Postkartenalbum** für 500 Karten
- 1 Portemonnaie** für Damen, aus imitiertem Elfenbein
- 1 Markttasche** mit Lederdecken
- 1 Handtasche** für Damen
- 12 Stück Blumenseife** m. verschieden. Gerüchen
- 1 Kammgarnitur** 4 teilig
- 1 Ballfächer** mit Federn, Majorel oder Filz
- 1 Damengürtel** mit Gold-, Samt- oder Seidenband
- 1 Butter- u. Käsebesteck** mit Perlmutterbett
- 1 Eiermenage** vernickelt
- 1 Küchenlampe** mit dekoriertem Basins
- 1 Emaille-Konsole** für Sand, Seife und Soda
- 1 Waschgarnitur** 2 teilig, creme
- 1 Satz Salatieren** 4 teilig, imitiertes Steinschiff

Nur Potsdamer u. Leipziger Straße:
1 Knabenhose für das Alter von 3 bis 9 Jahren

1 Mark 95

- 1 Jupon** aus gestreiftem Halbleinen in sehr aparten Ausführungen
- 1 Blusenhemd** aus vorzügl. Satin-Barchent, mit Satin- und Krawatte
- 1 Matinee** in Geishaform aus gemustertem Baumwollmusselin mit Satinbesatz
- 1 Kleiderrock** aus gemustertem Stoff, mit Stoffblenden und Knöpfen
- 1 halbfertige Bluse** Wollbatist, mit Schweiz. Seidenstick.
- 1 Velours-Hänger** für das Alter von 1 bis 4 Jahren
- 1 Velours-Kinderkleid** für das Alter von 1 bis 4 Jahren
- 1 Fassonhemd** mit reicher Stickerei
- 1 Frackkorsett** aus grauem Prima-Drell
- 6 Stuben-Drellhandtücher**
- 12 Taschentücher** aus Leinen-Batist
- 1 imitierter Perser-Vorleger**
- 1 Erbstüll-Halbstore** mit Volant
- 1 Gobelin-Kissen** mit Plüsch- und Treppenbesatz
- 1 imit. ägyptischer Schal** mit Silber-Effekten
- 3 Paar Strümpfe** für Damen, reine Wolle
- 1 Paar Wildleder-Handschuhe** für Herren
- 1 Paar Herren-Glacéhandschuhe** mit eingesteppten Daumen
- 3 Serviteurs** Leinen, glatt
- 3 farb. Garnituren** Serviteur und Manschetten
- 1 Oberhemd** für Herren, farb.
- 1 Lodenhut** wetterfest
- 1 Herrenmütze** für Sport und Reise, moderne Dessins
- 1 Regenschirm** für Damen oder Herren, Oloria
- 1 Küchentisch-Decke** fertig gestickt, mit reicher Garnierung
- 1 Küchen-Handtuch** fertig gestickt, reich garniert
- 1 Kissen** aus Russisch-Leinen, mit Rückwand, angefangen mit Material
- 1 Paar Kinderstiefel** Größe 18 bis 22
- 1 Paar Leder-Hausschuhe** m. kleinem Absatz
- 1 Paar Leder-Reiseschuhe**
- 2 elegante Lichtschirme** mit Metallhalter
- 1 Reise-Stulpenkarton** mit Riemen
- 1 Kolumbustasche** aus Stoff oder Wachstuch
- 1 Blitzlampe**
- 1 Fl. Eau de Cologne Impériale**
- 1 Kollier** moderne Fassung, mit Similitsteinen
- 1 Paar Manschettenknöpfe** aus echt Silber
- 1 Ballfächer** mit Beingestell
- 1 Ratsleuchter** aus Schmiedeeisen mit starker Kerze
- 1 Obstschale** versilbert, mit Glas-Einsatz
- 6 Alpaka-Kaffeelöffel** im Etui
- 6 EB Bestecke** mit schwarzem oder vernickeltem Griff
- 6 Obstmesser** im Etui
- 1 Fleischhackmaschine**
- 2 Teegläser, 1 Tablett,** zusammen **1.95**
- 1 Zuckerschale**
- 1 Wassereimer** mit Deckel, dekoriert
- 1 Kaffeeservice** 5 teilig
- 6 Teller** mit Rosendekor, flach oder tief
- 12 Teller** Festonform, mit Goldrand
- 6 Tassen u. Untertassen** mit Kobald-Rand

Nur Potsdamer u. Leipziger Straße:
1 Knabenbluse Wolle, für das Alter von 3 bis 9 Jahren
1 Knabenhose Kammgarn, gefüttert, für das Alter von 3 bis 9 Jahren

2 Mark 95

- 1 Paletot** aus englisch gemust. Stoff, zweifach, mit Samtbesatz
- 1 Kleiderrock** a. gestreift. Phantasiestoff, m. Stoffblenden und Fächerfalten
- 1 Jupon** aus Alpaka oder gestreiftem Juponstoff, mit hohem Volant u. türkischem Besatz
- 1 Morgenrock** bedruckt, Baumwoll-Musselin, m. Umlegekrag, u. Satinblend.
- 1 Backfisch-Bluse** in Kimonoform
- 1 Backfisch-Paletot** aus grau gemustert. Stoffen
- 1 Backfisch-Rock** aus englisch gemustertem Stoff
- 1 Kupon (10 m) Hemdentuch** halbbare Qualität
- 12 reinleinen Taschentücher**
- 1 Stickerei-Unterrock**
- 1 Wäsche-Garnitur** Hemd und Beinkleid, mit reicher Stickerei
- 1 Kaffeegedeck** mit 6 Servietten
- 1 Tapestry-Vorleger**
- 1 englischer Tüll-Store**
- 1 englische Tüll-Bettdecke**
- 1 Erbstüll-Band-Bettdecke**
- 1 Salonkissen** mit gebrannt. Seidenfrisur
- 1 Orient-Teppich** als Vorleger und Tischdecke verwendbar
- 1 Japon-Schal** mit breiter à-jour-Bordüre und Hoblaum
- 1 Regenschirm** für Damen oder Herren, solide Qualität
- 1 Damenschirm** mit Chiné-Bordüre
- 1 Herrenhut** moderne weiche Formen und Farben
- 1 Panama-Hut** einschließlich Leder u. Band
- 1 Besenhandtuch** fertig gestickt, mit reicher Garnierung
- 1 Kongreß-Decke** oder -Läufer mit reich. Durchbrucharb.
- 1 Leinen-Decke** oder -Läufer fertig gestickt
- 1 Paar Filz-Schnallenstiefel** mit Filz- oder Ledersohle und Friesfutter
- 1 Paar Kinderstiefel** aus Prima-Chevreau oder Boncell, Gr. 21/24
- 1 Paar Salonschuhe** für Damen, mit hohem oder engl. Absatz
- 1 Papierkorb** aus imitiertem Leder
- 1 Zeitungsmappe** aus imitiertem Leder
- 1 Rasierapparat** mit 6 Klingen, Marke A. B. H.
- 1 Rasierspiegel** doppelseitig, mit Vergrößerungsglas
- 1 Straußenfeder-Fächer** auf echtem Schildpatt, weid
- 1 moderne Samttasche** mit Goldbägel
- 1 Alpaka-Börse**
- 1 Rauchständer** aus Schmiedeeisen
- 1 japan. Handschuhkasten** mit Schloß
- 1 Landschaftsbild** apart gerahmt, 65/90 cm groß
- 1 Aluminium-Milchkocher**
- 1 Likörservice** mit vernickeltem Tablett
- 1 Tischlampe** mit Messingfuß, 14 cm
- 1 Wäschetrockner** mit 8 Säßen, 1 Wäscheleine und 1 Schock Klammern
- 1 Butterkühler** vernickelt, m. Glaseinsatz
- 1 Kaffeeservice** für 6 Personen, fein dekoriert
- 1 Waschgarnitur** 5 teilig
- 1 Toiletten-Garnitur** 3 teil., Steinschiff-Imitation

Nur Potsdamer u. Leipziger Straße:
1 Pelz-Garnitur für Kinder
1 Knabenanzug Matrosenform, mit Ärmelstickerei, für das Alter von 3 bis 9 Jahren
1 Knabenhose aus Kammgarn, gefüttert, für das Alter v. 10 bis 14 Jahren

3 Mark 95

- 1 Matinee** aus reinwolletem Velours mit türkischem Besatz
- 1 Bluse** aus reinwolletem Cheviot, mit Tüllpassé, Satin u. Goldknöpfchen garniert, gefüt.
- 1 Paletot** aus dickem gemustertem Phantasiestoff mit Samtkragen
- 1 Morgenrock** aus gemustertem Baumwollmusselin, mit Schulterkragen und Entredeux
- 1 halbf. Batistrobe**
- 1 abgepasste Seidenbluse** 4 Meter
- 1 Kinderkleid** aus Baumwollmusselin, für das Alter von 1 bis 4 Jahren
- 1 Wäsche-Garnitur** Hemd und Beinkleid, mit reicher Stickerei und Seidenband
- 1 Directoire-Korsett** champagnerfarben, mit 1 Paar Haltern
- 12 Herren-Batisttaschentücher**
- 1 Bettbezug** mit 2 Kopfkissen, aus Linon
- 1 Velours-Vorleger**
- 1 Erbstüll-Bandstore**
- 1 Erbstüll-Halbstore** mit Volant und reicher Bandgarnierung
- 1 engl. Tüll-Bettdecke** besserer Ausführung
- 1 Madras-Store**
- 1 Liberty-Kissen** aus Prima-Japon-Seide mit best. Daunenfüllung
- 1 Liberty-Brokat-Handtasche**
- 1 Straußenfeder-Stola** vierseitig, ca. 220 cm lang
- 1 Japon Schal** mit Franzen und Hoblaum, ca. 60 cm breit, ca. 220 cm lang
- 1 Paar reinseid. Damenstrümpfe** Tramaseide
- 1 Hemdhose** für Damen, Schweizer Fabrikat, mit Hälkpassé
- 1 steifer Haarfilzhut** letzte Form
- 1 weicher Haarfilzhut** farbig
- 1 reinseidner Schirm** für Damen oder Herren
- 1 Paar Lack-Salonschuhe** mit hohem oder englischen Absätzen
- 1 Paar Atlas-Salonschuhe**
- 1 Paar Kinderstiefel** aus Pa.-Chevreau, Größe 25 bis 27
- 1 Blusen koffer** mit Lederdecken, 55 cm lang
- 1 Reisehandtasche** 36 cm lang
- 1 Kamm-Garnitur** 1 Spiegel, 4 Kämme
- 1 Nagelpflege-Etui** 10 teilig
- 1 Barometer** rund, mit gutem Werk
- 1 Perlen-Kollier**
- 1 französisch. Goldgürtel** mit gutem Schloß
- 6 Teegläser** mit vernickeltem Halter einschließlich Tablett
- 1 Salatschüssel u. 1 Salatbesteck**
- 1 Küchenservice** 6 Variationen, 2 Flaschen, 6 Gewürzschälchen 2 Messen, 6 Töpfe
- 1 Kaffeeservice** 9 teilig, fein dekoriert
- 1 Waschgarnitur** 5 teilig
- 12 Bierbecher** mit Strahlenschiff

Nur Potsdamer u. Leipziger Straße:
1 Knaben-Joppe gefüttert, für das Alter von 3 bis 14 Jahren
1 Knaben-Cape aus grauem Loden, 75 bis 105 cm lang
1 Herren-Frackweste
1 Herren-Phantasie-Weste
1 silb. Butter- und Käsebesteck 800/000 gestempelt
2 silberne Fleischgabeln 800/000 gestempelt
1 Paar silb. Manschettenknöpfe mit echten Strichen, 800/000 gestempelt
1 silberne Damenuhrkette 800/000 gestempelt

Außer den hier angeführten Gegenständen bringen wir noch eine große Anzahl von andern höchst preiswerten Artikeln zu unsern vier Serienpreisen zum Verkauf

Wirtschaftlicher Wochenbericht.

Berlin, 14. Januar 1911.

Wirtschaftliche Ausblicke. — Kursbewegung. — Steigerung der Rohstoffenerzeugung. — Ungünstige Wirkung der hohen Zölle. — Anfuhrzunahme, Inlandsverbrauch. — Benachteiligung der Verarbeitungsindustrie und der Arbeiterklasse.

Die dem Bergwerke im allgemeinen sehr günstige Stimmung hat natürlich auch den Beschäftigungsgrad günstig beeinflusst. Man würde jedoch fehlgehen, wenn man aus der relativ bedeutenden Beschäftigung auf eine entsprechende Konjunkturverbesserung schließt. Im Holzgewerbe ist die Arbeitslosigkeit außerordentlich groß und für die eigentlichen Bauarbeiter wird sich die jegige bessere Beschäftigung durch größeren Mangel an Arbeitsgelegenheit im Frühjahr bemerkbar machen, wenn auch im allgemeinen Ausblicken auf eine wesentlich umfangreichere Beschäftigung, als die letzten Jahre brachten, gerechnet werden kann. Die Hausstimmungen, die lange Zeit die Börse beherrschten, sind übrigens auch stark geschwunden. Das kann man am besten an der Bewegung der Kurse für Industrieaktien konstatieren. Gewiß, man kann sagen, die Spekulation heimste die Gewinne aus der besseren Konjunktur vorweg und sehr reichlich ein. Das ändert nichts an der Tatsache, daß der Optimismus über die tatsächlichen Verhältnisse hinausgetrieben hat und das jegige Niveau vielleicht auch noch von allzu rosigem Voraussetzungen getragen wird. Wie sich die Bewertungen verändert haben, veranschaulicht die folgende Tabelle, welche die Notierungen am 31. Dezember der beiden letzten Jahre und zwar für die Hälfte der an der Berliner Börse gehandelten Papiere im Gesamtwert von 11 1/2 Milliarden Mark umfaßt.

	Kursstand 1910	1909
Bergbau, Hütten und Salinen	201,15	212,77
Steine und Erden	198,33	194,90
Metalle und Maschinen	198,79	200,17
Chemische Industrie	360,06	349,31
Textilgewerbe	159,51	164,94
Papier	128,86	124,52
Leder	137,55	132,51
Holz- und Schnitzstoffe	234,61	251,31
Nahrungs- und Genussmittel	187,56	177,94
Baugewerbe	130,41	144,56
Banaktien, deutsche	166,44	168,91
Banaktien, ausländische	180,85	170,83
Versicherungswesen	568,72	492,44
Verkehrsgewerbe	115,19	120,19
Sonstige Gewerbe	147,02	150,98
	162,55	164,03

Der Gesamtdurchschnitt zeigt keinen wesentlich großen Unterschied. Den Ausgleich für die teilweise starken Rückgänge hat das Versicherungswesen mit einer erheblichen Kurssteigerung gebracht. Gerade in den Gruppen der Warenproduktion sind die Kursrückgänge erheblich. Das gilt besonders von der Montanindustrie. Auch das Textil- und Papiergewerbe wird heute weniger günstig beurteilt als vor einem Jahre. Das gleiche gilt von der Industrie der Holz- und Schnitzstoffe und für das Baugewerbe. Die ausländischen Banken erfreuen sich einer wesentlich günstigeren Beurteilung, dagegen hat das deutsche Verkehrsgewerbe an Vertrauen bei den Spekulantem verloren. Von der chemischen Industrie, die im Rate der Scharfmacher und Antisozialpolitik eine gewichtige Stimme hat, erwartete man eine noch weitere Steigerung der

Gewinnresultate, der Durchschnittskurs sprang um über 20 Prozent hinauf. Auch dem Bergwerke und der Industrie der Rohstoffenerzeugung stellt die Börse die Prognose besserer Konjunktur. Ob sich alle Erwartungen erfüllen, bleibt noch abzuwarten. Optimistische Reaktionen könnten in der unerwartet und überraschend großen Produktion der Hochofenwerke eine Stütze finden. Solche Stütze ist trügerisch. Man darf nicht vergessen, daß sich die Wertmache für die Beurteilung der Konjunktur stark verändert haben. Die Produktionsweise der Kohlen- und Eisenindustrie haben andere Bedeutung erlangt. Sie sind weniger als früher ein Barometer des allgemeinen Beschäftigungsgrades. Die neuen Handelsverträge haben erhebliche Qualitätsveränderung verursacht. Nicht zu unserem Vorteil. Nach den Argumenten der Schutzöllner aus der Eisenindustrie mühten wir uns einer Hochkonjunktur nie erlebten Glanzes erfreuen. Vor fast 30 Jahren wurde mangelnde Beschäftigung der Hochöfen als Zeichen des industriellen Verfalls, als Wahrzeichen des Ruins abisiert, im vergangenen Jahre hat die deutsche Hoheisenindustrie einen Rekord aufgestellt. Es wurden produziert in 1000 Tonnen:

1899	1899	1903	1906	1907	1908	1909	1910
4525	8143	10 018	12 293	12 875	11 805	12 918	14 793

Die Produktionsmenge des letzten Jahres ist sonach um 1 875 000 Tonnen oder um fast 15 Proz. größer, als die vordem größte Erzeugung, die des Vorjahres, während die Steigerung gegenüber dem Jahre 1899 gar 6 650 000 Tonnen gleich 82 Proz. ausmacht. Die Produktion des Hochkonjunkturjahres 1906 ist um rund 2 1/2 Millionen Tonnen überholt worden. Und doch kann niemand sagen, das Jahr 1910 sei ein Jahr auch nur allgemein guter Verhältnisse gewesen. Im Gegenteil: die wirtschaftliche Lage der Arbeiter und auch die der verarbeitenden Industrien stand in einem schroffen Widerspruch zu der enormen Erzeugung der Hochofenwerke. Wie erklärt sich das? Mit der Produktionszunahme ist auch die Ausfuhr von Roheisen und von halb fertigen Erzeugnissen gestiegen; die inländische Weiterverarbeitung, der deutsche Arbeitsmarkt hatte nur einen beschränkten Vorteil von der Mehrerzeugung. Daß auch die Maschinenindustrie die Ausfuhr steigern konnte, ist an sich natürlich erfreulich, denn in dem Export gleichwertiger Artikel wird das in größerem Ausmaß an den Weltmarkt abgegeben, worin wir in Wirklichkeit einen Ueberfluß haben: menschliche Arbeitskraft, die in den Fertigerzeugnissen vergegenständlicht zur Ausfuhr gelangt. In den Rohmaterialien und halb fertigen Eisen- und Stahlwaren führen wir dem Weltmarkt vorwiegend reine Materialwerte zu, entziehen dem Inlande die dringend notwendige Arbeit und zwingen damit beschäftigungslos bleibende Arbeiter, abzuwandern. Die Ausfuhrsteigerung an Maschinen usw. im letzten Jahre spiegelt aber weniger einen Aufschwung der Fertigerzeugung auf Kosten der Ausfuhr von Rohmaterialien, als vielmehr einen Notstand. Die Forcierung des Exportes machte sich notwendig, weil die Aufnahmefähigkeit des Inlandsmarktes versagte. Und sie versagte, konnte nicht genügend ersetzen, weil die Konsumkraft des deutschen Volkes unter der Belastung der Zoll- und Steuererhöhungen eine empfindliche Abschwächung erfahren hatte. Die Weiterverarbeitung und die Exportindustrie wurden dadurch doppelt geschädigt. Zu der verminderten Aufnahmefähigkeit des Inlandsmarktes trat als ebenfalls dauernd wirksame Hemmung die Erschwerung der Ausfuhr, indem einmal die Importländer ihre Eingangszölle auf fertige Industrieerzeugnisse aus Deutschland erhöhten, als Vergeltung für die ihnen erschwerte Ausfuhr landwirtschaftlicher Produkte nach Deutschland, und weiter die deutschen Stahlwerke ihre durch Schutzzölle gesicherte Monopolstellung im Inlande dazu benutzten, den deutschen Abnehmern hohe Preise aufzuzwingen und gleichzeitig den ausländischen Konkurrenten der inländischen Fabrikanten weiter verarbeiteter Erzeugnisse zu erheb-

lich niedrigeren Preisen das Rohmaterial zu liefern. So hatte die deutsche Verarbeitungsindustrie, dank der volkseindlichen Hochzollpolitik, mit doppelt widrigen Verhältnissen zu kämpfen. Und diese Verhältnisse bleiben wirksam, solange in die Zollpolitik der Agrarier und Rohmaterialienindustriellen nicht Bremsen gelegt wird. Die hohe Produktionsziffer der Hoheisenindustrie könnte Ansichten über die Wirtschaftslage erwecken, die durchaus falsch sind. Bei zutreffenderem Urteil als jenes, zu welchem die erzielten Erzeugungsmengen verführen können, verlangt die Ausfuhr mit zu berücksichtigen. Da für das letzte Jahr erst die Außenhandelsnachweise für die Zeit Januar/November vorliegen, stellen wir nachfolgend, um Vergleichswerte geben zu können, die Ein- und Ausfuhrmengen für die ersten 11 Monate der Jahre mit den Produktionsmengen der Jahre zusammen. Hier das so gewonnene Resultat:

	1909	1910
	in Tonnen	
Roheisenenerzeugung	12 917 953	14 793 325
Einfuhr von Eisen und Eisenlegierungen	418 860	510 827
Zusammen	13 336 813	15 304 152
Ausfuhr von Eisen und Eisenlegierungen	8 617 126	4 304 341
Inlandsverbrauch	9 719 687	10 999 811
Ausfuhr fertiger Erzeugnisse	487 130	576 508
20 Prozent Materialverlust	97 426	115 301
Zusammen	584 556	691 807
Einfuhr fertiger Erzeugnisse	74 261	73 533
Ausfuhrüberschuß	510 295	618 274
Inlandsverbrauch nach Abzug des Ausfuhrüberschusses	9 209 092	10 290 837

Das Mehr der Erzeugung ist ganz erheblich zusammengedrückt. Auch ist die Aufstellung natürlich nicht ganz genau. Der Materialverlust bei dem ausgeführten Halbzeug ist nicht berücksichtigt, ferner sind nicht mit eingerechnet die nicht dem Gewicht sondern nur der Stückzahl nach statistisch erfaßten Waren. So stieg z. B. die Zahl der ausgeführten Wasserfahrzeuge von 523 auf 715 und zudem weicht man nicht, wie stark die Lagerbestände infolge der gesteigerten Erzeugung geworden sind. Die Produktionssteigerung erfolgte in der Hauptsache aus technischen Erwägungen; jeder Unternehmer wollte bei den Verhandlungen über die Neubildung eines Roheisen-Syndikats mit dem Hinweis auf seine Produktion hohe Beteiligungsanteile herauschlagen. Auf jeden Fall kennzeichnet die rapide Zunahme der Ausfuhr von Roheisen und Halbzeug eine keineswegs erfreuliche Entwicklung im industriellen Werdegang. Diese Entwicklung darf nicht weiter gefördert werden. Sie bedeutet eine schwere Benachteiligung der deutschen Verarbeitungsindustrie und der deutschen Arbeiterschaft.

Witterungsbericht vom 14. Januar 1911, morgens 8 Uhr:

Stationen	Barometrischer Luftdruck	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C.	Stationen	Barometrischer Luftdruck	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C.
Emmenide	766 B		1 wolflg	-3	Daxaranda	758 G		2 bedeckt	-16		
Dambray	768 B SB		3 Rebel	-3	Petersburg	756 RB		1 bedeckt	-9		
Berlin	767 SB		1 halb Bd.	-4	Setzky	770 R		4 bedeckt	5		
Frankfurt	769 RD		2 wolkenl.	-8	Beroseen	765 B SB		2 halb Bd.	3		
München	769 RD		4 bedeckt	-6	Wars	768 RD		3 wolkenl.	-5		
Wien	768 RB		3 bedeckt	-3							

Wetterprognose für Sonntag, den 15. Januar 1911.
Etwas kühler, veränderlich, vielach wolflg mit geringen Niederschlägen und ziemlich lebhaften südwestlichen Winden.

GEGRÜNDET 1867



Zentrale und Versand:
Jerusalemmer Str. 38-39

Friedrich-Straße 75
Potsdamer Straße 2
Tauentzien-Straße 19a
König-Straße 25-26
Schöneberg, Haupt-Str. 146
Rixdorf, Berg-Str. 25-26

Tauentzien-Straße 7b
Mark 12.50 Spezial-Verkauf

Februar 1911
Rosenthaler Straße 5

Reich illustrierter
Hauptkatalog gratis

Unser bevorstehender grosser
Inventur-Verkauf

wird in diesem Jahre in Bezug
auf Preiswürdigkeit u. Auswahl
unerreichte Vorteile
bieten. — Man beachte das
nächste Sonntags-Insert.

Beginn: Montag, 23. Januar

Der Verkauf findet nur
Jerusalemmer Strasse 38-39
am Dönhoff-Platz statt.

Sechster Wahlkreis!

Sonntag, den 15. Januar 1911, abends 6 1/2 Uhr, im „Moabiter Gesellschaftshaus“, Wicteffstr. 24:

Öffentliche politische Versammlung für Männer und Frauen.

Vortrag des Landtagsabgeordneten **Adolf Hoffmann:**

Der Jugend gehört die Zukunft.

Nach der Versammlung: Gemütliches Beisammensein. Tanz 30 Pf.

Der Einberufer: H. Umlauf, Alt-Moabit 16.

Sechster Wahlkreis.

Dienstag, den 17. Januar, abends 8 1/2 Uhr:

Öffentliche politische Versammlung im Swinemünder Gewerkschaftshaus, Swinemünder Str. 42.

Tagesordnung: 1. Volksstaat oder Beamtenstaat?

Referent: Reichstagsabgeordneter **Georg Ledebour.**

2. Diskussion.

Der Einberufer: Karl Matschke, Bismarckplatz 4.

Deutscher Bauarbeiter-Verband.

Zweigverein Berlin. Sektion der Putzer.

Mittwoch, den 18. Januar, abends 8 Uhr, in den bekannten Lokalen sämtlicher Berliner Bezirke sowie den Vororten:

Bezirks-Versammlungen.

Tages-Ordnung:

1. Beratung der Ortsstatuten-Vorlage. 2. Vorschläge zu den Kandidaten der örtlichen Verwaltung. 3. Verschiedenes. Um recht zahlreichen Besuch bitten Die Obleute. Die örtliche Verwaltung.

Deutscher Bauarbeiterverband

Zweigverein Königs-Wusterhausen.

Sonntag, den 15. Januar, nachmittags 2 Uhr, bei Oetting, Potsdamer Straße 53:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Bericht von der Gaukonferenz. 2. Jahresbericht. 3. Wahl der Hilfskassen. 4. Verschiedenes. Kollegen! Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung wird um möglichst zahlreiches Erscheinen ersucht. Der Kreisvereinsvorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Montag, den 16. Januar 1911:

Mitglieder-Versammlungen.

Tagesordnung:

1. Vortrag. 2. Bericht des Obmannes. 3. Wahl der Delegierten für die Generalversammlungen. 4. Verbandsangelegenheiten.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Versammlungslokale:

Tischler.

Süden: 5 Uhr im Märkischen Hof, Admiralsstraße 18a.
Südosten I: 5 Uhr in den Rannyn-Festfälen, Rannynstr. 6.
Südosten II: 5 Uhr in den Reichenberger Gassen, Reichenberger Straße 147.
Osten I: 5 1/2 Uhr bei Merkowitz, Andreadstr. 26.
Osten II: 5 1/2 Uhr bei Viefin, Remeler Str. 67.
Osten III: 5 1/2 Uhr in den Germania-Festfälen, Frankfurter Allee 53.
Östliche Vororte: abends 8 1/2 Uhr (gleich nach Feierabend) im Schwarzen Adler, Frankfurter Chaussee 5/6. Referent: Redakteur Kallier.
Nordosten: 5 1/2 Uhr bei Boerter, Weberstr. 17. Vortrag des Kollegen Sobl.
Norden: 5 1/2 Uhr bei Obiglio, Schwedter Straße 23. Referent: Redakteur Kallier.
Nordwesten: 6 Uhr bei Kaczarowitsch, Rappentstr. 6. Referent: Kollege Geruroth.
Weißensee: am Mittwoch, 6 1/2 Uhr im Prälaten, Ledderstr. 122.

Bautischler.

Bezirk 3 (Norden): 6 Uhr bei Wittke, Ropenhagener Straße 74.
Laden-, Kontor- und hiefern Möbel-Branche. pünktlich 6 Uhr im „Englischen Garten“, Alexanderstraße 27a. Vortrag des Kollegen Schacht.
Küchenmöbelbranche. pünktlich 6 Uhr abends im Englischen Garten, Alexanderstraße 27a. Vortrag des Kollegen John.

Die Versammlungen der übrigen Branchen und Bezirke finden am Montag, den 23. Januar, statt.

Die am Mittwoch, den 18. Januar, fällige Vertrauensmännerversammlung findet nicht statt.

77/13

Krankenunterstützungs- und Begräbnisverein gewerblicher Arbeiter in Berlin.

Sonntag, den 21. Januar 1911, abends 8 1/2 Uhr:

General-Versammlung im „Dresdener Garten“, Dresdener Straße 45.

Tagesordnung: 1. Rechnungslegung pro 1910. 2. Statutenänderung. 3. Jahresbericht. 4. Wahl der Mitglieder der Verwaltung. 5. Verschiedenes. Referent: Kollege Pape vom Hauptvorstand. Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder sowie Gäste sehr entgegen. Der Vorstand. H. H.: Friedr. Froude, Vorsitzender, S. 59, Bismarckstr. 30 II.

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser usw.

„Grundstein zur Einheit“ S. 8, 7.

Verwaltungsstelle Lichtenberg.

Dienstag, den 17. Januar, abends 7 1/2 Uhr,

bei Herrn Plöckenhagen, Schamwedertstraße 6:

Außerordentliche Generalversammlung.

Tagesordnung:

1. Jahresbericht. 2. Abrechnung vom 4. Quartal 1910. 3. Wahl für die ausstehenden Mitglieder aus der Verwaltung. 4. Verwaltungangelegenheiten. Hierzu laden ein. Die örtliche Verwaltung.

Bekanntmachung.

Nationale Kranken- und Sterbekasse der Dreifach-

kutscher u. verw. Berufsgen.

G. S. R. Nr. 75.

Für die Generalversammlung

genannter Kasse, welche am 31. Januar

d. J. stattfindet, ist zur Tagesordnung

der selben folgender Antrag einge-

gegangen:

§ 1 des Statuts erhält folgende

Fassung: Die Kasse führt fortan den

Namen: Nationale Kranken- und

Sterbekasse der Dreifach-Kraftwagen-

fahrer und verwandten Berufsgenossen.

Der Vorstand.

H. H.: W. Kadner. 186/3

Achtung!

Anarchistische Volksversammlung

am Montag, den 16. Januar 1911, abends 8 Uhr, in Feys Festfälen, Brunnenstraße 184.

Tages-Ordnung:

1. Das Ende des Moabiter „Kramall-Prozesses“ vor der

Richter-Kammer. Referent: Genosse Paul Wehrle.

2. Neue Kadigrade.

Zahlreiches Besuch erwartet. Der Einberufer.

Robert Güller, Anklamstr. 21.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 2. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Dienstag, den 17. Januar 1911, abends 8 1/2 Uhr,

im „Fischergarten“, Gasse 52/53: 210/1

Vortrag des Genossen Emanuel Wurm über: Volksernährung, Volksbesteuerung n. Volkseinkommen

Mitgliedsbuch legitimiert!

Um zahlreichen Besuch bitten Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein Charlottenburg.

Am Dienstag, den 17. Januar, abends 8 1/2 Uhr, findet

im großen Saale des Volkshauses, Kottbusstr. 3, die

General-Versammlung

des Wahlvereins statt. 250/4

Tages-Ordnung:

1. Jahresbericht und Reichmann'sche Sammlungspolitik von

Heidebrand bis Bremer. Referent: Reichstagsabgeordneter Genosse

Schöpfli. 2. Diskussion. 3. Abrechnung vom 4. Quartal 1910.

4. Verbandsangelegenheiten.

Mitgliedsbuch legitimiert!

Zahlreiches Erscheinen erwartet Der Vorstand.

Verband der Sattler u. Portefeullier

Ortsverwaltung Berlin.

Mittwoch, den 18. Januar, abends präzis 8 1/2 Uhr,

in den „Armin-Gassen“, Kommandantenstr. 58/59:

General-Versammlung

Tages-Ordnung:

1. Bericht und Abrechnung vom 4. Quartal 1910.

2. Vortrag des Genossen Dr. A. Conrady über: „Das Proletariat in der deutschen Revolution von 1848-49“.

3. Diskussion.

4. Aufnahmegelegenheit der Kollegen Rosenthal, Köhlig und Bechornow.

5. Verschiedenes.

Kollegen! In Anbetracht der wichtigen und interessanten Tages-

ordnung erwarten wir, daß die Kollegen recht zahlreich zu dieser

Versammlung erscheinen. Ferner bitten wir, recht pünktlich zu kommen, da

die Versammlung um 8 1/2 Uhr eröffnet wird.

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsbüro Berlin. Hauptbureau:

Post I. Amt 3, 1209. Charitéstraße 2. Post III. Amt 3, 1987.

Bezirks-Versammlung für Moabit

in der Kronen-Brauerei, Alt-Moabit 47/49.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Reichstags-abgeordneten Kollegen Karl Severing-

Mietfeld über: „Ausnahmegesetze statt Volkrechte.“

2. Neuwahl der Bezirksleitung.

Nicht alle Kollegen und Kolleginnen ist es, in dieser Versammlung

zu erscheinen. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Die Ortsverwaltung.

Zentralkrankenkasse der Tapezierer

(Filialen Berlin).

Freitag, den 20. Januar 1911, abends 8 1/2 Uhr:

Quartals-Versammlungen.

Filiale I: bei Reber, Oranienstraße 103.

Filiale II: bei Röber, Wilmersdorferstraße 14.

Filiale III: „Gewerkschaftshaus“, Engelauer 15, Saal 7.

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung vom 4. Quartal. 2. Verschiedenes.

Recht zahlreiche Beteiligung erwarten Die Ortsverwaltungen.

Deutscher Kürschner-Verband.

Filiale Berlin.

Bureau u. Arbeitsnachweis: NO. 49, Vatnikstr. 21. Tel.: Amt VII 6769

Mittwoch, den 18. Januar, präzis 8 Uhr,

in den Muster-Sälen, Kaiser-Wilhelm-Straße 18m:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung vom 4. Quartal 1910. 2. Jahresbericht der Orts-

verwaltung und Neuwahl derselben. 3. Die Arbeitslosenversicherung bei

2. Gärner. 4. Gewerkschaftliches und Verschiedenes.

Zahlreiches Besuch erwartet Die Ortsverwaltung.

Turnverein „Fichte“

Mitgl. des Arbeiter-Turner-Bundes.

Gegründet am 5. Aug. 1890. Geschäftsst.: Köpenick 34 II.

Dienstag, den 17. Januar, abends 8 Uhr: Eröffnung der 18. Männerabteilung

Mittwoch, den 18. Januar, abends 8 Uhr: Eröffnung der 18. Lehrlingsabteilung

in der 216. 222. Gemeindefschule, Rostocker Str. 32 (Moabit). Einschreibegeld für Männer 35 Pf., für Lehrlinge 30 Pf. Monatlicher Beitrag 75 „ „ 25 „ Im Beitrag ist die monatlich zweimal erscheinende „Arbeiter-Turnzeitung“ und das „Mitteilungsblatt“ des Vereins sowie die Unfallkasse mit inbegriffen. 226/5 Turnstunden der Männerabteilung: Dienstag und Freitag „ Lehrlingsabteilung: Mittwoch „ Sonnabend 8-10 Uhr abends. Ausnahme von Mitgliedern in der Turnhalle. Mitglieder, welche sich am Eröffnungabend anmelden, sind vom Einschreibegeld befreit.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin.

Schullokale: Grenadierstr. 37, Hof geradezu 1.

Lehrplan für das I. Quartal 1911.

Sonntag: Nationalökonomie. (Theorie und Praxis der Statistik.)

1. Begriff, Inhalt und Methode der Statistik. — Die Gesetzmäßigkeit gesellschaftlicher Massenerscheinungen. — 2. Die Technik des statistischen Verfahrens. — Zeit- und Kostenanschläge. Das Zählungsverfahren. Die Beobachtung bei Zählungen und ihre Fixierung. Die Zusammenstellung. Die Darstellung der Ergebnisse. — 3. Geschichte der deutschen staatlichen Statistik, im besonderen der deutschen amtlichen Arbeiterstatistik. — Statistische Aufgaben und Leistungen der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen. — 4. Vergleichende Darstellungen aus den deutschen Berufs- und Betriebszählungen von 1882, 1895 und 1907.

Vortragender: Max Grunwald.

Montag: Naturerkenntnis. (II. Teil)

Die Entstehung der Erde. Die Erdzeit. Die Entwicklung des Lebens und die Urzeugung. Darwin und der Darwinismus. Die Entstehung der Arten. Die Beweise für die Abstammungslehre. Die körperliche und geistige Entwicklung des Menschen.

Vortragender: Emanuel Wurm.

Dienstag: Rednerschule.

1. Die Bedeutung und Notwendigkeit der freien Rede. Die Grenzen der natürlichen Beredsamkeit. Die Redekunst. Die Rede nach Form und Inhalt. Dispositionslehre. — 2. Technische Hilfsmittel: Das Manuskript. Die Registratur. Die Nachschlage-Bibliothek. — 3. Das Vereins- und Versammlungs-wesen. Die Geschäftsordnung. — 4. Praktische Übungen im Reden und Diskutieren.

Vortragender: Max Grunwald.

Mittwoch: Einführung in den wissenschaftlichen Sozialismus. II. Teil. (Fortsetzung des im vorigen Quartal abgehaltenen Kurses.)

Die Forderungen des Sozialismus. Der Zusammenhang der sozialistischen Forderungen mit den sozialistischen Grundsätzen. — Stellung des Sozialismus zu den Verfassungsfragen (Wahlrecht, Gesetzgebung, Vereins- und Versammlungsrecht, Rechtspflege). — Vergleich zum Militarwesen (Militarismus und Volkswehr und stehendes Heer, Kolonialpolitik). — Sozialismus und Frauenfrage. — Erklärung der Religion zur Privatsache. — Sozialismus und Schule. — Sozialistische Steuerpolitik.

Der Inhalt des I. Teils vom vorigen Quartal wird in der ersten Stunde kurz wiederholt, so daß neue Hörer auch teilnehmen können.

Vortragender: Julian Borchardt.

Donnerstag: Geschichte. (Geschichte der deutschen Sozialdemokratie seit dem Auftreten Lassalles.)

1. Rückblick auf die 40er Jahre. Die Reaktionszeit und ihre ökonomische Fortschritte. Marx, Engels, Lassalle. — 2. Proletarische Regungen. Auftreten Lassalles. — Lassalle als Präsident des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins. — 4. Lassalleaner und Eisenacher. Die Internationale. Marx' "Kapital". — 5. Die deutsche Arbeiterbewegung zur Zeit des 70er Krieges und in den Gründerjahren. — 6. Die sozialistische Einigung und ihre Erfolge. — 7. Die Entstehungsgeschichte des Sozialistengesetzes. — 8. Die ersten Jahre des Ausnahme-gesetzes und die Anfänge der Sozialreform. — 9. Der Niedergang des Ausnahmegesetzes und der Sturz Bismarcks. Halle und Erfurt. — 10. Die letzten Jahrzehnte.

Vortragender: Dr. Alexander Conrady.

Freitag: Gewerkschaftswesen. (Geschichte und Theorie der Gewerkschaftsbewegung.)

Geschichtlicher Ueberblick. — Vorläufer gewerkschaftlicher Organisationen. — Zünfte und Zunftverfassung. — Gesellenverbände. — Die Arbeiterverbrüderung 1848/49. — Die ersten gewerkschaftlichen Organisationen in Deutschland. — Einfluß politischer Parteien auf die Gründung der Gewerkschaften. — Tabakarbeiter. Buchdrucker. Schneider. — Gewerkschaftskongresse. — Koalitions- und Vereinsrecht. — Koalitionsverbote früherer Zeit. — Aera Tessendorf. — Das Sozialistengesetz. — Puttkamersche Streikerliste 1887. — Die Zucht-hausvorlage. — Entwicklung der freien Gewerkschaften von 1890 bis 1910. — Unterstützungseinrichtungen. — Mitglieder. Finanzen. Streiks und Lohnbewegungen. — Zentralisationsbestrebungen. — Partei und Gewerkschaft. — Die gegnerischen Gewerkschaftsorganisationen. — Freie Vereinigung. — Hirsch-Dunckerianer. — Christliche Gewerkschaften. — Deutschnationale und Vaterländische. — Gelbe. — Die wichtigsten gewerkschaftlichen Strömungen des Auslandes. — Gewerkschaftsliteratur.

Vortragender: Emil Dittmer.

Sonabend: Gesetzeskunde. Bürgerliches Recht. (Die Dispositionen werden in der ersten Unterrichtsstunde bekanntgegeben.)

Vortragender: Dr. Oskar Cohn.

Sonabend: Fortschrittskursus. Geschichte. Karl Marx. Revolution und Konterrevolution in Deutschland (mit mündlichem und schriftlichem Gedankenaustausch).

Vortragender: Dr. Alexander Conrady.

Der Unterricht beginnt in Nationalökonomie am Sonntag, den 15. Januar; Naturerkenntnis: Montag, den 16. Januar; Rednerschule: Dienstag, den 17. Januar; Einführung in den wissenschaftlichen Sozialismus: Mittwoch, den 18. Januar; Geschichte: Donnerstag, den 19. Januar; Gewerkschaftswesen: Freitag, den 20. Januar; Gesetzeskunde: Sonnabend, den 21. Januar; Fortschrittskursus: Sonnabend, den 21. Januar. Der Fortschrittskursus findet im Gewerkschaftshaus, Zimmer 11, Hof rechts, part., statt.

Jeder Kursus erstreckt sich auf zehn Abende und beginnt pünktlich um 8^{1/2} Uhr und endet pünktlich um 10 Uhr. Der Sonntagkurs beginnt pünktlich um 10 Uhr und endet pünktlich um 11^{1/2} Uhr. Die reichhaltige Bibliothek ist an den Abenden von 7^{1/2}—8^{1/2} Uhr geöffnet. Der Mitgliedsbeitrag beträgt pro Monat 25 Pf.; das Unterrichtsgeld für jedes Fach pro Kursus 1 Mark und ist spätestens am zweiten Abend zu zahlen.

Die Aufnahme neuer Mitglieder und Schüler erfolgt bei Beginn jedes Kurses im Schullokale Grenadierstraße 37, Hof geradezu 1 Treppe, und in nachstehenden Zahlstellen: Gottfr. Schulz, Admiralstr. 40a; Reul, Barnimstr. 42; Vogel, Lortzingstr. 37; W. Kaczorowski, Ravenstr. 6; Horsch, Engelhufer 15.

Alle Zuschriften an den Vorsitzenden Hermann Lammé, Berlin-Rixdorf, Steinmetzstraße 51 III, Geldsendungen an den Kassierer H. Königs, Berlin S. 59, Hasenheide 59. Der Vorstand.

Kenner

kaufen nur

Hagenbruch's Kautabak

Hugo Carl Hagenbruch, Mülhausen i. Th.
Vertreter: Aug. Steiner, Berlin O. 27.
Hof VII, 6025, Wolfener-Teichstr. 40.

Die reellsten und billigsten

Möbel

und Polsterwaren auf Teilzahlung zu Kassenpreisen und Zinsvergütung erhält man in der seit 32 Jahren bestehenden Möbel-fabrik unter 10-jähriger Garantie

A. Schulz, Reichenberger Straße 5.

64L*

Verantwortlicher Redakteur: Richard Bartsch, Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Bloch, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Druckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Falls Sie es noch nicht wissen sollten:



Spezialität:
Kau-Tabak.

Jeder Rolle des echten Grimm & Triepel ist ein Zettel in Rotdruck beigelegt:

Fabrik von
Grimm & Triepel
in Nordhausen

Nordhäuser
Kau-Tabak.



Inventur - Monat Januar - Januar Räumungs-Verkauf

sämtlicher

Herren- und Knaben-Garderoben

zu ganz bedeutend herabgesetzten
überraschend billigen Preisen.

D. Perleberg

Chausseestr. 63, Ecke Liesenstr.

Wollen Sie gut u. billig rauchen?



So bestellen Sie sofort meine hier abgebildete beliebte
Havanillos
mit Javadecke.

Silberspitze und Nikotin-sammler. 500 Stück verschiedene gute Probe-zigarren versende für den billigen Preis von nur **7.00 M.** per Nachnahme. Billiger und besser kann niemand liefern.

P. Pokora.

Zigarrenfabrik,
Neustadt, Westpr. No. 232A.

Gegr. 1898. — Ca. 300 Arb.

Muster an Jedermann franko!

Seiden-Reste-Inventur-Verkauf, Montag 9 Uhr

Einlass-Karten zum grossen Seiden-Reste-Verkauf

(nur 6 Tage) werden diesmal vom Seiden-Haus Seiden-Herzog nicht verschickt, damit keine Bevorratung stattfindet und jede Dame ohne Unterschied die grossen Vorteile dieses nur einmal jährlich Seiden-Reste-Inventur-Verkaufs wahrnehmen kann. Von Tausenden Resten Knippen Abschneiden kostbarer Seiden und Samte kann sich jede Dame nach Wunsch für einen kleinen Betrag Seide zur Braut, zum Juron oder zum Kleide herausuchen Ferner von Resten zu Resten: Vornehme Seiden für Braut- und Hochzeits-Roben glatt und gemustert, 1.50, 2.00, 2.25 usw. — Effektvolle Seiden für Ball- und Gesellschafts-Roben 1.50, 2.25, 2.75 usw. — Aparte Blusen- und Japon-Seiden Streifen Karos, Chinos 1.50, 2.00, 2.50 usw. — Reinseidene schwarze Damaste Merveilleux 15, 20, 30 p. Robe. — 1 Posten Crêpe de Chine doppelt breit für elegante Gesellschafts-Roben 2.50, 1.50 usw. — 1 Posten wundervolle Eolhenes, doppelt breit, in allen Lichtfarben 2.85, 3.50 usw. — Viele hundert einzelne Hochzeits- u. Silberhochzeitsroben enorm billig. — Schwere Damast-Puttserseiden für Jackette u. Abendmäntel, jetzt 1.50, 1.75. 1 Posten wundervolle Samte für Blusen jetzt 1.25, 1.50 etc. — 1 Posten kostbare Seiden-Plüsch- und Velours du Nord, 80/120 cm breit für elegante Mäntel und Jackette, enorm billig, von 4.50 an. Mehrere tausend Meter Reste, eingeteilt in Serien à 1.25, 1.50 p. Meter, welche teilweise das Doppelte und Dreifache gekostet haben.

Seiden-Herzog, Berlin nur Leipziger Str. 79, am Dönhofsplatz 1 Treppe.

Der Inventur-Reste-Verkauf beginnt Montag 9 Uhr.

Morgen beginnend

Außergewöhnliche

Einkaufsvorteile

bietet mein diesjähriger

Inventur-Verkauf

Teppich-Spezialhaus

Emil

Lefèvre

Berlin S. Seit 1882 nur

Oranienstr. 158.

Räumungs-Extralist

(enorm billiger Angebote)
gratis und franko.

Nur einmal jährlich!

findet dieser Inventur-Verkauf bei mir statt.

Schneiderei
für elegante

Herren-Moden

Fertig und nach Mass. — Garantie für tadellose Sitze und beste Verarbeitung. Auf

Teilzahlung

Wochenrate von

1 Mk.

J. Kurzberg

Rosenthalerstr. 40

direkt am Hackeschen Markt, im Laden u. l. Etage.

+ Magerkeit +

schwindet durch Haufe's Nährpulver „Thalassa“. Preisgekrönt Berlin 1904. In 6 Wochen 24 Pfund ärztl. kontrollierte Zunahme. Gar. unerschd. Viele Anerk. Karton 2 M., bei Postversand Porto und Nachnahmespesen extra. H. Haufe, Berlin N., Greifenhagenerstr. 70. Depots in folgenden Apotheken: Elefant-Apoth., Leipzigerstr. 74, Weißburgerstr. 53, Potsdamerstr. 29, Köpenickerstr. 119, Bernburgerstr. 3, Frankfurter Allee 74, Rosenthalerstr. 61, Reinickendorferstr. 1 Spandau: Potsdamerstr. 40. Best.: Pfl. Elw. Haemogl. Lecith. Ham. Natronchl. Cac. Zucker.

Eine Mark

wöchentliche Teilzahlung

elegante

Herren-Moden

Fertig und nach Mass, feinste Verarbeitung.

S. Boltuch

Herren-Schneiderei

Frankfurter Allee 75, I

Eingang Tilsiter Strasse.

Zu den Kaufmannsgerichtswahlen.

Am Sonntag, den 12. Februar 1911, 10-3 Uhr, finden die Wahlen der Handlungsgelhilfenbeisitzer zum Berliner Kaufmannsgericht statt.

Zur Teilnahme an den Wahlen sind nur berechtigt solche Handlungsgelhilfen, welche das 25. Lebensjahr vollendet haben und in Berlin beschäftigt sind, sofern ihr Jahresarbeitsverdienst an Lohn oder Gehalt den Betrag von 5000 M. nicht übersteigt.

Nicht wahlberechtigt sind: a) Personen weiblichen Geschlechts; b) Ausländer; c) Personen, welche die Fähigkeit zur Vesteidung öffentlicher Ämter infolge strafgerichtlicher Verurteilung verloren haben; d) Personen, gegen welche das Hauptverfahren wegen eines Verbrechens oder Vergehens eröffnet ist, das die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte oder der Fähigkeit zur Vesteidung öffentlicher Ämter zur Folge haben kann; e) Personen, welche infolge gerichtlicher Anordnung in der Verfügung über ihr Vermögen beschränkt sind.

Zur Ausübung des Wahlrechts ist eine Bescheinigung des Prinzipals oder der Polizeibehörde erforderlich.

Ämtliche Formulare für diese Bescheinigung sind zu haben beim Zentralverband der Handlungsgelhilfen und Gehilfinnen Deutschlands (Bezirk Berlin), Geschäftsstelle: NO. 43, Neue Königsstr. 36, geöffnet werktäglich 9-5 Uhr und außerdem Montag abends 8-1/2 Uhr; in der Buchhandlung Vorwärts, Lindenstr. 69, Laden.

Jeder Leser Sorge dafür, daß alle Handlungsgelhilfen, welche obigen Bedingungen entsprechen, ihr Wahlrecht benutzen und ihre Stimme abgeben für die Liste des

Zentralverbandes der Handlungsgelhilfen und Gehilfinnen Deutschlands.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste!

Folgende Lokale stehen der Arbeiterschaft zu den bekannten Bedingungen zur Verfügung:

In Spandau (P.-O.-H.), Ronnendamm, das Lokal von Dreher;

in Seefeld (P.-O.-H.) das Lokal von Nicolay;

in Schönau (N.-B.) das Lokal von Karl Sperling;

in Friedrichsfelde (N.-B.) das Lokal Hoppoldts Ausschank (Jah. G. Mißlich), Schloßstr. 2.

Aus Tegel wird mitgeteilt, daß das neu erbaute Tanzlokal am Tegeler See „Tusculum“ der Arbeiterschaft nicht zur Verfügung steht; der Wirt hat jede Verhandlung abgebrochen.

Weiter wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Gruppe Berlin des Deutschen Bundes der Vereine für naturgemäße Lebens- und Heilweise (Naturheilunde) im Maxinehaus, Brandenburg Ufer 1, am Sonntag, den 19. Februar, ein „Blütenfest in Sibirien“ abhält. Da versucht wird, in Arbeiterkreisen Willetts umzusetzen, ersuchen wir, dieselben zurückzuweisen, da das Lokal der organisierten Arbeiterschaft nicht zur Verfügung steht.

Die Lokalkommission.

Charlottenburg. Heute abend, 8 1/2 Uhr, findet im großen Saale des Volkshauses, Rosinenstraße 3, die Generalversammlung des Wahlvereins statt. Mitgliedsbuch legitimiert. Der Vorstand.

Schöneberg. Der zehnte Bezirk veranstaltet heute, Sonntag, den 15. d. M., abends 8 Uhr, im „Wilhelmshof“, Ebersstraße 80, einen Familienabend. Der Abend wird mit einem Vortrage eingeleitet, an den sich dann ein gemütliches Beisammensein, verbunden mit ernstem und heiteren Vorträgen, anschließt. Die Bezirksleitung.

Mariendorf. Dienstag, den 17. Januar, abends 8 Uhr, bei Preuß, Rurfsienstr. 44, Generalversammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. Der Vorstand.

Lichtenberg. Am Dienstag, den 17. d. M., abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von Paul Schwarz, Köpenickerstr. 25/26, Generalversammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: 1. Bericht der Bezirksleitung. 2. Bericht der Kommissionen. 3. Stellungnahme zur Verbands- und Kreisgeneralversammlung. 4. Wahl der Delegierten. 5. Verschiedenes.

Treptow-Baumgartenweg. Dienstag, den 17. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Neuen Gesellschaftshaus (am Bahnhof Treptow); Generalversammlung des Wahlvereins. Der Vorstand.

Britz-Budow. Dienstag, den 17. Januar, abends 8 1/2 Uhr, Generalversammlung des Wahlvereins bei Silz, Werder Straße 28, Ecke Rungiusstraße. Tagesordnung: Bericht des Vorstandes und der Funktionäre. Diskussion. Bericht der Gemeindevertretung. Wahl der Delegierten zur Generalversammlung von Groß-Berlin. Verschiedenes.

Rieberschönweide. Am Dienstag, den 17. d. M., abends 8 1/2 Uhr, beim Genossen Schulze, Brüdenstr. 15; Generalversammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes. 2. Wahl der Delegierten zur Generalversammlung von Groß-Berlin. 3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. Der Vorstand.

Ober-Schönweide. Am Dienstag, den 17. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im „Wilhelmshof“, Mitgliederversammlung des Wahlvereins. Bericht des Genossen Grünow aus der Gemeindevertretung. Die Bezirksleitung.

Friedenau. Am Montag, den 16. d. M., abends 8 1/2 Uhr, im Lokal „Rheinisch“, Rheinstr. 60; Generalversammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: 1. Quartalsberichte. 2. Mitteilungen. 3. Wahl eines Mitgliedes zur Kinderschulskommission. 4. Verschiedenes. Der Vorstand.

Tempelhofer. Nächsten Dienstag, den 17. Januar, pünktlich abends 8 1/2 Uhr, im Wilhelmshof, Berliner Str. 9; Generalversammlung Mitgliedsbuch legitimiert.

Pankow. Am Dienstag, den 17. d. M., abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von Grohkur, Berliner Straße 27, Generalversammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: Vortrag. Bericht der Bezirksleitung und der Kommissionen. Diskussion. Ortsangelegenheiten. Verschiedenes.

Teltow. Am Dienstag, den 17. d. M., abends 8 Uhr, im Lokale des Genossen W. Bonow; Regelmäßige Mitgliederversammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: Bericht der Stadtverordneten. Der Vorstand.

Tegel. Am Dienstag, den 17. Januar, abends 8 1/2 Uhr, bei Jul. Klippenstein, Spandauer Straße 4, Mitgliederversammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: Kassenbericht. Die bevorstehenden Reichstagswahlen. Die Bezirksleitung.

Bezirk Borsigwalde-Wittenau. Am Dienstag, den 17. Januar, abends 8 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung des Wahlvereins in den Borsigwalder Festsälen. Es steht eine wichtige Tagesordnung zu erledigen. Die Bezirksleitung.

Boghen-Ammelsburg. Dienstag, den 17. Januar, abends 8 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung des Wahlvereins im „Café Bellevue“ (Jah. Tempel), Hauptstr. 2. Tagesordnung: Vortrag des Genossen Reichstagsabgeordneten Emil Eichhorn über: „Die politische Lage.“ Diskussion. Bericht des Kassierers. Wahlen zur Bezirksleitung und Wahl der Delegierten zur Kreis- und Verbandsgeneralversammlung. Antrag auf Ausschluß eines Mitgliedes. Internes. Die Bezirksleitung.

Spandau. Die Generalversammlung des Wahlvereins findet am Dienstag, den 17. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von Frey Böhle, Fabelstr. 20, statt. Tagesordnung lautet: Bericht des Vorstandes und der Kommissionen. Stellungnahme zu der am 19. Februar in Spandau stattfindenden Kreisgeneralversammlung. Wahl von drei Delegierten. Angliederung der „Vorwärts“-Expedition an Groß-Berlin. Anträge. Die Bezirksleitung.

Berliner Nachrichten.

Der Lehrplan der Arbeiter-Bildungsschule.

Der im Inseratenteil unseres Blattes veröffentlicht ist, dürfte für viele unserer Leser von erheblichem Interesse sein. Er zeigt, daß die Schule bestrebt ist, auf den verschiedensten Gebieten Kenntnisse und Bissen zu verbreiten und zu vertiefen. Und gerade die Arbeiter haben alle Ursache, von dieser Gelegenheit möglichst ausgiebigen Gebrauch zu machen.

Wie wichtig ist es doch gerade für den Arbeiter, die geschichtliche Entwicklung in allen ihren Zusammenhängen kennen zu lernen, zu erfahren, welchen hohen Wert die Nationalökonomie, die Naturerkenntnis, die Kenntnis des wissenschaftlichen Sozialismus im Emanzipationskampfe des geknechteten Proletariats hat. Der systematische Unterricht in der Arbeiter-Bildungsschule hat das Ziel, auf diesen Gebieten die Schüler zu festssten Kämpfern zu erziehen. Auch über das Gewerkschaftswesen wird in eingehenden Darlegungen unterrichtet, wozu noch ein Kursus über die Redekunst kommt.

Es kann gar nicht oft genug auf die Kurse der Arbeiter-Bildungsschule und den hohen Wert für unsere Bewegung hingewiesen werden. Genossinnen und Genossen sollten es sich angelegen sein lassen, Teilnehmer der Kurse zu werden und für regen Besuch derselben zu wirken. Anmeldungen werden im Schullokal, Grenadierstraße 37, Hof geradezu, entgegengenommen.

Der Fortschrittskursus für Jugendliche in der Arbeiter-Bildungsschule findet heute vormittag 1/2 12 Uhr statt.

Die Krankenhausdeputation für den städtischen Medizinalrat. Unter dem Vorsitz des Stadtrats Selberg beschäftigte sich gestern die Deputation für die Berliner städtischen Krankenanstalten und die öffentliche Gesundheitspflege mit dem, wie wir seinerzeit berichteten, von einer Subkommission der Deputation gestellten Antrag auf Schaffung der Stelle eines besoldeten städtischen Medizinalrats. Nach eingehender Beratung wurde folgender Antrag angenommen: „Die der Stadt auf dem Gebiete der Gesundheitspflege obliegenden Verpflichtungen und die von ihr auf diesem Gebiete freiwillig übernommenen Aufgaben haben in letzter Zeit einen derartigen Umfang und eine so erhebliche Bedeutung für den Stadthaushalt angenommen, daß es geboten erscheint, für den Magistrat neben dem hochverdienenden im Ehrenamt tätigen Mitglied eine weitere in allen einschlägigen Fragen herabragende Kraft zu gewinnen und für längere Zeit zu sichern. Wir ersuchen daher um Zustimmung zur Schaffung der Stelle eines besoldeten städtischen Medizinalrats mit dem Gehalt der technisch vorgebildeten Magistratsmitglieder.“ Der Antrag bedarf der Zustimmung des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung.

Zum Verkauf des Scheunenviertels.

Der Magistrat ist dem Beschluß der Stadtverordnetenversammlung vom 12. d. M., betreffend Verkauf des Scheunenviertelgeländes an die Firma Rudner u. Lippmann, beigetreten. Der Kaufpreis beträgt 8 000 000 M. Davon sind 1 800 000 M. vor der Auflassung, der Rest spätestens am 1. Januar 1916 zu zahlen. Das Restkaufgeld ist bis dahin vom 1. April 1911 ab mit 4 Proz. zu verzinsen. Die von den Käufern hinterlegte Sicherheit wird auf 400 000 M. erhöht und verfallt, wenn sie die Auflassung nicht rechtzeitig entgegennehmen. Ferner sind die Käufer verpflichtet, die eine Hälfte des Grundstücks bis zum 1. April 1914 und die andere Hälfte bis zum 1. April 1917 zu bebauen oder bebauen zu lassen.

Die Untergrundbahnstrecke in der Schönhauser Allee ist im Rohbau nahezu fertiggestellt. Das vollendete Tunnelstück reicht vom Senefelderplatz bis zur Frankfurterstraße und ist nahezu 800 Meter lang, weiterhin schließt sich die Rampe an, welche die Gleise zum Hochbahnhof „Danziger Straße“ emporführt wird. Die Hochbahnstrecke, bis zur Haltestelle „Nordring“ (am Ringbahnhof Schönhauser Allee) etwa 1 1/2 Kilometer lang, soll noch in diesem Frühjahr in Angriff genommen werden; die nötigen Eisenkonstruktionsteile sind bereits in Arbeit. Die Hochbahnviadukte erhalten, wie in der Wilowstraße, volle Dreiecksstützen, auch werden sie in ähnlicher Weise architektonisch ausgeschmückt und die Bahnhöfe mit schalldämpfender Bettung versehen. Inzwischen ist mit dem Tunnelbau auch südlich des Senefelderplatzes begonnen worden, wenigstens sind die Erdarbeiten in der unteren Schönhauser Allee in vollem Gange. Hier soll zunächst bis zur Lothringer Straße vorgegangen werden; in der Kaiser-Wilhelmstraße, sowie im Scheunenviertel ist bekanntlich schon ein Tunnelstück bei Gelegenheit der Straßenregulierung eingebaut worden.

Geheimer Medizinalrat Dr. König, der an der städtischen Irrenanstalt Dalldorf seit mehr als 25 Jahren als Arzt und seit dem Jahre 1893 als Oberarzt wirkte, ist an einem Gehirnleiden gestorben. An ihm erfüllte sich das traurige Schicksal so vieler Irrenärzte und Irrenpfleger, die durch jahrelangen Umgang mit Geisteskranken selbst geisteskrank werden. Auch die ersten beiden Anstaltsdirektoren von Dalldorf, die Geheimeräte Jensen und Jdelet, sind in Geistesumnachtung gestorben. Geheimrat König, der die Frauenabteilungen unter sich hatte, war wegen seiner Strenge und Eigenart von den Anstaltspatienten geradezu gefürchtet. Seine Geisteskrankheit, die wohl schon länger vorhanden war, kam anfangs vorigen Jahres zum vollen Ausbruch. Bald darauf wurde er in den Ruhestand versetzt und erhielt — den preussischen Aeltesten viertes Klasse.

Die Promotion eines chinesischen Doktors fand gestern mittag um 12 Uhr in der Aula der Universität statt. Der Dekan der philosophischen Fakultät, Geheimrat Professor Dr. Eduard Reyer hielt eine kurze Ansprache, in der er die eingereichten Doktorarbeiten einer Würdigung unterzog. Bei dem chinesischen Kandidaten hob er besonders hervor, daß er, geboren in der evangelischen Religion, sich gedrungen gefühlt habe, die Grundlagen dieser seiner Konfession zu erforschen und zu diesem Zwecke das Abendland aufgesucht habe. In seiner mit dem Prädikat „lobenswert“ ausgezeichneten Doktorarbeit über das Thema „Kritische Betrachtung über Lao-he und seine Lehre“ habe er sich an das schwierigste Problem chinesischer Kultur und Geistesbildung gewagt.

Die sogenannte Bürgerpartei spielte in früheren Jahren in Berlin bei den Stadtverordnetenwahlen noch eine gewisse Rolle.

Sie war ein Gemisch von Konservativen, Antisemiten und Christlichsozialen im Geiste Stöckers. In der Stadtverordnetenversammlung hatte sie Jahre hindurch einige Vertreter, die aber nur eine formale Figur machten. Die letzte Säule im Rathaus war der Fabrikbesitzer Prekel, der im Vorjahre verstorben ist. Nie aber konnte die Bürgerpartei recht auf die Beine kommen. Wohl haben sich jetzt noch Reste dieser Bürgerpartei erhalten, aber ernsthaft spielen sie im politischen Leben Berlins kaum eine Rolle. Und wer den Hauptmacher dieser Gruppe, Herrn Rechtsanwält Ulrich, im Roabiter Prozeß beobachtet hat, der machte sich über ihn seine eigenen Gedanken. Ihm war es darum zu tun, den Prozeß gegen die Sozialdemokratie auszunutzen, ganz den Gedankenwegen der Staatsanwaltschaft entsprechend. Dieses Bemühen u.a. vergeblich. Wie ein aus zugegangenes Zirkular beweist, haben diese Herren Bürgerpartei schon im Oktober in Ermangelung besseren Agitationsstoffes auf die Roabiter Vorgänge verwiesen, um sie zum Anlaß einer Agitation für Vermehrung ihrer paar Mitglieder zu machen. In diesem Zirkular, das der Bürgerverein Prenzlauer Vorstadt verschickt hat, heißt es u. a.:

„Wir leben in einer äußerst ersten Zeit, wo uns jüngst die Kravalle in Roabit gezeigt haben, bei denen die Kirchen, verschönt haben. Es ist deshalb die Pflicht aller patriotisch denkenden und bürgerlich empfindenden Männer, sich eng zusammenzuschließen, um Kaiser und Reich, König und Vaterland vor der immer drohenden Revolution zu schützen. Dieser Zusammenschluß kann aber nur bei denjenigen bürgerlichen Parteien erfolgen, welche im Kampfe gegen die Sozialdemokratie niemals veragt haben, also nicht unter dem Banner des mit ihr paktierenden Liberalismus.“

Der „Deutsche Bürgerverein Prenzlauer Tor“ wird deshalb mit aller Schärfe die Sozialdemokratie bekämpfen. Andererseits betrachten wir es als unsere Aufgabe, für die Erhaltung und Förderung des gesamten Mittelstandes mit aller Kraft einzutreten.“

Dieser Aufruf beweist, wie schlecht es um die Sache der Bürgervereiner bestellt sein muß, wenn sie die Vorgänge in Roabit schon zum Anlaß ihrer Propaganda nehmen müssen. Das Berichtsvorfahren hat ja gezeigt, daß selbst viele patriotisch denkende Bürger Berlins gerade aus diesem Anlaß eine ganz andere Meinung von unseren herrschenden Gewalten bekommen haben, als sie bisher hatten. Will die Bürgerpartei Profeliten machen, so wird sie schon bessere Gründe für ihre Sache bringen müssen als die Roabiter Vorgänge. Und an solchen Gründen fehlt es!

Die imitierte Spielbank „Monte Carlo in Berlin“, von der wir berichtet, ist wirklich „gesprengt“ worden, aber auf andere Weise, wie es sich wohl die Unternehmer gedacht haben. Das Publikum selbst protestierte vorgertern sehr energisch gegen den Rumpst und verhinderte die Fortsetzung des Spiels. Die Unternehmer waren flug genug, die Eintrittsgelder zurückzugeben. Inzwischen werden sie aus Berlin verduftet sein. Anderswo gibt es auch noch genug Dumme.

Ein schweres Unglück

ereignete sich gestern vormittag gegen 11 Uhr in der Nähe des Bahnhof Gesundbrunnen. Dort wurden die Streckenarbeiter August Silz, Grünthaler Straße 29 wohnhaft, und Wiegand von einer Vorortlokomotive überfahren, wobei der erstere schwer verletzt, der zweite auf der Stelle getötet wurde. Ueber den Vorfall erhalten wir folgende Mitteilung:

Die Streckenarbeiter Silz und Wiegand, die zur Baukommission des Stettiner Bahnhofes gehören, waren gestern morgen beauftragt worden, die Vorortgleise in der Nähe der Ringbahnüberführung über die Stettiner Bahn nachzusehen und auszubessern. Die beiden Arbeiter befanden sich gegen 11 Uhr etwa 700 bis 800 Meter vor dem Bahnhof Gesundbrunnen. Mit ihrer Arbeit beschäftigt, achteten sie nicht auf die Strecke, da um diese Zeit, wie sie wußten, kein fahrplanmäßiger Zug herannahen könne. Unglücklicherweise fuhr um diese Zeit auf dem Nebengleis der Stettiner Fernzug vorbei, der vom Stettiner Bahnhof kam und starke Rauchwolken entwickelte. So konnten sie nicht bemerken, daß auf dem Gleise, auf dem sie arbeiteten, eine einzeln fahrende Lokomotive herankam, die auf dem Bahnhof Gesundbrunnen einen Vorortzug abgehängt hatte und dem Stettiner Bahnhof zustrebte. Erst als die Maschine unmittelbar vor ihnen auftauchte, erkannten die beiden Arbeiter die drohende Gefahr und suchten sich durch einen Sprung auf das Nachbargleise in Sicherheit zu bringen. Es war jedoch zu spät. Wiegand wurde von dem Puffer der Maschine erfasst und so unglücklich zu Boden geworfen, daß die Räder der Maschine über ihn hinweggingen und den Kopf vollständig vom Rumpfe trennten. Silz dagegen wurde beiseite gestoßen und schlug so schwer zu Boden, daß er eine schwere Kopfverletzung, Bruch des linken Armes sowie einen Bruch der Mittelhand, eine Schulterverletzung und schwere innere Verletzungen davontrug. Der Lokomotivführer bremste sofort, hob den Bremshebel auf die Maschine und schaffte ihn schleunigt nach dem Bahnhof Gesundbrunnen, von wo aus der Bedauernswerte nach der Unfallstation in der Badstraße transportiert wurde. Hier erhielt Silz die erste Hilfe und wurde dann nach dem Lazaruskrankenhaus überführt, wo er schwer daniederliegt.

Der Lokomotivführer Bape gab bei der sofort eingeleiteten Untersuchung an, daß er infolge der starken Rauchentwicklung des Fernzuges die Strecke nicht habe übersehen können und daß er die Arbeiter erst dann bemerkt habe, als sie sich unmittelbar vor seiner Maschine befanden. Er habe sofort gebremst und Segendampf gegeben, doch sei die Katastrophe unvermeidlich gewesen. Ob sich bei den beiden Arbeitern ein Vorarbeiter befand, der ihnen beim Herannahen Eisenbahnzügen Warnungssignale geben mußte, ist noch nicht festgestellt worden. Silz und Wiegand sind beide verheiratet.

Nach einer anderen Mitteilung hat noch ein dritter Arbeiter Hautabschürfungen erhalten.

Der Totenscheinschwinder, der Ende v. M. einer armen Witwe in Potsdam drei Mark abnahm, unter der Vorpiegelung, daß er den Totenschein ihres Mannes brauche, weil sie eine staatliche Unterstützung von 85 M. erhalten solle, ist jetzt auch in Berlin aufgetreten, ebenso in einigen näheren Vororten. Er stellt sich besonders als Beauftragter der Landesversicherungsanstalt oder der Domburggemeinde vor. Die Witwen geben die drei Mark, für die der „Beauftragte“ den Totenschein beschaffen zu wollen verspricht, um so lieber, als sie die Unterstützung bald zu bekommen hoffen. Sie werden gut tun, den Gauner gleich festzunehmen zu lassen, wenn er noch einmal irgendswo erscheint.

Eine verhängnisvolle Verwechslung beging in der letzten Nacht der 33-jährige Arbeiter Gustav C., Frankfurter Chaussee 9 wohnhaft. C., der einem Bodierfest beigewohnt hatte, kam schwer bezechnt nach Hause. Da er jedoch noch Durst verspürte, ging er an den Küchenschrank, wo seine Schwester, bei der er wohnt, mehrere Flaschen, darunter auch eine mit Lysol, aufzubewahren pflegt. In der Dunkelheit griff C. unglücklicherweise die Giftflasche und leerte sie fast vollständig. Dann begab sich der Arbeiter zur Ruhe. Nach

etwa 10 Minuten wurde die Schwester des C. durch das furchtbare Stöhnen des Unglücklichen geweckt. Sie erhob sich und trat in die Kammer ihres Bruders, der unter der Einwirkung des Bysals kein Wort mehr hervorzubringen vermochte. Ein hinzugerufener Arzt der Rettungswache pumpte dem Vergifteten sofort den Magen aus und ließ ihn dann nach der Charité bringen.

Ein tödlicher Fahrstuhlunfall ereignete sich vorgestern abend im Alexandrinenhof in der Alexandrinenstr. 93/94. Als dort der 33-jährige Fahrstuhlführer Max Vasse damit beschäftigt war, Waren auf den Kastenfahrstuhl zu laden, stürzten einige Pakete um. Bei dem Versuch, diese Pakete aufzufangen, stieß er sich der Fahrstuhl plötzlich in Bewegung. Vasse erhielt dabei einen heftigen Schlag gegen den Kopf und stürzte in den Fahrstuhlschacht, wo er mit zertrümmertem Schädel liegen blieb. Der Unglückliche war sofort tot. Die Leiche wurde von der Polizei beschlagnahmt. Vasse war verheiratet und Vater von vier Kindern.

Ein größerer Eisenbahndiebstahl beschäftigt zurzeit die Lichterberger Kriminalpolizei. Aus dem Güterwagen 16865, der am vorgestrigen Morgen aus Alexandrow auf dem Berliner Ostbahnhof eingetroffen ist, fehlten 200 Kilogramm Fische, die auf merkwürdige Art und Weise verschwunden sind. Der Güterwagen ist am 11. d. M. vormittags aus Alexandrow ordnungsmäßig plombiert und vorschriftsmäßig abgezogen ausgelassen.

Ein Opfer des Frostes ist der wohnungs- und obdachlose Arbeiter Hermann Tschloff aus Berlin geworden. Er hatte sich vergeblich in Berlin nach Arbeit umgesehen, und ersuchte nun die nördlichen Vororte auf, um dort wegen Beschäftigung vorzusprechen. Auf der Veltener Chaussee brach er dann zusammen und starb. Die Leiche wurde nach einiger Zeit von anderen Arbeitern aufgefunden und nach der Leichenhalle des Dranienburger Krankenhauses gebracht.

Ein schwerer Straßbahnunfall ereignete sich gestern nachmittags in der Müllerstraße vor dem Hause Nr. 14a. Dort wollte ein Fräulein Ballo W. aus Charlottenburg, Anseebeststraße 5, den Fahrdamm überschreiten, geriet dabei zwischen zwei sich entgegenkommende Straßbahnwagen und wurde von einem der beiden zu Boden geschleudert. Dabei geriet sie unter den Schuttrahmen und erlitt so schwere Brust- und Kopfverletzungen, daß sie in fast hoffnungslosem Zustande nach dem Virchow-Krankenhaus übergeführt werden mußte.

Ein schwerer Automobilunfall ereignete sich vorgestern abend gegen 9 Uhr in der Hordstraße. Als dort an der Ecke der Räderstraße der 20-jährige Handlungsgehilfe Fritz Schulz den Fahrdamm überschreiten wollte, wurde er von einer Automobilmaschine, deren Herannahen er trotz der von dem Führer derselben gegebenen Warnungssignale nicht bemerkt hatte, angefahren und zu Boden gestößt. Sch. schlug so heftig auf das Straßenpflaster auf, daß er blutüberströmt und brennungslos liegen blieb. Der Verunglückte, der eine klaffende Wunde am Hinterkopf, eine Gehirnerschütterung und innere Verletzungen erlitten hatte, erhielt auf der Unfallstation am Tempelhofer Meer Notverbande und wurde dann nach dem Krankenhaus übergeführt.

Arbeiter-Samaritaner-Bund (Kolonne Berlin). Montag abend 9 Uhr, 2. Abteilung, Brunnenstraße 154, Vortrag über: Bewußtlosigkeit, Schlag, Mißschlag, Beschädigungen durch Elektrizität.

Mittwoch, 3. Abteilung in Rigdorf, Erlstraße 8; Donnerstag, 3. Abteilung in Schöneberg, Vorbergstraße 9, und 4. Abteilung in Lichterberge, Schornmeyerstraße 60. Vortrag in diesen Abteilungen über: Ertrinken und Ersticken. An die Vorträge schließen sich praktische Übungen an.

Der Turnverein „Fichte“ eröffnet in Moabit am Dienstag, den 17. Januar, seine 18. Männerabteilung, und am Mittwoch, den 18. Januar seine 18. Lehrlingsabteilung in der 216./217. Gemeindegemeinschaft, Kropfstraße 32.

Vorort-Nachrichten.

Die Gemeindevählerlisten.

Liegen in den Gemeinden der Kreise Niederbarnim und Teltow-Beeskow vom 15. bis 30. Januar in den Gemeindebüros öffentlich zu jedermanns Einsicht aus. Finden auch dieses Jahr allgemein keine Wahlen statt, so kann im Laufe desselben doch eine Nach- oder Ergänzwahl notwendig werden. Daher sollte sich jeder wahlberechtigte Einwohner überzeugen, ob er in der Liste verzeichnet ist.

Wahlberechtigt ist jeder selbständige Gemeindeangehörige, welcher 1. Angehöriger des Deutschen Reichs ist, 2. die bürgerlichen Ehrenrechte besitzt, 3. seit einem Jahre in dem Gemeindebezirk seinen Wohnsitz hat, 4. keine Armenunterstützung aus öffentlichen Mitteln empfängt, 5. die auf ihn entfallenden Gemeindeabgaben bezahlt hat und außerdem a) entweder ein Wohnhaus in dem Gemeindebezirk besitzt, oder b) von seinem gesamten innerhalb des Gemeindebezirks belegenen Hausbesitz einen Jahresbetrag von mindestens 3 M. an Grund- und Gebäudesteuer entrichtet, oder c) zur Staatsinkommensteuer veranlagt ist oder zu den Gemeindeabgaben nach einem Jahreseinkommen von mehr als 600 M. herangezogen wird.

Als selbständig wird nach vollendetem 21. Lebensjahre jeder betrachtet, welcher einen eigenen Hausstand hat. Chammargarnisten sind wahlberechtigt; Schlafburden ist das Wahlrecht abgeprochen worden.

Besonders sei darauf hingewiesen, daß man zur Ausübung des Gemeindevahlrechts — im Gegensatz zu den Städten — nicht Brauche zu sein braucht, es ist erforderlich, daß man die deutsche Reichsangehörigkeit besitzt.

Pankow. Die Listen liegen im Gemeindebüro, Dorfstraße 42, Zimmer 8, von 8 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags und Sonntags von 9 bis 1 Uhr aus.

Tempelhof. Die Wählerliste liegt im Gemeindebüro, Dorfstraße 42, Zimmer 8, von 8 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags aus. — Zur Einsichtnahme für jedermann hat sich Genosse Thiel, Berliner Straße 41/42, bereit erklärt.

Tegel. Die Wählerliste liegt in der hiesigen Steuer- und Wahlabteilung — Reichstr. 3, part., Zimmer 2 — während der Dienststunden zur Einsicht offen. In den Sonntagen sowie am 27. d. Mts. erfolgt die Auslegung der Liste von 11 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags. Gleichzeitig sei bekannt gegeben, daß jetzt für die Wähler der 3. Abteilung zwei Wahlbezirke gebildet sind, für die Wähler der 3. Abteilung zwei Wahlbezirke gebildet sind, für die Wähler der 3. Abteilung zwei Wahlbezirke gebildet sind, für die Wähler der 3. Abteilung zwei Wahlbezirke gebildet sind. (Es gehören a) zu Bezirk I: August-Müller-Straße, Bahnhofsplatz, Bahnhofstraße, Berliner Straße, Bubbestraße, Charlottenburger Straße, Freie Scholle, Gaselhorster Straße, Hauptstraße, Hermannstraße, Schloßstraße, Schöneberger Straße, Schulstraße, Seidelstraße, Spandauer Straße, Tremslowstraße, Uferstraße, Wasserwerk Tegel sowie der gesamte Grundbesitz nördlich der Haupt- und Hermannstraße und östlich der Eisenbahn; b) zu Bezirk II: Bernauer Straße, Vorhoffstraße, der Eisenbahn; c) zu Bezirk III: Bernauer Straße, Vorhoffstraße, Tremslowstraße, Eggenstraße, Gaswerkstraße, Schlieperstraße, Beit-Grundstraße, Eggenstraße, Gaswerkstraße, Schlieperstraße, Tremslowstraße sowie der gesamte Grundbesitz südlich der Bernauer Straße. Neben der eingangs bezeichneten Gemeindevählerliste liegen auch die nach vorstehender Einteilung aufgestellten Bezirkslisten aus.

Rosow. Die Gemeindevählerliste liegt im Rathaus, Bräuerstraße, aus; sie kann jedoch auch beim Genossen Gruhl eingesehen werden.

Charlottenburg. Gefunden wurde am Donnerstag, den 19. d. M., im Südring (zwischen Schöneberg und Potsdamer Bahnhof) ein Bibliotheks-

buch Nr. 38 der Bibliothek des Charitenburger Bahlvororts und der Gewerkschaftskommission. Abgehoben bei Zerbe, Schöneberg, Eberstraße 11, zweites Portal 2. Et.

Rigdorf. Eine Familientragödie. Großes Kuffchen erregte eine Familientragödie in der Rogatzstr. 31. Dort betrieb seit einiger Zeit ein Ehepaar Braun, das früher in Treßlin eine Brauerei betrieb, aber wirtschaftlich zurückgekommen war, ein Milchgeschäft. Auch mit diesem Unternehmen wollte es nicht gehen. Der Mißerfolg brachte endlich Mutter und Tochter zur Verzweiflung. Vorgestern abend hörte Braun in dem hinter dem Laden gelegenen Räume plötzlich einen Schuß hören. Er eilte hin und fand seine 48 Jahre alte Frau tot daliegen. Sie hatte sich aus einem Revolver eine Kugel in den Kopf geschossen. Nachdem er sich von dem ersten Schreck erholt hatte, ging er in die Wohnung hinauf, um seiner Tochter die Trauerbotschaft zu überbringen. Da machte er die zweite schreckliche Entdeckung. Das Mädchen lag in seinem Zimmer entseelt auf dem Bett. Es hatte Gift genommen. Mutter und Tochter haben ohne Zweifel im Eimerverständnis gehandelt und vorher gemeinsam beschlossen, in den Tod zu gehen.

Mit den bevorstehenden Kaufmannsgerichtswahlen beschäftigt sich am 18. d. M. in den „Passage-Beitzsälen“ eine stark besuchte Versammlung des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen. Das einleitende Referat: „Der Kampf um das Kaufmannsgericht“ hielt Genosse Landstabsgeordneter Ströbel. In großen Zügen schilderte der Redner die Entstehung des Kaufmannsgerichtsgesetzes und zeigte an der Hand vieler Beispiele die rücksichtlose Haltung, die die bürgerlichen Parteien und Verbände auch in dieser Frage eingenommen haben. Der nächste Redner, Genosse H. K. O., beschäftigte sich mit dem Thema: „Der Wahlkampf in Rigdorf“. Es gelang dem Redner, nachzuweisen, daß die bürgerlichen Verbände in den letzten Jahren auch nicht das geringste für die Handlungsgehilfen getan haben. Gleichzeitig zeigte der Redner an der Hand amtlicher Dokumente, in welcher Weise die Mitglieder aller im Kaufmannsgericht vertretenen bürgerlichen Verbände in überaus wichtigen Fragen das Recht der Angestellten mit Füßen treten.

Für die Antisemiten, die sich gleich zwei ihrer Agitatoren verschrieben hatten, war die Situation natürlich alles andere als günstig, und so nahm es nicht wunder, daß der Antisemit Thomas nur schweren Herzens das Rednerpult bestieg. Und wie es immer geschieht, geschah es auch diesmal. Herr Thomas regte sich über einen ganz harmlosen Zwischenruf künstlich auf, um einen Vorwand zu haben, seine Ausführungen zu unterbrechen und unter Protest den Saal zu verlassen. Etwa 20 deutschsprachige Jünglinge folgten seiner Spur. Die große Masse der zurückbleibenden Gehilfen hatte aber wieder einmal so recht Gelegenheit, das Gebaren der Antisemiten zu bewundern. Die Wählungen der Genossen Ströbel und H. K. O., den bürgerlichen Verbänden am 6. Februar einen Denktzettel zu geben und nur die Liste B I des Zentralverbandes zu wählen, fanden begeisterte Zustimmung.

Steglich-Friedenau.

Todessturz aus dem Fenster. Aus der im 3. Stockwerk gelegenen Wohnung ihres Bruders in der Holsteinischen Straße stürzte sich gestern vormittags die 33-jährige Frau eines in Süddeutschland lebenden Geistlichen Verta G. auf die Straße. Die Frau, die bis vor kurzem in einer Nervenkuranstalt gewohnt hatte, wohnte seit einigen Tagen bei ihrem Bruder. In einem unbewachten Augenblick sprang sie auf die Straße und stürzte hierbei auf das Vorgartengitter, wobei sie sich durch die Wucht des Falles so furchtbar verlegte, daß sie auf dem Transport zum Krankenhaus verstarb.

Mahlsdorf a. d. Ostbahn.

Das war wirklich eine nette Gesellschaft, die sich da bei der am Dienstag stattgefundenen Gemeindevorwahlen gogen und verschoren hatte, man lese: „Verband der kommunalpolitischen Vereine Mahlsdorf, bestehend aus dem Verein der Hausbesitzer, Haus- und Grundbesitzerverein von 1901, Bürgerverein Mahlsdorf, Grundbesitzerverein Mahlsdorf-Ost, Grundbesitzerverein Mahlsdorf-Süd von 1895“. Weiter reichte die Erkundungsbahn in Vereinennamen jedenfalls nicht, sonst hätte man noch mehr „Vereine“ gegen und aufmarschieren lassen. Und gar erst der Kandidat. Am Montagabend sollte er sich den Wählern „vorstellen“, und das tat er auch, aber mehr nicht. Sein ganzes kommunalpolitisches Programm bestand darin, daß er erklärte, sich seinem „Vorgesetzten“ anzuschließen. Leider hatte der Herr in seinem redseligen Zerkommen ganz überhört, daß sein Vorgesetzter auch mit seiner Silbe irgendeine Programmpassage erdichtet, sondern sich nur, so schlecht es eben ging, gegen die Angriffe unserer Flugblätter wehrte. In dessen, daß verlässigt bei unseren Gegnern nicht. Es ist wirklich bezeichnend für den politischen Tiefstand unserer Epochen, daß sie für einen Mann, der sich ihnen nur in der Rolle eines stummen Pagen vorstellte, 142 Stimmen auftrachten. Wir wollen dabei mit den armen Wohnangehörigen nicht rechten, denn sie haben auf die Aufstellung der Kandidaten keinen Einfluß und müssen unbedenken für einen bürgerlichen Kandidaten stimmen, um nicht in den Verdacht zu kommen, daß sie durch ihr Fernbleiben von der Wahl den sozialdemokratischen Kandidaten begünstigen. Aber von den Lehrern z. B., die bei anderen Gelegenheiten ostentativ bekunden, daß sie gebildete Menschen sind, hätte man erwarten sollen, daß sie einen bestimmten Einfluß bei der Auswahl des Kandidaten ausgeübt hätten. Und auf ihre Anfrage, wie er sich zu den hier sprechenden Schulfragen stelle, offenbar gar nicht wußte, was das eigentlich heißen solle, wählten sie ihn doch einmütig. Es hat aber nichts genützt. Unser Genosse Albert Schmidt stieg mit 151 Stimmen, und der Erfolg wäre zweifellos noch besser gewesen, wenn nicht nach der alten Liste gewählt worden wäre. Eine ganze Anzahl unserer früheren Wähler ist fortgezogen und konnte sich deshalb nicht an der Wahl beteiligen. Aber eine Anzahl dieser Genossen wohnt doch so nahe bei Mahlsdorf, daß sie ohne besondere Mühe, selbst nach Feierabend, noch zur Wahl kommen konnten; dieselbe währte bis 9 Uhr, was den Betroffenen durch den „Vornachts“ bekannt war. Mit diesen möchten wir aber an dieser Stelle noch ein ernstes Wort reden, zumal man auch in anderen Orten und bei anderen Wahlen dieselben Beobachtungen machen kann. Wenn, wie in diesem Falle, die Parteigenossen, ohne eine Minute Arbeitszeit zu versäumen, nur ein paar Pfennige Frohgeld anzunehmen brauchen, um ihr Wahlrecht auszuüben und sie tun es doch nicht, dann ist das eine grobe Pflichtverletzung, die sich eigentlich kein Genosse sollte zuschulden kommen lassen. — Unseren Gegnern möchten wir aber empfehlen, bis zur nächsten Wahl die Zahl ihrer Vereine mit ihrer Wählerzahl in Uebereinstimmung zu bringen, viel gehört ja nicht mehr dazu.

Weißensee.

Lieber einen Sozialdemokraten zum Gemeindevorwahlen als den Vorstehenden der Fortschrittlichen Fraktion. Diese Worte sprach Herr Konig im Grundbesitzerverein. In nächster Zeit haben die Gemeindevorwahlen die Neuwahl eines Gemeindevorwahlen vorzunehmen; hierzu machen sich schon jetzt Ewerber hemelbar und die beiden Rivalen, die Vorstehenden der bürgerlichen Fraktionen, die Herren Kewes und Konig, befinden sich in großem Kompetenzstreit. Wenn sich die Stimmen nach den Verhältnissen richtig verteilen, dann kommt einer unserer Genossen in Erwählung, es sei denn, daß die Verhältnisse die Aufstellung eines dritten befohlenen Schöpfen notwendig machen. Die dann folgende Schöpfenwahl ist erst in zwei Jahren und bis dahin dürften sich die Streitenden wieder ausgehört haben.

Nowatze.

Aus der Gemeindevorwahlen. Die Auslösung eines Drittels der Gemeindevorwahlen für die im März vorzunehmenden Ergänzungswahlen ergab folgendes Resultat. Es scheiden aus: aus der 1. Abteilung die Gemeindevorwahlen Rinder und Kuh; aus der 2. Abteilung die Gemeindevorwahlen Altenu, Peters und

Schwärze; aus der 3. Abteilung unsere Genossen Hähnchen, Wagners und Jöllner. Für den zum Schöpfen gewählten früheren Gemeindevorwahlen Obdi, welcher der 1. Abteilung angehört, ist eine Ergänzwahl vorzunehmen. — Zur Beaufichtigung des im vorigen Jahre in eigene Regie genommenen, vorläufig fakultativ bestehenden Straßenreinigung- und Müllabfuhrwesens, welches bisher der Begebaukommission unterstand, wurde eine besondere Kommission gewählt. Derselben gehören an außer dem Schöpfen Obdi die Gemeindevorwahlen Häberer, Keiff und unser Genosse Jöllner. — Als Vertreter in den Ortspropaganda-ausschuß, dem die Gemeinde eine jährliche Beihilfe von 300 M. gewährt, wurde der Schöpfen Richter gewählt. — Für den zweiten Armenbezirk war die Ergänzwahl eines Armenpflegers erforderlich. Als solcher wurde der Kürschnermeister Zimmermann gewählt. Anschließend fand auch die Neuwahl von Armenpflegerinnen statt, die den Pflegern unterstehend zur Seite stehen sollen. — Die Polizeiverordnung vom 18. Februar 1900, betr. die Beleuchtung der Treppen und Flure bei eintretender Dunkelheit, soll von neuem in Kraft gesetzt werden, um Verwicklungen mit anderen Verordnungen gleichen Datums, die jedoch inzwischen aufgehoben worden sind, vorzubeugen. — Die Regulierung und gärtnerische Ausschmückung des nördlichen Teiles des Bethlehemskirchplatzes soll nacheinander in nächster Zeit in Angriff genommen werden. Die erforderlichen Mittel hierzu bietet der Erlös aus dem Abrißverlauf des alten Pfarrhauses, welcher 1200 M. beträgt. Allgemein wurde der Wunsch geäußert, auch die alte, unbenuzte Kirche, die unmittelbar neben der neuen steht, zu beseitigen. Die Regulierung des südlichen Teiles des Platzes ist für 1912 in Aussicht genommen. — Zur Entgegennahme der Auflösung von Straßenland zur Zietenstraße und vom Arbeiterbauverein in der Habelstraße wurde der Gemeindevorwahlen ermächtigt. — Für die Aufhebung der Gemeindevorwahlen soll ein neues Projekt ausgearbeitet werden. Zu den Kosten, die auf 1000 M. veranschlagt sind, wird die Gemeinde entsprechend ihrem Ufergebiet 300 M. beitragen, die später von den Interessenten eingezogen werden sollen. Der Rest von 400 M. entfällt auf die Stadt Potsdam.

Die letzte Wahlvereinsversammlung beschäftigte sich hauptsächlich mit den im März vorzunehmenden Gemeindevorwahlen-Ergänzungswahlen. Der Referent Genosse Gruhl, gab zunächst eine Uebersicht über die früheren Wahlen, stellte sie in Vergleich zu den jetzt bevorstehenden und skizzierte kurz die bisherige Tätigkeit unserer Genossen in der Gemeindevorwahlen, dabei an Hand einiger markanter Beispiele auf den besonderen Nutzen einer solchen Vertretung für die Arbeiterschaft hinweisend. Zum Schluß richtete er an die Anwesenden den Appell, alles daranzusetzen, daß die Wahlen unsere bisherigen Erfolge noch weit übertreffen, sollen sie doch der Gewinners sein für die zu erwartende Stimmenzahl bei den bevorstehenden Reichstagswahlen. — Der Vorsitzende machte auf die vor kurzem gebildete Jugendstudienkommission aufmerksam und erbat für sie die Unterstützung der Genossen. Zweck weiteren Ausbaues sollen sich mit ihr noch die am nächsten Mittwoch stattfindenden Bezirksversammlungen befassen.

Jugendveranstaltungen.

Schöneberg. In der Aufführung des Theaterstückes „Kameraden“ am Sonnabend, den 28. Januar, im Gesellschaftsraum sind für die Jugendlichen Billeis zu dem erwähnten Werke von 30 Pf. in der Teilungsgebäude, Martin-Luther-Strasse 31, erhältlich. Der Aussch.

Aus aller Welt.

Vom Reichtum der russischen Klöster.

So oft von den Reichtümern der russischen Klöster und Klöster die Rede ist, erscheinen die schätzungsweisen Angaben jedem Fernstehenden als ungeheuerliche Uebertreibungen. Wer allerdings die Massen von Gold, Edelsteinen und anderen Kostbarkeiten sieht, welche die zahllosen Kirchen, Kapellen, Klöster, Latras usw. in Rußland durch Jahrhunderte angesammelt haben, der erachtet seine noch so hohe Summe als unmöglich. Lassen sich jedoch diese Reichtümer real kaum ermessen, so sind die neuerdings veröffentlichten Angaben über den Grundbesitz der griechisch-orthodoxen Kirche jedenfalls unbestreitbar. Welche Reichthümer repräsentiert aber dieser Grundbesitz! Allein in den 50 Gouvernements des europäischen Rußlands — das heißt also ohne Rücksicht auf Rußisch-Polen, den Kaukasus und das gesamte asiatische Territorium — gehören nur den griechisch-orthodoxen Klöstern 789777 Desjatin Landes (808206 Hektar), so daß auf jeden Mönch, bezw. auf jede Nonne ein Bodenbesitz von zirka 43 Hektar kommt. Wie glücklich wäre der russische Bauer, wenn auf ihn nebst Familie eine solche Landstrecke käme! Manche Klöster besitzen Latifundien von unermeßlichem Wert, so das Koschewische ein Gebiet von 2488 Desjatin, das Sarowsche 26329 Desjatin, das Solowjetsche gar 86000 Desjatin. Daneben besitzen sie in den Städten viele Häuser, so allein in Moskau 146, in welcher Stadt auch noch den Kirchen — sage und schreibe — neunhundertundsacht Häuser gehören. Horrende Einnahmen haben dementsprechend die obersten Oberen der Mönchsverwaltung, so der Metropolit von Moskau ein Jahreseinkommen von 81000 Rubel, der Kiwer 84000 Rubel, der Petersburger 259000 Rubel und der Nowgoroder Erzbischof 307500 Rubel. Bei einer derartigen systematischen Auszehrung des russischen Volkes ist es kein Wunder, wenn ein großer Teil der Einwohner geradezu Hungers stirbt.

Die Wasserkatastrophe in Spanien.

Zu dem gestern von uns kurz gemeldeten Dambruch des Wasserreservoirs der Stadt Quelva liegen folgende Einzelheiten vor: Das Reservoir sahte etwa 250000 Kubikmeter, die ausströmenden großen Wassermassen überfluteten die ganze Umgebung und zerstörten auf eine Entfernung von acht Kilometern hin einen großen Teil der Eisenbahnlinie. Ein Rinenzug entgleiste und stürzte aus beträchtlicher Höhe den Eisenbahndamm hinunter; der Heizer wurde getödtet, dem Lokomotivführer wurden beide Beine abgerissen. Fünf Personen, die in Gärten in der Nähe des Reservoirs übernachteten, wurden fortgeschwemmt. Nach den bisherigen Ermittlungen sind im ganzen elf Personen durch die Katastrophe ums Leben gekommen.

Das alte Lied.

Eine neue sinkende Blase des russischen Korruptionshumpfes ist zum Flagen gekommen. In Moskau wurde Fürst Boris Wolkonski, Präsident der „Gesellschaft der russischen Brüderlichkeit“ zur Hilfe bei „Ausschütteln“ wegen Unterschlagung großer Summen von den eingelaufenen Spenden dem Gericht übergeben. Auch eine Anzahl von Mitgliedern der genannten Gesellschaft werden gerichtlich zur Verantwortung gezogen.

Kleine Notizen.

Vom Risiko der Arbeit. Bei der Verpackung von Kamm- und Zelluloidwaren in der Fabrik der Firma Brun, Quver u. Co. in Raumburg a. S. erfolgte gestern nachmittags eine Explosion, durch die gegen zehn Personen verletzt wurden. Das Wohnhaus, in dem sich auch die Vordräume und Kontorräume der Fabrik befinden, ist gänzlich ausgebrannt.

Verhaftung einer Falschmünzergesellschaft. In Weiskopf ist man einer aus vier Köpfen bestehenden Falschmünzergesellschaft auf die Spur gekommen. Die Mitglieder wurden verhaftet, in der Wohnung des einen fand die Polizei bei der

Ausführung eine Anzahl fallcher Zwei- und Dreimarke...

Gesundene Fischerboote. Während eines zweitägigen Sturmes...

Bestverdrängte Matten. An Bord des von Buenos Aires...

Die Lungenpest in der Mandchurie. Wie ein Telegramm aus...

Charbin beträgt die Zahl der täglichen Todesfälle...

Briefkasten der Redaktion.

Die luxuriöse Schokolade Andes... 125. Helfen Sie den Rat eines Spezialarztes ein.

125. Helfen Sie den Rat eines Spezialarztes ein. Es ist möglich, daß...

Aus wackeligen hellen Stoffen soll der Mantel herabgehoben...

Berliner Humor-Quartett

Syphilis-Nachweis in allen frisch u. veraltet zwölftelhaft...

Dr. Simmel Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.

Vorjährige Schicke Ulster, Paletots, Anzüge...

Masken-Garderobe Karl Ernst

Achtung!! Havana-Gras als Zigarrenanlage...

10 Mark monatliche Teilzahlung...

400 wenig gebrauchte, elegante Anzüge, Paletots und Hosen...

Das arbeitende Volk und die Steuern.

Die Brandschabung des Volkes durch indirekte Steuern...

J. Baer Badstr. 26 Ecke Prinz-Allee...

Abendkurse Berlin, Neanderstr. 3

Das Ideal aller Damen ist ein zartes, reines Gesicht...

Zur Probe mit Rückgabe-recht bei Nicht-gefallen...

Dr. Geschlechtskrankheiten Haut-, Harnleiden, Schwäche

„Hoffnung“ Berliner Schneiderei-Genossenschaft

Verlag G. Birk & Co., m. b. H., München. Handbuch der sozialdemokratischen Parteitage...

Charlottenburg. Großer Inventur-Ausverkauf von guter Herren- und Knaben-Bekleidung

Zum Küssen schön Zähne 1 M. mit Kompositionsstiften...

Schwarz Bouillon-Würfel sind wegen ihrer ausgezeichneten Qualität...

Bettfedern-Fabrik BERLIN S 390 Prützenstr. 46-47

Gegründet 1825



Fr. Hahn BERLIN C 25

Eingang: Landsberger Strasse 63, Neue Königstrasse 48-49.

Der grosse Inventur-Räumungsverkauf währt bis Montag, den 23. Januar 1911

Während dieser Zeit werden grosse Posten Waren in allen Abteilungen, welche durch den Umzug und während des Umbaus angestaubt sind, zu ausserordentlich billigen Preisen, teilweise weit unter der Hälfte des früheren Wertes, verkauft.

Eingetragene Schutzmarke.

Ein grosser Posten **einfarbige reinwollene Kleiderstoffe** in vielen Farben, sehr geeignet für Prüfungskleider, 90-110 cm breit **jetzt Mtr. M. 0.95 1.45 1.75 2.10**

Ein gr. Posten **schwarze reinwollene Kammgarnstoffe** sehr geeignet für Konfirmandinnen-Kleider 90-110 cm breit **jetzt Mtr. M. 1.25 1.45 1.85 2.30**

Ein gr. Posten **reinwollene elfenbeinfarbige Ballstoffe** nur prima Fabrikate, darunter wertvolle halbseidene Popeline f. Brautkleider, 35-40 pCt. unter regulär. Preis

Ein gr. Posten **wollene Phantasie-Kleiderstoffe** Restbest. d. Sommer-u. Winterlag. f. vorn. Kleid. u. Blusen 70-110 cm breit . . früherer Wert 3.60-3.80 **jetzt 1.90** 130 cm breit . . früherer Wert 4.00-4.50 **jetzt 2.95**

Ein gr. Posten **reinwollener, einfarbiger Damen-Tuche** mit Edelglanz in gross. Farbensortiment, auch schwarz 110 cm breit . . früherer Wert 3.60-3.80 **jetzt 1.90** 130 cm breit . . früherer Wert 4.00-4.50 **jetzt 2.95**

Zirka 5000 Meter Seidenstoffe

aus der vorigen Saison, nur reinseidene Qualitäten, darunter **hochelegante Lyoner Bayaderen, doppeltbreite französische Kleider-Foulards, reinseidene schwere Shantungs, gestreifte und karierte Blusenstoffe**

früh. Wert bis 2.30-2.80-3.50-4.80-5.50-6.00-13.50 **jetzt Mtr. Mk. 0.95 1.45 1.95 2.45 2.80 3.90 5.00**

Ein gr. Posten **glatte, schwarze Kleider-Alpakas u. Panamas** seidenglänzende Qualitäten 120 cm breit Serie I Mtr. 1.25 M., Serie II Mtr. 2.00 M.

Ein grosser Posten **reinwollener, bedruckter Musselne**, Restbestände aus der Sommersaison, reizende hell und mittelfarbige Muster, früherer Wert Reihe I Serie II Meter M. 1.00-1.60 . . **jetzt Meter M. 50 Pf. 75 Pf.**

Ein grosser Posten **reinseldener Taffet-Chiffon** in ca. 50 verschiedenen Farben, früherer Wert Meter M. 1.90 **jetzt Meter M. 1.10**

Ein grosser Posten **Loulsine Helvetia** reine Seide, haltbares fließendes Gewebe, für Ball- und Gesellschaftskleider, ca. 50 cm breit **Meter M. 1.25.**

Ein grosser Posten **reinseldene Blusenstreifen** moderne Farben, auch weiss mit schwarz, früherer Wert Meter M. 2.70 bis 2.85 . . **jetzt Meter M. 1.55**

Ein grosser Posten **Volle Ninon** reine Seide, klares Schleiergewebe, für Ueberkleider und Ueberblusen in allen Farben, auch weiss und schwarz, ca. 105 cm breit, **Meter M. 2.30**

Nach ausserhalb bitte Stoffproben zu verlangen!



× Scherzartikel × umsonst!!!

Schneiden Sie das Mittelstück dieses Inserats aus, kleben es auf eine 5 Pf.-Postkarte und senden Sie die Karte uns ausgefüllt zu; wir senden Ihnen alsdann als Gegenleistung einen **originellen Scherzartikel umsonst und portofrei.**

Hier ausschneiden

Bei welchen Vereinen: (Lotterie, Spar, Sport, Geselligkeit usw.) sind Sie Mitglied?

Wo und wann haben diese ihre Sitzungen:

Name des Ausfüllers:

Wohnung:

Falls einer der angegebenen Vereine seinen Bedarf zu einem Vergütigen bei uns deckt, erhalten Sie sogar nachträglich

10 Scherzartikel gratis!

A.B.C. Artikel für Ball und Cotillon G. m. b. H. BERLIN C. 25

Vereins-Artikel, Damen-Spenden, Saal-Decorations

Bockbier-Artikel

Spezialität: Anfertigung aller Arten Luxus-Papierwaren nach eigenen Angaben.

Alexanderstrasse 55 Hof links neben der Kasernen, Abt. April: Münzstr. 16 Laden, vis-à-vis der Kasernen.

Wenn gleiche Vereine von verschiedenen Einsendern angegeben werden, so erhält nur der erste Einsender ein Geschenk

Hochf. Kanarienfänger, Heftlorenz, Rottfingern, von 8-10 Part u. s., Zuchtwelchen zu 2.50 Stk. pr. Radm., 8 Tage Probe. Breidl. fr. Ad. Janson, Barbis a. G.

Leser dieses Blattes wissen, aus welchen Gründen

Elfe-Cigaretten

zu bevorzugen sind.

2. Ziehung I. Kl. 224. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 14. Januar vormittags.

Nur die Gewinne über 50 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigelegt.

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)
333 00 342 303 420 528 742 873 1147 636 807 904
2100 211 34 364 668 837 968 84 3062 191 201 847 4014
19 341 501 85 [200] 5410 803 815 6555 225 802 6 987
7128 371 608 67 819 27 968 8015 28 [100] 60 127 70
244 78 306 400 57 680 [100] 924 9051 245 632 704
10075 122 239 300 447 11018 147 219 21 [100] 964
802 12355 651 805 13181 403 949 14139 689 748 914
15284 244 423 802 16000 9 148 71 476 218 812 810 990
17088 [100] 141 826 80 64 53 18281 435 52 204 75 979
19039 80 487 58 798 985
20158 501 21882 22278 883 23281 214 500 60 778
905 24190 387 89 37 475 354 683 25214 [200] 388 859
800 915 26307 450 39 96 713 27118 486 727 663 811
28035 319 474 517 23 37 7 641 911 29286 842 66
30055 262 389 876 101 31122 34 329 659 856 88
[100] 32129 361 96 722 33 33058 228 209 619 779 34402
730 35288 381 642 36049 186 482 778 37074 223 93 406
82 877 854 38007 263 84 231 81 436 79 721 39070 [200]
325 435 697 46 391
40694 823 41842 421 833 780 42017 143 [100] 49
513 611 35 43035 89 44845 75 45285 482 94 578 616
28 825 936 80 46750 82 343 740 951 47004 42 140 90 373
490 740 96 [100] 904 48130 302 574 634 735 846 [100]
49249 [100] 300 721 874 85
50126 368 84 487 500 12 77 [100] 871 921 20 51012
483 627 889 904 52142 235 349 749 [100] 840 925 53268
307 837 54008 23 129 99 205 24 851 782 959 55130 431
800 21 [100] 92 56071 [200] 288 [100] 489 626 29 [200]
83 57125 70 370 [100] 77 682 710 881 88600 [300] 69
732 814 59310 81 468 511 788 818
60273 [200] 94 431 678 61107 349 94 512 674 998
62302 42 749 808 63083 137 389 422 82 39 41 922 37
92 64000 246 65009 154 311 580 66099 115 [200] 55 287
923 110 67226 390 678 78 702 68074 450 [100] 582 725
814 81 85 69584 783 800 82 91
70021 250 456 64 609 68 71107 82 452 320 732 875
945 [100] 72072 319 [200] 878 911 82 53 73120 247 36
405 542 719 [1000] 47 38 890 74077 412 29 366 851 819
75018 68 116 [100] 307 10 313 501 611 878 90 76223
626 781 806 924 77085 180 287 370 78284 344 404 70 554
55 629 84 806 79101 200 51 825 37 611 749 892
80139 232 304 569 81121 35 112 400 831 82306 568
80 650 772 873 967 95 83357 84107 711 815 52 85011
225 303 70 316 80 86117 382 509 629 86 826 87017 43

2. Ziehung I. Kl. 224. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 14. Januar nachmittags.

Nur die Gewinne über 50 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigelegt.

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)
15 86 451 765 79 88 1012 87 182 232 218 892 921
783 878 3000 234 341 81 409 872 934 4168 222 777 97
829 818 5290 94 480 800 92 875 807 6125 32 [100] 347
483 [200] 444 351 7294 373 412 948 8193 621 723 849
9145 221 848 921 33
10061 504 974 11424 721 85 29 12281 850 13671
[200] 850 14055 150 82 485 673 138 842 35 15185 809
18 [200] 85 325 16008 257 415 17000 268 904 76 18127
808 29 798 916 19200 307 857 [100] 89 899
20025 757 21340 661 926 22207 28 406 345 831 741
914 44 23684 707 831 905 49 24138 297 576 606 25092
112 87 313 537 708 854 26725 422 89 340 60 704 829
27301 96 642 45 90 790 28386 67 560 656 885 [100]
29186 423 77 398 611
30017 142 44 49 81 549 778 887 972 [200] 84 31078
815 408 646 815 [100] 32080 481 78 702 29 33784 348
78 446 700 828 34645 128 858 35427 680 [200] 46
36101 2 293 460 790 37009 80 38 129 259 87 94 478
130 903 902 44 38105 97 303 77 407 823 39185 291 360
[100] 481
40026 337 486 53 88 208 684 777 41225 238 766 858
[200] 806 42066 [100] 174 811 58 71 459 60 553 928 47
[200] 506 47 43375 89 378 792 806 55 960 44104 310
88 487 800 47 734 64 45184 85 307 77 244 828 88 778
95 91 94 46379 657 801 50 90 47286 705 42 [100] 818
12 44715 534 44 808 49201 [10000] 75 875 780
50219 490 322 47 51294 444 658 728 45 71 923 71
52015 70 241 576 612 30 753 867 53100 264 600 700
54925 55496 284 487 89 94 842 56094 205 422 683
57105 521 64 86 [400] 222 58047 205 14 63 78 430 60
[100] 59178 253 584
60282 497 550 781 994 61154 274 679 781 62064
[100] 13 348 383 74 521 864 935 63007 179 501 604 978
84082 355 884 896 65004 81 531 613 744 973 66012 108
814 [100] 67163 [200] 75 362 601 971 68000 311 [100]
179 378 95 315 69316 80 400 85 500 707 864 83
70123 205 28 482 71016 72128 803 61 73828 674
74134 56 598 749 992 75454 783 812 956 76307 671 79
815 13 77423 875 708 994 78611 [100] 90 245 95 359 848
79208 84 379 582 750 60 868
80085 185 727 945 71 78 81226 48 218 47 46 648 708
15 893 82117 81 600 784 83060 507 [200] 640 747 90
94001 151 429 56 70 651 85013 108 47 235 607 880 304
86139 70 440 87386 226 425 28 79 879 899 88318 17
89536 83 807 781 889
90097 97 288 821 26 777 997 91800 [200] 333 818
92042 284 303 [200] 470 80 874 628 788 928 93384 404

C. LUCIAN

Landsberger Straße 56, fast am Alexanderplatz.
Sehr günstiges Angebot!
Verkauf sämtlicher Inventur-Bestände
Herren- und Knaben-Kleidung
mit 20% Rabatt.

Gardinen-Fabrik:

Gardinenhaus Bernhardt Schwarz
Ballstr. 13

CONSTANTIN CIGARETTEN

verdanken ihr Renommee der hervorragenden Qualität und Bekömmlichkeit
In allen besseren Cigarrengeschäften zu haben

Gerichts-Zeitung.

Ein klagender Reichsverbändler.

Eine Beleidigungsklage gegen den „Vorwärts“-Redakteur Genossen Barth sollte gestern vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte (Abteilung 147) verhandelt werden.

Der Artikel berichtete über die „Kandabaffäre eines Herrn Dietz, Vorsitzenden der demokratischen Partei in Mülhausen (Elsäß). Beigeordneter der Stadt Mülhausen und Sekretär der dortigen Handelskammer, der in seinem Rechtsanwaltsberuf sich einer ehrenrührigen Handlungsweise schuldig gemacht hatte und deswegen von der Anwaltskammer zu Kolmar zu einer Geldstrafe von 1500 M. verurteilt worden war.

Dem Gericht hatte Barth Verteidiger, Rechtsanwalt Heinemann, einen Schriftsatz eingereicht, der den Wahrheitsbeweis dafür anbot, daß in dem Ludwigischen Buch wider besseres Wissen Unwahres behauptet werde. Unwahr sei die Darstellung, daß in Mülhausen die sozialdemokratische Gemeinderatsmehrheit bei dem Beschluß, einen mit einer Arbeiterfigur gekrönten Monumentobrunnen aufzustellen, sich von parteipolitischen Gesichtspunkten habe leiten lassen.

Der Verteidiger beantragte, die Sache zu vertagen und zu einem neuen Termin als Zeugen den früheren Bürgermeister Kayser und auch den Reichstagsabgeordneten Emmel zu laden.

eine bewußt unwahre Darstellung gegeben zu haben; in der Darstellung der Brunnenaffäre habe Ludwig, fügt er hinzu, sich auf den stenographischen Bericht über die Gemeinderatssitzung gestützt. — Rechtsanw. Heinemann: Das ist sehr gut, daß das zugegeben wird; in dem stenographischen Bericht steht nämlich das Gegenteil. — Kläger Ludwig: Als ich das Buch veröffentlichte, kamen von keiner Seite solche Einwendungen. Jetzt bringt man hier mit einem Male diese Weisheitsanträge vor.

Das Gericht beschloß, die Sache zu vertagen und die beiden Zeugen zu laden. Zu dem neuen Termin will auch der Kläger noch Zeugen bringen.

Bluthund?

Eine Nachszene aus der Friedrichstraße, bei welcher wieder einmal das in letzter Zeit zu einer gewissen Berühmtheit gelangte Wort „Bluthund“ eine Rolle spielte, bildete den Gegenstand einer Verhandlung, mit der sich gestern unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Göbel die 6. Strafkammer des Landgerichts I zu beschäftigen hatte.

Vom Spandauer Schöffengericht.

Unter der Anklage, am 2. Februar 1910 den Polizeibeamten Bohm an der Ausübung seines Amtes durch Drohungen verhindert und ihn am 2. und am 6. Februar beleidigt zu haben, stand gestern der ehemalige Vorsitzende des Spandauer Wahlvereins, Gärtnermeister Robert Piefer, vor dem Schöffengericht.

gespanntem Fuße saß. Fortwährend werde er von ihm schikaniert. Die Ursache hierzu sei in seiner früheren Tätigkeit als Vorsitzender des hiesigen Wahlvereins zu suchen. Als solcher habe er im Jahre 1908 einmal eine Versammlung einberufen, die sich mit den Sünden der hiesigen Polizei befaßte.

Der Verteidiger plädierte auf eine Geldstrafe von 15 M. wegen Beleidigung. Das Gericht erkannte wegen Beleidigung in zwei Fällen auf 60 M. Geldstrafe. Von der Anklage des Vergehens gegen § 114 St.-G.-B. sprach es den Angeklagten frei.

Eins, zwei, drei — eine Beleidigung?

Ueber eine seltene Beleidigungsklage hatte gestern das Potsdamer Schöffengericht zu entscheiden. Am 12. September v. J. hielt der Lehrer Braun der 3. Gemeindeschule in Rowawes Turnstunde ab. Während er seinen Schülern laut vorgab, ahmte auf einem benachbarten Neubau der Maurer Sperling die Stimme des Lehrers nach.

Aus der Frauenbewegung.

Besehene.

Groß-Lichterfelde. Dienstag, den 17. Januar, 8 Uhr, bei Wahren-dorf. Völkstr. 22. Vortrag: „Mutterschaftsversicherung“.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Berein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Die Einlagearten für das dritte Beethoven-Konzert sind völlig vergossen. Zentralverband der Hausangestellten. Sonntag, den 15. Januar, abends 7 Uhr, in Dräsel's Restfalten, Neue Friedrichstr. 85.



Kleine Anzeigen

ANZEIGEN

Für die nächste Nummer werden in den Annoncenstellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstraße 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Teppiche (Nordsee) Gelegenheitskauf, Radfahrer Mauerhoff, Nur sechs Kranfurterstraße 9, Eingang, Gegenüber 1874, Vormittag 10 Uhr, Sonntag geöffnet.

Wilder kaufen Sie direkt Fabrik bei Bogdan, Belmelierstraße 2. Umhängebilder Singermajchine billig, Rüdorf, Fuldstraße 68 I, geradezu (Berlinerstraße).

Billig und gut faßt man wenig getragene Anzüge, Paletots, Joppen, Hosen, Gehrocken, für jede Figur passend (auch neu), bei Weig, Bübingerstraße 67 I, 19779.

Freihändler! Totalausverkauf! Wandlehhaus, Chausseestraße 60, Spottpreise. Aberwitzige Reste empfehlenswert. Verlassene Wänder, Gelegenheiten. Selbstverkauf. Ausverkauf. Winterpaletts, Herrenanzüge, Damenmäntel, Vestalots, Uhrverwerk, Schmuckstücke, Gardinenauswahl, Tischleppiche.

Teppiche. Die Restbestände einer Teppichfabrik kommen zum schätzenswerten Verkauf. Versteht bedeutend herabgesetzt. Tischleppiche, ganz schwere Qualität: Stuhlgänge, früher 15,50 jetzt 12,00; Wohnzimmergröße, früher 22,75 jetzt 18,50; Salongröße, früher 43,50 jetzt 35,00. Teppichhaus Georg Lange, Chausseestraße 78/79.

Reithaus „Schöneberg“, gegenüber Bahnh., Erdstraße 1. Telefon Nr. 6, 15687, bietet sechs Gelegenheitsstücke in verpackter gemelener und neuer Anzüge, Sommer- und Winterpaletts, einzelnen Hosen, goldenen, silbernen Herren- und Damen-Remonturen, Uhren, Ketten 2,50 an, feiner goldene Ringe, Broschen, Ohrringe, Diamant, Schmuck, Schmuckstücke 10 Mark an. Richard Engelmann, 1908.

